Bürgerräte Gefahr für die repräsentative Demokratie **Seite 2**

Preußische Allgemeine

Nr. 40 · 4. Oktober 2024 | Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt | Einzelverkaufspreis: 4,40 €

Herbst einer Bewegung

Nach den jüngsten Landtagswahlen stecken die seit Langem erfolgsverwöhnten Grünen in einer fundamentalen Krise **Seite 3**

Debatte Vera Lengsfeld zum 75. Jahrestag der Gründung der DDR **Seite 10**

Architektur Ein Schmuckstück sakraler Baukunst in Mecklenburg **Seite 23**

FOTOS: PICTURE ALLIANCE; ullstein bild/ADN-Bildarchiv; Püstov

POLITIK

Das gefährliche Spiel mit den Regeln der Demokratie

In Thüringen verstoßen ausgerechnet Repräsentanten der demokratischen Mitte gegen elementare Grundsätze der bestehenden politischen Ordnung

VON RENÉ NEHRING

„Democracy Dies in Darkness“ – Demokratie stirbt in der Dunkelheit. So lautet seit 2017 das Motto der „Washington Post“, das sowohl den Kopf der Druckausgabe als auch das Banner der Webseite der altehrwürdigen Zeitung ziert. Es wurde somit in einer Zeit gewählt, in der die Eliten der traditionellen US-amerikanischen Mitte mit der Herausforderung des Populismus in Person des damaligen Präsidenten Donald Trump rangen.

Auch in Deutschland führen die Kräfte der traditionellen Mitte seit Jahren einen Kampf gegen die Herausforderung populistischer Bestrebungen – auf der rechten Seite die AfD, auf der linken Seite seit Kurzem das BSW. Und auch in Deutschland wird dieser Kampf gern mit grundsätzlichem Pathos ausgetragen, wird etwa das eigene Streiten um die Gunst der Wähler zum Kampf für die Demokratie stilisiert – und den neuen Wettbewerbern damit abgesprochen, demokratisch gesinnt zu sein.

Derlei Anschwärzen und Absprechen grundlegendster charakterlicher Eignungen ist zwar nicht schön und schon gar nicht fein, gleichwohl gehört es seit dessen ältesten Tagen zu den Spielregeln des Parlamentarismus dazu. Wer daran zweifelt, möge nachlesen, wie Otto v. Bismarck, Konrad Adenauer, Kurt Schumacher, Helmut Schmidt, Franz Josef Strauß, Herbert Wehner, Helmut Kohl und viele andere mit ihren jeweiligen Konkurrenten umgegangen sind. Und da die neuen Wettbewerber auch nicht gerade zimperlich im Umgang mit ihren etablierten Konkurrenten sind – man denke etwa daran, dass gerade erst im Thüringer Landtagswahlkampf die BSW-Vorsitzende Sahra Wagenknecht Olaf Scholz als „Vasallenkanzler“ der USA bezeichnete und AfD-Landeschef Björn Höcke die CDU als „transatlantische Vasallenpartei“ diffamierte –, erleidet das System Demokratie an dieser Stelle keinen ernsthaften Schaden. Es gilt eben für alle Beteiligten, dass wer austeilen kann auch einstecken können muss.

Ganz anders sieht es dagegen aus, wenn politische Akteure (naturgemäß in der Regel aus dem Kreis der jeweils herrschenden Eliten) anderen Akteuren (ebenso naturgemäß in der Regel aus den Reihen der Opposition) deren elementare Rechte vorenthalten – und damit gegen die Spielregeln des Systems Demokratie verstoßen. Seit Gründung der AfD versuchen die etablierten Parteien der Bundesrepublik, der ungeliebten Konkurrenz unter anderem durch das weitestmögliche Vorenthalten von öffentlich-rechtlicher Sendezeit, durch das Vorenthalten staatlicher Gelder (etwa für die parteinahe Desiderius-Erasmus-Stiftung) oder auch durch das Vorenthalten von ihr zustehenden Posten kleinzuhalten.

Die Bedeutung der Spielregeln

Das jüngste Drama in dieser Hinsicht ereignete sich vor wenigen Tagen in Thüringen. Da aus der Wahl vom 1. September die AfD als stärkste Fraktion im neuen Erfurter Landtag hervorgegangen war, stand dieser nach allem parlamentarischen Brauch unseres Landes erstmalig auch der Posten eines Landtagspräsidenten zu. Doch noch bevor sich die übrigen Fraktionen auf die Bildung einer neuen Landesregierung einigen konnten, verständigten sie sich darauf, dass der AfD der ihr zustehende Posten zu verwehren sei.

Das praktische Problem dabei war, dass der AfD der Posten nicht nur nach allgemeinem Brauch zustand, sondern dass sie nach der bis zuletzt gültigen Geschäftsordnung des Landtages auch das Vorschlagsrecht für die Wahl des Präsidenten des Hohen Hauses hatte, womit die anderen Parteien keineswegs einfach eigene Kandidaten aufstellen konnten. So kam es in der vergangenen Woche zum Showdown, aus dem kurzfristig die etablierten Parteien – unter anderem nach einem Eilverfahren vor dem Thüringer Verfassungsgerichtshof – zwar als Sieger hervorgingen, indem sie die Geschäftsordnung änderten und anschließend den CDU-Abgeordneten Thadäus König zum neuen Landtagspräsidenten wählten, auf lange Sicht jedoch der Demokratie durch den Eingriff in die bis dato geltenden Regeln schweren Schaden zufügten.

Zu den großen Schätzen der bundesdeutschen Geschichte gehört das nach dem Staats- und Verwaltungsrechtler sowie Verfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde benannte Böckenförde-Diktum, wonach „der freiheitliche, säkularisierte Staat (...) von Voraussetzungen (lebt), die er selbst nicht garantieren kann“. Eine der wesentlichen Voraussetzungen des Funktionierens eines demokratischen (also nicht auf Gewalt, sondern Volkswahl errichteten) Staates ist die Akzeptanz der Spielregeln durch alle beteiligten Akteure – und das Vertrauen-Können aller Akteure darauf, dass auch ihre Wettbewerber diese Regeln akzeptieren. Und dass allein das Wahlvolk darüber entscheidet, welchem Wettbewerber welche Macht zukommt. Auf welcher Grundlage also wollen diejenigen, die gerade in Thüringen behauptet haben, im Namen der Demokratie der AfD den ihr zustehenden Posten zu verwehren, künftig jene AfD auf die Einhaltung geltender Regeln verpflichten?

Richtig ist, dass die AfD selbst immer wieder Anlässe zu berechtigter Kritik gibt. So muss sich die Partei in Thüringen die Frage gefallen lassen, warum sie für den Posten des Landtagspräsidenten ausgerechnet eine Abgeordnete vorschlug, die 2018 wegen betrügerischer Abrechnungen gegenüber eben jenem Hohen Hause, dessen Vorsitz sie nun einnehmen wollte, verurteilt wurde. Doch kann ein derlei unreifes Verhalten einer Partei, die ansonsten über keine Gestaltungsmacht verfügt, die Akzeptanz eines politischen Systems wohl kaum in einem Maße beschädigen wie es die Spielregelverstöße derjenigen können, die diese Gestaltungsmacht besitzen.

Insofern droht der Demokratie keineswegs nur im Dunklen eine existentielle Gefahr, wie es die Warnung der „Washington Post“ besagt, sondern auch in aller sichtbaren Öffentlichkeit. Und zwar dann, wenn ausgerechnet diejenigen, die sich zu den entschiedensten Verteidigern der Demokratie erklären, selbst gegen deren elementaren Grundsätze verstoßen.

IN DIESER AUSGABE

Politik
Ministerpräsident Dietmar Woidke vor schwierigen Koalitionsverhandlungen
Seite 5

Kultur
Eine ARD-Produktion zeigt, wie ein Schlaganfall eine Liebe auf die Probe stellt
Seite 9

Das Ostpreußenblatt
Königsberg erhält mit dem Museum „Blockhaus“ ein neues Kleinod
Seite 13

Lebensstil
Vor 300 Jahren wurde die prächtige Basilika St. Martin in Weingarten geweiht
Seite 21

Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite **paz.de**

40
4 191814 304401
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

In der Parlamentarischen Demokratie geht alle Macht direkt vom Volk aus und nicht von Räten – Ihr Einsatz widerspricht dem Grundgesetz der Bundesrepublik – Das verankerte Widerstandsrecht der Deutschen greift

Kein Platz für Bürgerräte

Von der Ampel eingesetzte „Empfehlungsgruppen“ entpuppen sich als grün-rote Interessensvertreter

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Bundesrepublik Deutschland ist keine Räterepublik nach bolschewistischem Vorbild, sondern eine parlamentarische Demokratie. Dies ergibt sich ganz eindeutig aus dem Artikel 20 Absatz 2 des Grundgesetzes, in dem es heißt: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“

Die im Rahmen dieser Gewaltenteilung zuständigen Organe führt das Grundgesetz in den nachfolgenden Artikeln auf. Dort ist nirgendwo von irgendwelchen Räten die Rede – ganz gleich, welche Bezeichnungen diese auch immer tragen mögen. Dennoch kommen neuerdings sogenannte Bürgerräte wieder zum Einsatz, um dem Gesetzgeber und der Regierung „Empfehlungen“ zu geben, die angeblich von einer repräsentativen Gruppe von Menschen formuliert wurden, deren Auswahl „nach den Kriterien Alter, Geschlecht, regionale Herkunft, Bildungsgrad und Migrationshintergrund“ erfolgt sei.

Fragwürdige Auswahl

Allerdings verkörperten die Mitglieder der drei bisherigen Bürgerräte zu den Themen Klima, Ernährung im Wandel (siehe rechts) und Kampf gegen „Desinformation“ (siehe unten) mit Sicherheit keinen echten Querschnitt der Bevölkerung. Das belegen bereits die Gruppenfotos von den Räten, welche vorrangig Personen jüngeren oder höheren Alters zeigen, während die Kohorte der 30- bis 55-Jährigen und im übrigen auch der Migranten augenscheinlich unterrepräsentiert ist. Oder anders ausgedrückt: Wer voll im Berufsleben steht, Probleme mit der deutschen Sprache hat oder eine Familie versorgen muss, zeigt kaum Bereitschaft, in einem Bürgerrat mitzuwirken.

Skeptisch macht zudem auch der Umstand, dass nur wenig über die Ratsmitglieder bekannt wurde. So erfuhr die Öffentlichkeit beim Bürgerrat zum Thema „Desinformation“ weder den Wohnort noch den Beruf der Beteiligten. Und jeder fünfte involvierte Bürger bestand sogar auf völlige Anonymität, was einen Verdacht nährt: Tummelten sich in dem Gremium etwa diverse Vertreter von Lobby-Gruppen, staatlich finanzierten „Nichtregierungsorganisationen“ und Regierungsparteien? Stefan Staudecker, der damals dem Bürgerrat zur Ernährung angehörte, berichtete jedenfalls über eine auffällige Dominanz von Personen mit dezidiert parteipolitisch grünem Hintergrund.

Aufschlussreich ist darüber hinaus der Blick auf die Initiatoren und Financiers der Räte. Neben dem von Nancy Faeser (SPD) geleiteten Innenministerium wurden hier vor allem die Bertelsmann-Stiftung, die Stiftung Mercator sowie die Michael Otto Foundation for Sustainability aktiv. Und deren Nähe zur Ampel-Regierung ist unübersehbar. Beispielsweise sitzt der Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Jochen Flasbarth (SPD), im Kuratorium der Otto-Stiftung.

Insofern kann kaum verwundern, dass die Vorschläge der Bürgerräte in auffallender Weise der politischen Linie der derzeitigen Bundesregierung entsprechen. Wobei sich zugleich die Frage stellt, inwieweit der Ruf nach einer staatlichen Lenkung des Ernährungsverhaltens oder flächendeckenden Zensurmaßnahmen überhaupt verfassungskonform ist. So würden die Letzteren ganz eindeutig gegen den Artikel 5 des Grundgesetzes verstoßen, der die Meinungs- und Pressefreiheit garantiert.

Ewigkeitsklausel wirkt

Bürgerräte haben also aus vielerlei Gründen keinen Platz im Gefüge unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung. Und das gilt nicht nur heute, sondern auch für die Zukunft. Dafür sorgt die sogenannte Ewigkeitsklausel laut Artikel 79 Absatz 3 des Grundgesetzes: Jegliche Änderung des Grundgesetzes, welche den Kern der Grundrechte sowie die republikanisch-parlamentarische Staatsform antastet, „ist unzulässig“. Insofern greift hier logischerweise das Widerstandsrecht gemäß Absatz 4 des Artikels 20: Im Falle eines Versuches, Grundgesetzartikel wie eben genau diesen Artikel 20 außer Kraft zu setzen, „haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist“. Das sollten die Verantwortlichen für die Einberufung der Bürgerräte eigentlich wissen, wenn sie auch nur über einen Funken Ahnung von Verfassungsrecht verfügen.

Aber vielleicht fühlen sie sich ja dadurch ermutigt, dass der Widerstand momentan noch sehr zahm ausfällt. Zwar sprechen alternative Medien inzwischen oft von einer „Lotterie-Demokratie“ oder „Demokratie-Simulation“, doch die Kritik aus den Reihen der Oppositionsparteien CDU/CSU und AfD beschränkt sich weitestgehend auf Äußerungen wie: Ein guter Bürgerrat seien auch „die Menschen im Wahlkreis, mit denen die Politiker unmittelbare Kontakte pflegen“, und im übrigen stelle der Deutsche Bundestag, also „das Gremium, in dem wir Bürger beraten und beschließen“, bereits das Nonplusultra aller Bürgerräte dar.

FOTO: PICTURE ALLIANCE/DPA | CHRISTOPHE GATEAU

Mit dabei auffällig viele Anhänger der Grünen, was auch in den angeblichen Empfehlungen deutlich wird: Mitglieder des Bürgerrats „Ernährung im Wandel“ präsentieren Bärbel Bas (SPD), Präsidentin des Deutschen Bundestages, ihre zweifelhaften Ergebnisse

ERNÄHRUNGS-RAT

Grünes Diktat als Empfehlung getarnt

Am 27. Januar 2024 veröffentlichte das von dem Grünen-Politiker Cem Özdemir geführte Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft die 68 Seiten starke Broschüre „Gutes Essen für Deutschland“, welche rund 90 „geplante und bestehende ernährungspolitische Maßnahmen“ der Bundesregierung auflistet – und indirekt vorschreibt. Dreh- und Angelpunkt der Ampel-Ernährungsstrategie ist dabei angeblich „eine nachhaltigere und pflanzenbetonte Ernährung“ zur Förderung des Klima- und Gesundheitsschutzes.

Vier Wochen später übergab der Bürgerrat „Ernährung im Wandel: Zwischen Privatangelegenheit und staatlichen Aufgaben“ seine Empfehlungen an Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD). Die Konstituierung des Gremiums, das aus 160 angeblich per Zufallsverfahren rekrutierten Personen bestand, resultierte aus einer Entscheidung des Deutschen Bundestages, wobei aber nur die Abgeordneten der Ampel-Parteien und der Linken dafür votiert hatten. Der Bürgerrat, als dessen Hauptmoderatorin angeblich zufällig Jana Peters fungierte, die 2021 für die Grünen ins Parlament einziehen wollte, sollte sich mit der Frage befassen: „Was erwarten die Bürgerinnen und Bürger in der Ernährungspolitik vom Staat? Wo soll er aktiv werden und wo nicht?“

Dabei entsprachen die Antworten dann meist dem, was auch in der vom Özdemir-Ministerium erstellten Broschüre „Gutes Essen für Deutschland“ steht. Beispiele hierfür sind die Empfehlungen Nummer Fünf und Sieben: „Fördern statt Fordern – neuer Steuerkurs für Lebensmittel“ und „Verbrauchsabgabe zur Förderung des Tierwohls“. Diese fordern die Deutschen auf, vorrangig Lebensmittel zu konsumieren, welche „vegan, vegetarisch, klimafreundlich, nach Bio-Standard erzeugt und gesund sind“. Für diese soll die Mehrwertsteuer entfallen. Zum Ausgleich empfahl der Bürgerrat die Erhöhung der Umsatzsteuer oder weitere Abgaben auf „ungesunde Lebensmittel“ wie Fleisch. *W.K.*

FREIHEITSGEFAHR

Ominöser Bürgerrat fordert Einschüchterung Andersdenkender

Faesers „Forum gegen Fake“ übergibt verfassungswidrige Vorschläge und will bedenkliche Institutionen protegieren

Zur Intensivierung der Bekämpfung vorgeblicher Falschinformationen initiierte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) das Projekt „Forum gegen Fakes“, in dessen Rahmen ein 120-köpfiger Bürgerrat „15 Handlungsempfehlungen mit 28 konkreten Maßnahmen für Politik, Medien, Wirtschaft und Zivilgesellschaft“ formuliert hat, welche der Öffentlichkeit am 12. September vorgestellt wurden.

Darunter befinden sich teilweise äußerst brisante beziehungsweise potentiell verfassungswidrige Vorschläge. So fordert der Rat ein „Desinformationsranking zu Aussagen von politischen Akteurinnen und Akteuren“, wobei für dessen Erstellung ausgerechnet solche regierungsnahen Plattformen wie „Correctiv“ verantwortlich sein sollen, welche selbst nachweislich Falschinformationen verbreiten.

Darüber hinaus wollen die angeblich per Losverfahren ausgewählten Bürger ein „Gütesiegel für qualitativen Journalismus“. Und unter der Überschrift „Einfluss fremder Staaten“ heißt es dann noch, dass man hierzulande eine „zentrale Stelle zur Meldung, Prüfung und Richtigstellung von Desinformation“ schaffen müsse. Dem folgt der Passus: „Die Bundesregierung möge prüfen, ob auf Grundlage der Definition von Desinformation eine strafrechtliche Verfolgung oder anderweitige Sanktionierung möglich ist.“ Dabei wird ganz klar auf Einschüchterung gesetzt: Durch die staatlichen Zwangsmaßnahmen „soll vor der Erstellung und Verbreitung von Desinformation abgeschreckt und das Unrechtsbewusstsein der Täterinnen und Täter erhöht werden“.

Aktivität gegen BGH-Urteil

Angesichts all dessen äußerte der frühere Generalsekretär des Sachverständigenrates der Wirtschaftsweisen, Ulrich von Suntum: „Der ‚Bürgerrat‘ empfiehlt einen Frontalangriff auf die Meinungsfreiheit. Dabei ist schon der Begriff ‚Desinformation‘ hochproblematisch, da er die Existenz einer absoluten Wahrheit impliziert. Desinformation „ist am Ende alles, was der Regierung nicht passt.“ Damit steht er im Einklang mit geltendem Recht, wobei das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 28. November 2011 über eine Verfassungsbeschwerde anlässlich einer strafgerichtlichen Verurteilung wegen Beihilfe zur Verunglimpfung des Staates sogar noch deutlich weiter ging: „Meinungen … fallen stets in den Schutzbereich von Art. 5 Abs. 1 Satz 1 Grundgesetz, ohne dass es dabei darauf ankäme, ob sie sich als wahr oder unwahr erweisen.“ Dennoch teilte das Bundesinnenministerium anlässlich der Übergabe der Empfehlungen des Bürgerrates mit, diese würden nun in „die Entwicklung einer neuen Strategie der Bundesregierung zum Umgang mit Desinformation einfließen“. W.K.

> „Der ‚Bürgerrat‘ empfiehlt nichts anderes als einen Frontalangriff auf die Meinungsfreiheit“
>
> **Ulrich von Suntum**
> ehemaliger Generalsekretär des Sachverständigenrates der Wirtschaftsweisen

Eine Partei im Abwind

Wahlklatschen, Rücktritte der Parteispitze und Austritte der Jugend: Die lange erfolgsverwöhnten Grünen erleben selten düstere Herbsttage. Es scheint, dass das gegenwärtige Tief nicht so schnell vorbeizieht. Kommt jetzt das „Bündnis Robert Habeck“?

VON REINHARD MOHR

Man konnte darauf warten, mancher hat es lange kommen sehen: Den großen Knall, Massenaus- und Rücktritte bei den Grünen, vor allem der Grünen Jugend – eine veritable Parteikrise, die einen neuen Richtungsstreit hervorrufen wird. Über und hinter allem thront Robert Habeck, der erfolgloseste Bundeswirtschaftsminister seit Menschengedenken. Was ihn freilich nicht im Geringsten daran hindert, seine Kanzlerkandidatur vorzubereiten – und das bei Umfragewerten, die die Partei im Moment bei rund zehn Prozent sehen.

Deshalb betreibt er zuallererst eine innerparteiliche Flurbereinigung: Ricarda Lang und Omid Nouripour, die beiden glücklosen Vorsitzenden, waren die ersten Bauernopfer. Schon spekulieren Witzbolde über eine Umbenennung von „Bündnis 90/Die Grünen“ in „Bündnis Robert Habeck“. Dazu passt, dass die beiden neuen Vorsitzenden, darunter Habecks Vertraute, Staatssekretärin Franziska Brantner, schon festzustehen scheinen – par ordre de Mufti. Will Habeck, der ewig schwurbelnde Welterklärer mit Hang zum ideellen Wärmepumpeninstallateur, jetzt die ganze Macht an sich reißen? Aber machen das die einst „basisdemokratischen“ und streitlustigen Grünen mit? Viele Anzeichen deuten auf eine scharfe Grundsatzdebatte über die Zukunft der Ökopartei: Will man eher links und antikapitalistisch sein, um die Welt doch noch zu retten, oder lieber Richtung Mitte streben, freilich klimabewusst und vegan, stets auf dem Lastenfahrrad zum Biomarkt unterwegs, hinein ins bürgerliche Bullerbü?

FOTO: PICTURE ALLIANCE/FLASHPIC/JENS KRICK

Sieht sich selbst als Zugpferd für den Neuanfang der Grünen: Wirtschaftsminister Robert Habeck. Dabei ist er als treibende Kraft hinter zahlreichen Regierungsprojekten maßgeblich verantwortlich für den Niedergang seiner Partei

Ende eines Zeitgeists

Der aktuelle Niedergang der Grünen jedenfalls korrespondiert mit dem markanten Abflauen des grünen Zeitgeists, der eine seiner letzten Bastionen ausgerechnet in den gebührenfinanzierten öffentlich-rechtlichen Medien und bei Presseorganen wie „Spiegel“, „Zeit“ und „Süddeutsche“ verteidigt. Die drängenden Probleme der Wirklichkeit „draußen im Lande“ – illegale Migration, Gewaltkriminalität, steigende Energiekosten und eine handfeste Wirtschaftskrise im Verein mit einer immer weiter wuchernden Bürokratie – haben nicht nur die Wahlergebnisse für die Grünen dramatisch in den Keller sausen lassen.

Auch der Sound der moralischen Überheblichkeit, die notorische grüne Belehrungs- und Bekehrungsideologie hat dazu geführt, dass die vor 45 Jahren als radikale „Alternative“ gegründete Ökopartei, zuletzt führende Kraft des bundesdeutschen Establishments, regelrecht zum Feindbild eines Großteils der Bevölkerung geworden ist. Vom Gendern bis zur notorischen „Wärmewende“, von der „Transformation“ der Gesellschaft bis zum queer-woken Trommelfeuer aus Vielfalt, Antidiskriminierung und Nachhaltigkeit – die grüne Phrasenkultur hat sich regelrecht zu Tode gesiegt und erzeugt bei einer Mehrheit nur noch Verdruss und offene Ablehnung.

Da hat sich im Lauf der Jahre viel angestaut: Hier die ewig gleiche Talkshow-Welt mit den immergleichen Gästen, die ihre immergleichen Glaubensbekenntnisse ablegen, dort die ganz konkreten Probleme mit Wohnungsnot, Flüchtlingsunterbringung, Schulmisere, Landflucht und Ärztemangel.

Mühevolles Ringen mit der Realität

Die Kolumnistin Sabine Rennefanz formulierte in seltener Deutlichkeit: „Dass das Land sich in den vergangenen zehn Jahren stark verändert hat, dass es unsicherer geworden ist in den Schwimmbädern, auf den Straßen, auf Partys, im Nahverkehr, das wollen oder können die Grünen offenbar nicht sehen. Und nein, da hilft auch nicht: mehr Geld für Städte und Kommunen, weil die Kapazitäten auf allen Ebenen fehlen. Allein aus Syrien sind in den vergangenen Jahren fast eine Million Menschen gekommen. Wer so tut, als würde das die Gesellschaft nicht verändern, auf Jahrzehnte, stellt sich blind.“

Erst jetzt, zehn Jahre nach Beginn der massenhaften Migration nach Deutschland, besinnt sich unter dem Druck der Verhältnisse der eine oder andere Grüne und nähert sich der Realität an. So Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir, der in der „FAZ“ sehr persönlich wurde, weil seine Tochter in Berlin vor allem sexueller Belästigung durch junge Männer mit Migrationshintergrund ausgesetzt sei. „Gegen solche Übergriffe hat sie sich, wie viele Frauen, das sprichwörtliche dicke Fell zugelegt“, berichtet Özdemir. „Doch ich spüre, wie sie das umtreibt. Und wie enttäuscht sie ist, dass nicht offensiver thematisiert wird, was dahintersteckt: die patriarchalen Strukturen und die Rolle der Frau in vielen islamisch geprägten Ländern.“

Beharrungskräfte in der Blase

Deutschland, so der aus einer türkischen Gastarbeiterfamilie stammende Özdemir, müsse das Thema Migration dringend angehen, damit eine Debatte darüber überhaupt wieder möglich werde: „Es kommen eben gerade nicht nur die Verletzlichsten und Schutzbedürftigsten aus den Krisengebieten der Welt, sondern in ganz überwiegender Zahl die Stärkeren, das heißt junge Männer.“ Diese Entwicklung höhle zunehmend die Akzeptanz für das Grundrecht auf Asyl aus und führe zu massiven gesellschaftlichen Verwerfungen.

Doch weite Teile der Partei verharren in der „Willkommenskultur“, lehnen Abschiebungen und Grenzkontrollen ab. Die jahrelang verhinderte konsequente Bekämpfung arabisch-islamischer Clans steht bei vielen immer noch unter „Rassismus“-Verdacht, und selbst um verurteilte afghanische Vergewaltiger sorgt man sich, wenn sie nach Kabul ausgeflogen werden. Derweil assistieren nach wie vor weite Teile der linksgrün gefärbten Medien bei der einschlägigen Realitätsabwehr. Ein typischer „Spiegel“-Kommentar dieser Tage:

„Getrieben von den Hetzern der AfD und ihren jüngsten Wahltriumphen im Osten, scheint es nur noch darum zu gehen, Migranten, Flüchtlinge und Asylsuchende mit allen Mitteln abzuwehren – auch wenn dabei mühsam ausgehandelte EU-Regeln ausgehebelt werden. Die Menschenrechte spielen ohnehin nur noch eine untergeordnete Rolle. Das bisschen christliche Humanität, das sich etwa die C-Parteien bewahrt haben, wird auf dem Altar des Populismus geopfert.“

„Sagen, was ist“ – die berühmte Parole des „Spiegel“-Gründers Rudolf Augstein gilt hier als Verstoß gegen den Kodex der politischen Korrektheit. Doch die sprichwörtliche „Tyrannei der Tugend“ zieht nicht mehr, und die sich progressiv dünkenden urbanen Milieus entfremden sich immer mehr vom Rest der Bevölkerung, zu der inzwischen auch Millionen Menschen mit dem sogenannten Migrationshintergrund gehören. Private Blitzumfragen unter Berliner Taxifahrern, Handwerkern und Gemüsehändlern offenbaren die ganze Unbeliebtheit jener Partei, die einst als unverbrauchte „Alternative“ zu allen anderen „Alt“-Parteien angetreten ist. Diese Position hat inzwischen die AfD eingenommen. Im Osten ist sie schon Volkspartei.

> Eigentlich müssten die Grünen eine Art Bad Godesberg anstreben – einen Abschied von überkommenen Grundsatzpositionen, wie ihn die SPD im November 1959 mit großer Mehrheit beschloss

Ein grünes Godesberg?

Dies alles geschieht mitten in der Dauerkrise der „Ampel“-Koalition, die womöglich den Heiligabend nicht mehr erlebt. Der aktuelle Habeck-Coup mag ein Versuch sein, aus dem Krisenmodus herauszukommen und sich schon für die nächste Bundestagswahl, wann immer sie kommt, neu aufzustellen. Doch er könnte auch krachend scheitern, weil eine inhaltliche Neuausrichtung der Partei noch in den Sternen steht. Eigentlich müssten die Grünen eine Art Bad Godesberg anstreben – einen Abschied von überkommenen Grundsatzpositionen, wie ihn die SPD im November 1959 mit großer Mehrheit beschloss: weg von der sozialistischen Arbeiterpartei, hin zu einer sozialen Volkspartei, die die Marktwirtschaft ebenso befürwortet wie die NATO-Mitgliedschaft und militärische Landesverteidigung. Für die Grünen hieße das: Weg vom Moralisieren, weg von der Gesinnungsethik, hin zu einer Verantwortungsethik, die sich auch unangenehmen Problemen wie den fatalen Folgen der ungebremsten Migration stellt ebenso wie den Fehlentwicklungen einer dirigistischen Wirtschaftspolitik, die mit ihrer Regelungswut den Wohlstand untergräbt.

Doch es ist äußerst fraglich, ob es zu einem derart historischen Moment kommen wird, wenn sich die Grünen zum Parteitag Mitte November treffen. Zu sehr stecken auch die Jüngeren, die Nachkommen von Jutta Ditfurth, Joschka Fischer und Jürgen Trittin, noch in den Gründungsmythen der Partei, die immer so ganz anders sein wollte als die „Herrschenden“.

Auch wenn sich viele Utopien längst an der grauen Alltagswirklichkeit zerschlissen haben und statt fröhlicher Anarchie und Chaos sich ein technokratisches Funktionärswesen herausgebildet hat – man hängt an den schönen Ideen einer klimaneutralen, sozial gerechten und friedlichen Zukunft für alle „Erdenbewohner*innen“. Umso schlimmer für die Wirklichkeit, wenn sie sich diesem schönen Ziel systematisch verweigert.

Die Ära Merkel ist vorbei

Auch Robert Habeck, der möglicherweise ein Philosoph geblieben wäre, wenn er öfter einmal geschwiegen hätte, kann daran nichts ändern. Aber er will offensichtlich versuchen, den Abgrund zwischen grüner Ideologie und gesellschaftlicher Realität etwas kleiner, freundlicher und weniger bedrohlich erscheinen zu lassen. In der modernen politischen Kommunikation nennt man das auch „Brücken bauen“, „Zusammenhalt stärken“ und „die Menschen mitnehmen“.

Das klingt nicht zufällig nach der Merkel-Agenda – den Leuten das gute Gefühl vermitteln: Ich mache das schon für Euch, Ihr müsst mich nur wählen. Und es ist ja so: Die meisten wollen vor allem in Ruhe gelassen werden, wenn sie sich nur sicher fühlen, die Wirtschaft einigermaßen läuft und der nächste Sommerurlaub gebucht ist. Kann Merkel-Fan Habeck also auf diese Strategie setzen, trotz aller Transformationsbegeisterung?

Nein, denn die Zeiten sind nicht so, jedenfalls nicht mehr. Dass überall in Europa die politische Mitte zugunsten der Ränder rechts wie links schrumpft, ist gerade keine Einladung, es sich im Mainstream gemütlich zu machen. Dazu kommt, dass Habeck, anders, als er offenbar selbst glaubt, kein charismatischer Stimmenfänger ist, kein politisches Zugpferd für seine Partei, wie auch aktuelle Umfragen zeigen. Zu viel hat er selbst falsch gemacht, zu sehr ist sein Ruf als „starker Mann der Grünen“ (ZDF) ramponiert – wie das Ansehen der Grünen insgesamt.

Und die ersten Fernsehauftritte der neuen Garde – von Franziska Brantner bis Andreas Audretsch, künftiger Wahlkampfleiter der Grünen – lassen wenig Hoffnung auf den großen programmatischen Umbruch. Viele Worte, wenig Neues.

Es ist unbestreitbar: Das politische Momentum in Deutschland wie in Europa liegt derzeit in der rechten Mitte. Die Grünen werden sich vorerst mit der Rolle einer „Funktionspartei“ abfinden müssen – das also, was über Jahrzehnte die FDP war. Bundeskanzler wird man so allerdings nicht.

● **Reinhard Mohr** ist freier Autor und schreibt unter anderem für „Die Welt“ und die „Neue Zürcher Zeitung“. Zuletzt erschienen „Deutschland zwischen Größenwahn und Selbstverleugnung. Warum es keine Mitte mehr gibt“ (2021) sowie „Durchs irre Germanistan. Notizen aus der Ampel-Republik“ (2023, mit Henryk M. Broder, beide Europa Verlag).
www.europa-verlag.com

MELDUNGEN

Deutscher Pass nur Rang drei

Berlin – Wie wertvoll ein Reisepass ist, bemisst sich daran, in wie viele Länder man mit ihm frei einreisen kann, ohne vorher ein Visum beantragen zu müssen. Aktueller Sieger hierbei wurde überraschend der Pass der Vereinigten Arabischen Emirate. Mit diesem Reisepass kann man ohne Visum in 127 Länder einreisen. Und bei 46 weiteren Nationen ist das Prozedere extrem einfach. Platz zwei belegt Spanien. Auf Rang drei folgen Deutschland, das 2020 noch erstplatziert war, mit Frankreich, Italien, Niederlande, Luxemburg, Österreich und der Schweiz. Mit einem Dokument dieser Länder kommt man visafrei in immerhin 122 Staaten – also in 89 Prozent der Länder dieser Welt. Die 18 weiteren Ränge belegen nur europäische Länder, bevor Singapur den 20. Platz ergattert. Letzte Position belegt wie zu erwarten Syrien. Den Index erstellte Arton Capital unter alleiniger Nutzung staatlicher Quellen. *J.E.*

Verdacht auf Mäuse-Betrug

Langen – Nach Angaben des Düsseldorfer Rechtsanwaltes Tobias Ulbrich hat das für die Zulassung von Impfstoffen zuständige Paul-Ehrlich-Institut (PEI) falsche Angaben über die Art der Versuchstiere gemacht, mit denen die Toxizität der Spike-Proteine in den Corona-Vakzinen der Pharmafirmen BioNTech/Pfizer, Moderna, Johnson & Johnson und AstraZeneca geprüft werden sollte. Laut Ulbrich behaupteten PEI-Mitarbeiter im Fachblatt „Vaccines“, bei präklinischen Tests der vier Hersteller seien genetisch veränderte Humanmäuse vom Typ huACE2 verwendet worden. Und das wäre tatsächlich auch zwingend notwendig gewesen, weil nur solche Mäuse die gleichen Rezeptoren für die Spike-Proteine aufweisen wie der Mensch. Ulbrich zufolge enthalten die Berichte der Impfstoffentwickler jedoch keinerlei Hinweise auf den Einsatz von huACE2-Mäusen. Vielmehr würden darin lediglich normale Labormäuse vom Typ BULB/c erwähnt. *W.K.*

Zuwanderung in Grundsicherung

Berlin – Der Ausländeranteil unter den Empfängern von Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung ist seit 2015 stark gestiegen. Das teilte das Bundesministerium für Arbeit und Soziales auf Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten René Springer mit. 2015 erhielten etwa 170.000 Ausländer Grundsicherung. Dahingegen waren es 2023 bereits rund 300.000. Damit kletterte der Ausländeranteil bei dieser Sozialleistung von gut 16 auf fast 25 Prozent. Springer meinte hierzu, dass sich die ungebremste Zuwanderung jetzt offensichtlich nicht mehr nur beim Bürgergeld, sondern auch bei der Grundsicherung bemerkbar mache, und warnte mit Blick hierauf: „Das kann auf Dauer nicht gut gehen – vor allem nicht bei sinkender Wirtschaftsleistung und steigender Arbeitslosigkeit. Das wird unseren Sozialstaat über kurz oder lang zerstören. Die anhaltende Armutsmigration nach Deutschland muss daher gestoppt werden!“ *W.K.*

Es hagelte eine Wahlschlappe nach der nächsten: Es wird einsam um die FDP herum *Foto: imago/Future Image*

PARTEIDILEMMA

Quo vadis FDP?

Ob in der Regierung oder nach Ampelausstieg – Den Liberalen droht das Aus

VON PETER ENTINGER

Es hört sich an wie das oft zitierte laute Pfeifen im finsteren Walde. „Hamburg wird gut werden“, ließ FDP-Chef Christian Lindner in der vergangenen Woche verlauten, und verstieg sich zu einer kühnen Behauptung: „Wenn es optimal läuft, kommen wir dort sogar in Regierungsverantwortung.“ So ganz kann sich bei diesen forschen Worten niemand des Eindrucks erwehren, dass hier eher der Wunsch Vater des Gedankens war.

Unterhalb der Tierschutzpartei

Am 2. März 2025 finden in der Hansestadt die Bürgerschaftswahlen statt; es ist die letzte Landtagswahl vor der Bundestagswahl im Herbst 2025. Und es ist die letzte Chance für die Liberalen, nach einer Serie von schweren Wahlschlappen irgendwie doch noch einen Stimmungsumschwung herbeizuführen.

Gerade mal 1,2 Prozent der Wähler stimmten in Thüringen für die Freien Demokraten, jeweils weniger als ein Prozent in Sachsen und in Brandenburg. Alles Ergebnisse unterhalb der Tierschutz-Partei und für Demoskopen kaum noch messbar. Die FDP hat schlimme Krisen durchlebt, aber selbst hart gesottene Partei-Kämpfer sagen: „So schlimm war es noch nie.“

Und nun also Hamburg. „Mal drin, mal draußen“, hieß in den vergangenen Jahrzehnten bei den Hanse-Liberalen im hohen Norden. Gerade einmal 4,97 Prozent waren es zuletzt vor fünf Jahren. Bei Wahlen davor wurden auch schon mal mehr als sieben Prozent erreicht. Aber eigentlich war die Elbmetropole trotz eines liberalen Bürgertums noch nie eine klassische FDP-Hochburg.

Doch nun wirken selbst Umfragewerte von fünf Prozent beinahe schon wie eine Erlösung. Die letzte Erhebung der Demoskopen ist allerdings schon ein halbes Jahr her. Seitdem hat sich im Norden viel getan. Und nicht unbedingt Gutes aus liberaler Sicht.

Anna von Treufenfels-Frowein, die es 2020 über ein Direktmandat in die Bürgerschaft geschafft hatte, wechselte vor wenigen Monaten zur Hamburger CDU. Und mit diesem Schritt blieb sie nicht die einzige. Ihr folgten unlängst zwei weitere Landesvorstandsmitglieder. „Die FDP ist aus uns ausgetreten“, teilten sie lapidar mit. Denn die Partei im hohen Norden ist hochgradig zerstritten. Es gibt Schiedsgerichtsverfahren und Rechtsgutachten. Jung gegen Alt, liberal gegen linksliberal. Jeder gegen jeden.

Auswegloses Dilemma

In Hamburg regieren derzeit SPD und Grüne. Bei der letzten Umfrage vom Februar fehlte zudem noch das Wagenknecht-Bündnis. Es bleibt also Lindners großes Geheimnis, wie er darauf kommt, über eine Regierungsbeteiligung zu phantasieren. Die einzige Option wäre eine Ampel-Koalition. Doch diese beiden Wörter sind innerhalb der liberalen Partei derzeit so beliebt wie ein Zahnarztbesuch. „Das Ding ist an der Basis durch“, räumte der Fraktionsvorsitzende Christian Dürr in der vergangenen Woche ein. Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki ist mit seinen Gedankenspielen sogar noch ein paar Schritte weiter und glaubt mittlerweile nicht mehr, dass das fragile Bündnis noch unter dem Weihnachtsbaum überwintert.

Doch alle Augen richten sich auf den Parteichef und Finanzminister. „Er ist der Zampano“, zitierte der „Spiegel“ einen Teilnehmer der Bundesvorstandssitzung. In der Partei herrscht immer noch eine gewisse Achtung vor Lindner. Nach dem Supergau aus dem Jahr 2013 führte er die Partei über seinen Heimatverband NRW zurück in den Bundestag. Das rechnen ihm viele immer noch hoch an. Doch auch an Rhein und Ruhr ist der Lack längst ab. Im vergangenen Jahr reichte es mit Ach und Krach noch zu knapp sechs Prozent. Derzeitige Umfragen sehen die Liberalen auch in ihrem Stammland eher unter der Fünfprozenthürde. Und auch Lindner weiß: Gehen die einstmals starken Bastionen in den westdeutschen Flächenländern verloren, hat die Partei keine Chance bei der Bundestagswahl.

Lindner in der Sackgasse

Im Osten ist man längst auf dem Niveau einer Splitterpartei angekommen. Doch noch scheut Lindner den Bruch der Regierung. Als Finanzminister käme es ihm während der laufenden Haushaltsdebatten wie Fahnenflucht vor. Die Umfrage-Werte sind ohnehin mies. „Es wäre politischer Selbstmord“, sagt auch der Alt-Liberale Gerhart Baum. „Es ist die letzte Chance“, kontert der bayerische Landeschef Martin Hagen, einer der wenigen noch halbwegs bekannten Landesfürsten.

In der Partei herrscht nackte Angst, wenn nicht sogar Panik. Vor elf Jahren sei die Situation schlimm gewesen. Aber damals habe man mit dem jungen Lindner und dem erfahrenen Kubicki ein gutes Duo für die Neustrukturierung gehabt. Lindner, das steht außer Frage, wäre verbrannt, würde die Partei im kommenden Herbst aus dem Parlament fliegen. Einflussreiche Landesfürsten gibt es kaum noch. Am ehesten käme wahrscheinlich noch der Innenpolitiker Konstantin Kuhle für eine Spitzenposition infrage. Doch der steht parteiintern eher auf dem linken Flügel. Zudem sucht die FDP händeringend nach Themen. Der Kursschwenk in Sachen Migration wirkt halbherzig und wenig glaubhaft. Die Wirtschaft befindet sich in einer tiefen Krise. Das ist kein Gütesiegel für eine Regierungspartei. Lindner hat letzte Woche durchblicken lassen, die FDP könne die Ampel verlassen, wenn sie sich im Haushaltsstreit nicht durchsetzen werde. Ende November könnte es so weit sein. Doch einen Wahlkampf fürchtet die FDP derzeit fast noch mehr als ein „Weiter so“ in der Regierung.

INFRASTRUKTUR

Inkompetenz führte zum Einsturz der Carolabrücke

Bisherige Untersuchungsergebnisse verdeutlichen: Das Dresdner Drama hätte verhindert werden können

Nach dem Einsturz der Dresdner Carolabrücke stehen jetzt Ursachenforschung, die Suche nach Verantwortlichen und die Bewältigung der Folgen des Unglücks an. Es zeigt sich, dass der Brückenkollaps des Brückenzuges C wohl aus der Vorschädigung eines Viertels der stählernen Spannglieder im Beton des Bauwerkes durch Korrosion resultierte – entweder die Folge früheren Einsatzes von chloridhaltigen Auftausalzen oder des Dauerstreustroms aus nicht ordnungsgemäß isolierten Straßenbahnoberleitungen.

Zunächst behaupteten Stadtvertreter, der Zustand der Spannglieder sei nicht kontrollierbar gewesen. Dem entgegneten Brückenprüfer, das seit 20 Jahren angewendete Remanenzmagnetismus-Verfahren ermögliche zerstörungsfreie Tests von Stahlbauteilen in Betonbrücken.

Zudem waren die Schäden seit 2013 bekannt. Damals vergaben die Prüfer erstmals die Note „nicht ausreichend“ und protokollierten: „Tragfähigkeit nicht zeitgemäß“. 2019 stellte das Dresdener Straßen- und Tiefbauamt fest, dass ein baldiger Neubau notwendig sei. 2021 fanden Gutachter „maßgebende Schäden“ am Brückenzug C, der wieder nur die Note „nicht ausreichend“ (3,0 bis 3,4) erhielt. Damals fungierte Diplom-Soziologe Stephan Kühn (Grüne) trotz großer Zweifel an seiner Kompetenz seitens der Opposition im Stadtrat als neuer Baubürgermeister von Dresden. In dieser Eigenschaft hätte er eine sofortige Sanierung des Brückenzuges C veranlassen müssen. Das aber tat er nicht. Deswegen wurden in den letzten Tagen mehrere Strafanzeigen gegen ihn eingereicht. Dies kommentierte Kühn mit den Worten: „Es war zu erwarten, dass hier versucht wird, politisches Kapital daraus zu schlagen“, womit er den Einsturz vom 11. September meinte.

Dabei ist das Ausmaß der Katastrophe noch deutlich größer, als zunächst angenommen. Weil auch der mittlere Brückenzug B erhebliche Verformungen aufweist, gibt es keine Alternative zum kompletten Abriss mit nachfolgender Neuerrichtung der Brücke. Damit kommen auf Dresden Kosten von rund 100 Millionen Euro zu. Die Stadt steht jedoch finanziell „ausgezehrt“ da, wie Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP) beklagt. Der Fehlbetrag in der Stadtkasse soll sich bis 2026 auf fast 200 Millionen Euro summieren, was primär an den hohen Ausgaben für Asylsucher liegt. Nun versucht Hilbert mit drastischen Gebührenerhöhungen und der Streichung bereits fest eingeplanter Projekte, das nötige Geld für die Ersatzbrücke zusammenzubringen.

Auf Hilfe vom Freistaat Sachsen kann er kaum hoffen, weil der sich aktuell ebenfalls mit vielen maroden Brücken konfrontiert sieht. Wie eine eilends durchgeführte Bestandsaufnahme ergab, sind 86 Straßenbrücken in der Zuständigkeit des Landes in einem noch schlechteren Zustand als der Zug C der Carolabrücke vor dem Einsturz. Aber auch im schönen „Elbflorenz“ tickt noch eine weitere Zeitbombe: Die ebenfalls viel befahrene stählerne Loschwitzer Brücke aus dem Jahre 1893, welche wegen ihres markanten Anstrichs „Blaues Wunder“ genannt wird, erhielt bei der letzten Hauptprüfung 2021 ebenfalls die alarmierende Note „ungenügend“ (3,5 bis 4,0). *Wolfgang Kaufmann*

NACH DER WAHL

Woidke vor schwierigen Verhandlungen

Koalitionsgespräche in Potsdam: Lässt das BSW Rot-Schwarz auflaufen?

VON HERMANN MÜLLER

Mit seinem „Ich oder die AfD“ hat der SPD-Spitzenkandidat Dietmar Woidke bei der Brandenburg-Wahl einen knappen Sieg errungen. Allerdings trägt diese Strategie einen Anteil daran, dass dem alten und wohl auch neuen Ministerpräsidenten gleich drei potentielle Koalitionspartner abhanden gekommen sind. Grüne, Freie Wähler und Linkspartei sind nicht mehr im Landtag vertreten.

Das Scheitern an der Fünfprozenthürde wurde von den Betroffenen sehr unterschiedlich kommentiert. So hat die Co-Bundeschefin der Grünen Ricarda Lang kritisiert, dass ein Verhalten wie das von Woidke auf Dauer zu einem „taktischen Problem für die demokratischen Parteien“ werden könne. Ihre Partei sei bei der Wahl „unter die Räder gekommen“, so Lang. Andere Spitzenpolitiker der Grünen führten ihre Niederlagen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg dagegen sogar auf eine „russische Einflussnahme“ zurück.

Selbstkritisch gab sich dagegen der Spitzenkandidat von Brandenburgs Linkspartei, Sebastian Walther. Er hatte schon vor der Wahlniederlage eingeräumt, dass die Linke zu spät verstanden habe, auf welche Themen es ankomme. „Wir haben zu lange versucht, das Thema Frieden zu umschiffen, ohne dabei klar sein zu können. Jetzt stellen wir fest, dass Frieden im Osten Deutschlands das wahlentscheidende Thema ist.“ Der Linke-Landeschef erklärte auch, er habe sich auf unnötige Kulturkämpfe und Diskussionen, etwa mit der AfD übers Gendern, eingelassen.

Dürfte an einer Koalition schwer zu schlucken haben: Dietmar Woidke (l.) mit Robert Crumbach *Foto: picture alliance/dpa*

Der Streit fängt schon an

Als Resultat ist die Linkspartei erstmals in den östlichen Bundesländern aus einem Landtag geflogen. Damit steht die Linke auch für Woidke nicht mehr als Mehrheitsbeschaffer zur Verfügung. Brandenburgs CDU hat nach einem Sondierungsgespräch mit der SPD bereits erklärt, kein Interesse an einer Dreier-Koalition mit SPD und BSW zu hegen.

Eine rechnerische Mehrheit ergibt sich für die SPD einzig bei einer Zusammenarbeit mit dem Bündnis Sahra Wagenknecht. Der BSW-Landesverband Brandenburg war erst im Mai gegründet worden und ist auf Anhieb drittstärkste Partei in der Mark geworden. Gefasst machen müssen sich die Sozialdemokraten indes auf besonders schwierige Verhandlungen mit dem BSW.

Robert Crumbach, Landeschef des Wagenknecht-Bündnisses, war zwar selbst lange SPD-Mitglied. Auch andere Mitglieder von BSW und SPD kennen sich seit Jahren persönlich. Einstellen muss sich Woidke allerdings darauf, dass sich mit Sahra Wagenknecht die Parteigründerin des BSW direkt in die Koalitionsverhandlungen einmischen wird.

Auch weiter südlich stellt sich die Lage kompliziert dar. Der Auftakt der Verhandlungen in Dresden lässt sogar daran zweifeln, ob das BSW derzeit überhaupt mitregieren will. In Sachsen war das erste Kennenlerngespräch für eine sogenannte Brombeer-Koalition nämlich bereits von Streit überschattet. Noch vor dem ersten Treffen von CDU, SPD und BSW sickerte über einen Pressebericht durch, das BSW werde im sächsischen Landtag einen Antrag zur Einsetzung eines Corona-Untersuchungsausschusses einbringen. Die bisherigen Regierungsparteien CDU und SPD empfinden dies als nicht verhandelbare Forderung.

Parteichefin Wagenknecht bestand in einem Interview wiederum auf Einsetzung eines solchen Ausschusses. Zuvor hatte sie als Bedingung für Koalitionen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen bereits gefordert, die Landesregierungen müssten sich im Koalitionsvertrag klar gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland positionieren. Zudem machte Wagenknecht die Ansage: „Wenn die anderen sich nicht wirklich bewegen wollen, dann ist unser Wählerauftrag die Opposition.“

Wagenknecht im Wahlkampfmodus

Wagenknechts Vorgehen ergibt parteitaktisch gesehen durchaus Sinn: Geht das BSW bei Koalitionsverhandlungen in Dresden, Erfurt und Potsdam zu viele Kompromisse ein, kann dies die Chancen für die Parteigründerin bei den kommenden Bundestagswahlen schmälern. Beim Bestehen auf Maximalforderungen kann sie dies ihren Anhängern dagegen als Zeichen für besondere Standfestigkeit präsentieren. Werden die Maximalforderungen von den Verhandlungspartnern sogar akzeptiert, liefert dies den Wagenknecht-Wählern den Beweis, dass das BSW wirkt.

Aus Sicht der redegewandten, langjährigen Kommunistin stellen die kommenden Verhandlungen damit eine Situation dar, in der sie in jedem Fall gewinnen kann. Brandenburgs SPD muss sich also darauf einstellen, dass das BSW die bevorstehenden Gespräche bereits als erste Phase des Bundestagswahlkampfs begreift. Scheitern die Gespräche in Potsdam, hat die SPD nur noch eine Option, um Neuwahlen zu verhindern: die Aufstellung einer Minderheitsregierung mit dem bisherigen Juniorpartner CDU, die sich im Parlament beim BSW von Fall zu Fall um eine Mehrheit bemüht. Dabei ginge es jeweils um eine einzige Stimme, denn mit 44 von 88 Landtagsmandaten fehlt Rot-Schwarz in Brandenburg nur ein Mandat zur Mehrheit.

ÖKOLOGIE

Artenschutz und Deichsicherheit geraten in Konflikt

Brandenburg erlaubt wegen Oderflut Vorgehen gegen Biber – Kritiker sagen: Viel zu spät!

Wenige Tage bevor in Frankfurt/Oder und Küstrin der Wasserspiegel der Oder Hochwasserstände erreichte, hat der Landkreis Märkisch-Oderland eine Abschussgenehmigung für Biber erteilt. Der Schritt soll verhindern, dass die Tiere bei Hochwasser aus überfluteten Biberburgen auf die Deiche der Oder flüchten und dort Löcher graben. Befürchtet wird auch, dass Biber in Einzelfällen im Deich sogar Tunnel anlegen. Diese können sich im Fall von Hochwasser zu besonders schwachen Punkten bei der Stabilität der Dämme entwickeln

Bislang gemeldete Schadstellen an den Deichen haben die Behörden als unproblematisch eingestuft. Wie Landesbauernpräsident Henrik Wendorff gegenüber dem Sender rbb erklärte, wird angesichts der Hochwasserlage für den Abschuss der Biber auf eine Sonderregelung zurückgegriffen. Aus Sicht einiger Kritikern kommt die Abschussgenehmigung allerdings viel zu spät. In der Region wird schon seit längere Zeit beobachtet, wie Biber durch ihre Bauten immer wieder Schäden an den Oderdeichen anrichten. Der Landtagsabgeordnete Lars Günther (AfD) aus Bad Freienwalde hat beispielsweise wiederholt davor gewarnt, dass die wachsende Biberpopulation ein Risiko für die Stabilität der Dämme darstelle.

Die Sorge um die Sicherheit von Deichen hat auch Behörden in Niedersachsen dazu veranlasst, den Hochwasserschutz über den Schutz der Biber zu stellen. An der Hunte bei Oldenburg hat der zuständige Landesbetrieb im September auf einer Länge von 13 Kilometern in den Deichen Bauten von Bibern und Nutrias mit Erde und Sand verfüllt. Hintergrund ist die Sorge vor einer Wiederholung der Lage beim Hochwasser im Jahr 2023. Regenfälle hatten im vergangenen Jahr den Pegel der Hunte steigen lassen, gleichzeitig wuchs bei den Einsatzkräften die Angst, dass die „Puddingdeiche“ nicht mehr standhalten.

Wie schon in Brandenburg zwingt auch in Niedersachsen die Hochwassergefahr die Behörden dazu, den Schutz der Biber zurückzustellen. An sich haben die EU und der Bund die Tiere unter besonders strengen Naturschutz gestellt. Verboten hat der Gesetzgeber nicht nur das Einfangen oder Töten von Bibern, bereits das Stören oder Beschädigen der Biberbaue und Dämme kann mit einer Gefängnisstrafe von bis zu fünf Jahren geahndet werden.

Offizielle Genehmigungen zur Entnahme von Bibern wie nun im hochwassergefährdeten Landkreis Märkisch-Oderland sind bislang selten. Baden-Württemberg hat im Februar nach sorgfältiger Prüfung im Alb-Donau-Kreis als Ultima Ratio die Entnahme von zwei Bibern genehmigt. Bundesweiter Vorreiter beim „Biber-Management“ ist Bayern. Im Freistaat wird der Bestand mittlerweile auf rund 25.000 Tiere geschätzt. Unterstützt wird das Biber-Management von 400 Beratern, die vor Ort den Naturschutzbehörden zur Seite stehen. Bei schweren Konflikten hat der Freistaat die Regeln für die Entnahme von Bibern vereinfacht. Trotzdem steigen auch in Bayern seit Jahren die Schäden, die Landwirten, Forstbesitzern und Fischzüchtern durch Biber entstehen. *H.M.*

KOLUMNE

Abriss Ost

VON VERA LENGSFELD

Ältere Ost-Berliner erinnern sich gern an das Sport- und Erholungszentrum (SEZ) im Friedrichshain, das nach Entwürfen eines schwedischen Architekten gebaut wurde und eine kleine Sensation im grauen Alltag war. Im Gegensatz zum Palast der Republik war das wirklich ein Bau für das Volk. Das strömte zuhauf, um ihn in Besitz zu nehmen.

Bis zu 22.000 Besucher konnten in dem Gebäude mit den Glasfassaden unterkommen. Im den ersten fünf Jahren kamen fünf Millionen Gäste, um zu schwimmen, Schlittschuh zu laufen, Ball zu spielen, die Tischtennisplätze zu nutzen, Kampfsport zu treiben oder auch nur, um einen Kaffee zu trinken mit Blick auf das muntere Treiben. Den Eintritt von 20 bis zu 50 Pfennig konnte sich jeder leisten. Von Anfang an war das SEZ ein beliebter Jugend-Treffpunkt. Nach der Vereinigung begann der langsame Abstieg.

Ab 1990 herrschte über die Zukunft des Objektes jahrelang Ungewissheit. Der Betrieb der Sportstätten und der Veranstaltungsbetrieb wurden nach und nach eingestellt. Dem neuen Eigentümer, dem Berliner Senat, waren die Kosten zu hoch. Die Belegschaft wurde entlassen oder in andere Senatseinrichtungen umgesetzt. Schließlich wurde das SEZ im Dezember 2002 geschlossen. Anschließend wurde der Gebäudekomplex an einen Leipziger Investor für einen Euro verkauft. Im Kaufvertrag wurde der Investor verpflichtet, den Sportbetrieb, besonders das Schwimmbad, wieder zu eröffnen.

Das Gebäude bekam einen neuen Anstrich, ein paar kleinere Einheiten wurden wieder geöffnet, das Bad blieb geschlossen. Daraufhin wurde der Investor von der Politik unter Druck gesetzt. Schließlich gab er auf – aber den Schlüssel nicht heraus. Jetzt wurde das SEZ zwangsgeräumt. Hier sollen 500 Wohnungen entstehen. Damit verschwindet wieder ein Stück Geschichte. Im Gegensatz zum Palast der Republik ist das schade.

MELDUNG

Nur wenig Wachstum

Berlin/Potsdam – Das Bruttoinlandsprodukt des Landes Berlin ist nach Angaben des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg im ersten Halbjahr 2024 preisbereinigt um 0,3 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum gestiegen. Die Hauptstadt lag damit im bundesweiten Vergleich auf Platz vier. In Mecklenburg-Vorpommern wuchs im ersten Halbjahr die Wirtschaft um 3,1 Prozent. Es folgten Hamburg mit 2,2 Prozent und Schleswig-Holstein mit 1,1 Prozent. Brandenburg wies vergangenes Jahr nach Mecklenburg-Vorpommern noch das zweitstärkste Wirtschaftswachstum auf. Im ersten Halbjahr 2024 schrumpfte allerdings in der Mark die Wirtschaft preisbereinigt um 0,4 Prozent. Sven Weickert, Geschäftsführer der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB), sagte zu den Zahlen des Statistikamtes, eine rote Null für Brandenburg beziehungsweise eine schwarze Null für Berlin seien im Vergleich zum ersten Halbjahr 2023 „zu wenig“. *H.M.*

MELDUNGEN

EU erhöht Kreditzusage

Brüssel – EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat bei einem Besuch in Kiew ein Darlehen der EU für die Ukraine in Höhe von 35 Milliarden Euro angekündigt. Das Darlehen ist Teil eines Plans der G7-Gruppe zur Mobilisierung von 50 Milliarden Dollar bzw. 45 Milliarden Euro aus eingefrorenen russischen Vermögenswerten. Allerdings geht die EU-Kommission mit der zugesagten Darlehenshöhe weit über das hinaus, was zwischen den G7-Staaten vereinbart war. Vorgesehen war, dass die EU und die USA je 20 Milliarden Dollar, umgerechnet etwa 18 Milliarden Euro, bereitstellen, während sich das Vereinigte Königreich, Kanada und Japan zusammen mit zehn Milliarden Dollar beteiligen. Zur Absicherung des Darlehens an die Ukraine will die EU eingefrorene Devisenreserven Russlands nutzen. Von den beschlagnahmten russischen Vermögen in Höhe von 270 Milliarden Euro ist der größte Teil (210 Milliarden Euro) auf dem Gebiet der EU eingefroren. *H.M.*

Konfiszierung nicht rechtens

Berlin – Die Bundesregierung antwortet auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion zur Konfiszierung russischer Vermögenswerte, dass eine solche unzulässig sei, da „das Völkergewohnheitsrecht die einseitige Durchsetzung von Reparationsforderungen nicht kennt“. Völkergewohnheitsrecht besteht nicht auf einer direkten Gesetzgebung, sondern auf Rechtsvorstellungen, die dauerhaft angewendet werden, und wenn Staaten überzeugt sind, dass es sich um rechtlich verbindliche Normen handelt. Die Regierung führt aus, dass nicht alle russischen Vermögenswerte in Deutschland geschützt seien. Zu unterscheiden von der Konfiszierung sei das Einfrieren von Vermögenswerten, etwa die der russischen Zentralbank. Transaktionen mit der russischen Zentralbank, die im Zusammenhang mit der Verwaltung ihrer Reserven und Vermögen stehen, seien verboten. Der Bestand der Reserven und Vermögen blieben unversehrt. *MRK*

Klima-Alarm war Messfehler

Miami – Die angebliche Verlangsamung des Golfstroms beziehungsweise der Atlantischen Meridionalen Umwälzzirkulation (AMUZ) ist lediglich ein Messfehler. Daher sind auch keine der vorhergesagten apokalyptischen Folgen für Europa zu erwarten. Dies geht aus einer Studie von sieben US-amerikanischen und britischen Ozeanographen um Denis Volkov vom Cooperative Institute for Marine and Atmospheric Studies der University of Miami hervor, welche am 5. September im Fachblatt „Nature Communications“ erschien. Darin heißt es, dass die Schlüsselkomponente der AMUZ, nämlich der Floridastrom, seit 1982 überwacht werde, indem man die Induktionsfeldänderungen in den Unterseekabeln zwischen Florida und den Bahamas erfasse. Dabei sei es ab 2000 aufgrund der Nichtberücksichtigung der Variationen des Erdmagnetfeldes zu falschen Messergebnissen gekommen, die eine Abschwächung der Meeresströmung vorgetäuscht hätten. *W.K.*

ISLAM IN RUSSLAND

Strenge Migrationspolitik birgt Gefahren

Verbote verstoßen gegen geltendes Recht – Auswirkungen auf geplante Erweiterung der EAWU

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Seit dem Terroranschlag auf die „Crocus City Hall“ in Moskau Ende März, bei dem Tschetschenen als Tatverdächtige verhaftet wurden, betrachtet die russische Bevölkerung ausländische Mitbürger mit mehr Argwohn als zuvor. Die Kriminalstatistik scheint ihnen Recht zu geben, denn seit Jahresbeginn stieg die Ausländerkriminalität um 55 Prozent. Vor allem die Zahl der unsittlichen Handlungen gegen Kinder stieg um 25 Prozent, die der Vergewaltigungen um fünf Prozent.

Erst kürzlich kam es in Moskau unweit des Kremls am helllichten Tag zu einer Schießerei, als 30 Tschetschenen versuchten, die Zentrale von Russlands größtem Onlinehändler „Wildberries“ zu stürmen. Bei dem Vorfall starben zwei Wachleute. Hintergrund war ein Machtkampf um die Rechte des Konzerns, bei dem auch die Politik eine Rolle spielte. Tatjana Bakaltschuk, die koreanisch-stämmige Geschäftsführerin, Mehrheitseignerin sowie Russlands reichste Frau, hatte hinter dem Rücken ihres getrennt lebenden Ehemanns Wladislaw, der ein Prozent am Firmenvermögen hält, einen Handel mit Präsident Wladimir Putin geschlossen. Dabei ging es um eine Fusion von „Wildberries“, dem russischen Amazon-Pendant, mit dem kleineren Werbeflächen-Vermarkter „Russ Group“. Dessen Inhaber, die armenischen Brüder Mirsojan, gelten als loyale Putin-Unterstützer. Seit einiger Zeit bezeugen russische Unternehmer mit solchen Vermögenstransfers ihre Loyalität gegenüber Putin.

Diese Fusion empörte Waldislaw Bakaltschuk allerdings dermaßen, dass er den tschetschenischen Präsidenten Ramsan Kadyrow um Hilfe rief, der bislang als Putins treuer Unterstützter galt. Dieser bezeichnete den Deal als illegale Enteignung und schickte seine Kämpfer los. Ein Machtkampf mit Kadyrow könnte Putin äußerst gefährlich werden, denn schon länger gibt es Gerüchte, dass es der Tschetschenenführer auf Putins Sessel abgesehen haben könnte. Hinter verschlossenen Türen einigten sich nach dem Vorfall in Moskau die beiden aber schnell und gaben sich als immer noch treue Verbündete.

Viele russische Firmen sind wegen der Beschäftigung von Immigranten in die Kritik geraten, zumal sie gezielt auch Illegale anlocken. Russische Mitarbeiter von „Wildberries“ beklagen etwa, dass in einem Sortierlager der Firma muslimische Migranten bereits die Mehrheit und eigene Hierarchien bildeten. Unter denjenigen, die sich zu Clans zusammenschließen, befänden sich auch Wahhabiten, die gegen russische Christen hetzten.

Der Staat sieht sich angesichts der wachsenden Sorge seiner Bürger zum Handeln gezwungen. Seit Herbst 2023 werden in Firmen, die Ausländer beschäftigen, regelmäßig Razzien durchgeführt, wobei immer wieder illegale Beschäftigte auffliegen. Nicht selten kommt es bei solchen Razzien zu Massenschlägereien.

Schon lange fordern Politiker ein härteres Vorgehen gegen illegale Immigranten. Ein Duma-Abgeordneter der kommunistischen Partei setzt sich für ein Nikab-Verbot ein. Das Tragen der Verhüllung solle unter Strafe gestellt werden. Der Nikab ist eine religiöse Gesichtsverhüllung für Frauen, bei der nur ein Schlitz für die Augen frei ist. Teilweise ist in muslimischen Republiken Russlands das Tragen des Nikab bereits verboten, aber es gibt auch massive Kritik daran. Muslime befürchten, dass, wenn der Nikab im europäischen Teil Russlands verboten werde, bald auch ein Verbot des Hidschabs, also des Kopftuchs drohe, das die Haare muslimischer Frauen verdeckt, aber das Gesicht frei lässt.

Muslime vergössen ihr Blut im Ukrainekrieg

Der Großmufti Kamil Samigullin von Tatarstan ist gegen eine Einschränkung des Tragens religiöser Kleidung und kritisiert, dass, während Muslime ihr Blut in der Ukraine vergössen, man versuche, ihre Frauen unter Druck zu setzen. Allerdings verhält Samigullin sich widersprüchlich, denn er hat sich auch der Position des Koordinationszentrums der Muslime des Nordkaukasus angeschlossen, das ein Nikab-Verbot befürwortet, da das Kleidungsstück den Muslimen schade, indem es zu Zwietracht in den interreligiösen Beziehungen führe.

In der Duma diskutierte Maßnahmen, wie den Zuzug von Ausländern besser zu kontrollieren und den Familiennachzug einzuschränken, wurden zunächst auf November verschoben, da sie gegen geltendes russisches Recht verstoßen. Die Verfassung garantiert nämlich Religions und Bewegungsfreiheit für Mitglieder der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU), ein Bündnis, das für Russland äußerst wichtig ist. In den Mitgliedsstaaten Kasachstan und Kirgisistan ist die Mehrheit der Bevölkerung muslimischen Glaubens.

Derzeit bemüht die russische Regierung sich intensiv darum, Usbekistan, das Beobachter-Status hat, als Mitglied für die EAWU zu gewinnen. Eine Mitgliedschaft verspricht für Arbeitsmigranten in Russland viele Vorteile. Sie können ihre Tätigkeit gleichberechtigt mit anderen Mitgliedern der Union ausüben, Diplome und Zeugnisse werden anerkannt und der Familiennachzug ist gewährt. Die usbekische Regierung verhält sich zunächst zurückhaltend, da sie einerseits befürchtet, ihre Unabhängigkeit durch einen Beitritt zur EAWU zu verlieren, andererseits bereitet Usbekistan sich auch auf einen Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) vor.

Eine antimuslimische Politik birgt also Gefahren für Russland, zumal es auf Arbeitskräfte aus den zentralasiatischen Staaten angewiesen ist. Allein im Baugewerbe sind 200.000 Stellen unbesetzt. Der Ukrainekrieg, der dem Arbeitsmarkt unzählige arbeitsfähige Kräfte entzieht, verschärft die Situation zusätzlich.

FOTO: IMAGO/RUSSIAN LOOK

Sorgt für Diskussionen in Russland: Musliminnen mit traditioneller Verhüllung Hidschab (l.) und Nikab (r.) auf dem Roten Platz

SCHLESIEN

Radiosender nennen auch deutsche Ortsnamen

Was deutsche Sendeanstalten nicht schaffen, machen polnischer und tschechischer Hörfunk vorbildlich

Politisch korrekt berichteten öffentlich-rechtliche Medienanstalten in Deutschland in Sondersendungen über das Jahrhunderthochwasser im Südwesten der Republik Polen und Norden Tschechiens. Dass es sich dabei um Schlesien und Böhmen/Mähren handelt, also um alte deutsche Siedlungsgebiete, erfuhren die deutschen TV-Zuschauer aber nicht. Man nannte die slawischen Namen, auch wenn man sie nicht richtig aussprechen konnte. So klingt Klodzko, wo das Zentrum der Flut in Schlesien lag, zumindest etwas befremdlich in deutschen Ohren. Die parallele Nennung des deutschen Namens Glatz, wie die Stadt früher und viel länger hieß, wäre durchaus dienlich gewesen.

Sehr oft wurde zugleich vom Bruch des Staudamms in Stronie Śląskie, das auf Deutsch Seitenberg heißt, gesprochen, der viele Dörfer Niederschlesien überflutet. Ebenso die Stadt Neisse, südlich von Breslau gelegen, war eines der Hochwasserzentren. Auch diese Stadt, in der noch eine beachtliche Anzahl Deutschstämmiger lebt, wurde jedoch nur als Nysa bezeichnet.

Zwei Sprachen verwendet

Im Gegenzug dazu war das deutschsprachige Programm von Radio Warschau den deutschen Sendeanstalten voraus. Es brachte neben den Flutmeldungen auch noch die deutschen Namen schlesischer Städte, Flüsse und Gebirgszüge.

So wurde in Radio Warschau beispielsweise berichtet: „Die Flut wird am Dienstag in Opole/Oppeln eintreffen. Wrocław/Breslau wird die Welle gegen Ende der Woche erreichen ...“. Verwunderlich ist diese Aktion kaum, haben doch jetzt einige Orte in Oberschlesien, mit nennenswerter deutschstämmiger Bevölkerung, wieder ihren deutschen Namen auf dem Ortsschild stehen.

In einem Atemzug

Auch Radio Prague International erwähnt in seinem deutschsprachigen Programm die deutschen Namen böhmischer/mährischer Orte immer noch direkt hinter den tschechischen und nicht in Klammern. Das Zentrum der Flut lag dort in Schlesien in der Stadt Jeseník im Altvatergebirge, die bis 1947 Frývaldov, auf Deutsch Freiwaldau, hieß. Diese Stadt liegt in der Olmützer Region. Das Prager Radio berichtete am 16. September im deutschsprachigen Programm: „Die Überschwemmungen im Mährisch-Schlesischen Kreis haben bisher drei Opfer gefordert. Eine Frau ertrank im Fluss Krasovka in der Gegend von Bruntál/Freudenthal. Zwei weitere Todesopfer wurden am Montag in Krnov/Jägerndorf bestätigt ...“. Im Prager Radio werden sogar noch kleinere Orte mit ihrem deutschen Namen benannt.

Deutsche Solidarität

In Polen erinnerte man angesichts der Dimension der jetzigen Flut wieder an die Oderflut von 1997, die damals die Gebiete der Bundesrepublik und der Republik Polen entlang der Grenze gleichermaßen schwer getroffen hatte. Gleiches ist diesmal allerdings nicht zu erwarten. Dennoch erinnerte man in Polen gerne wieder an die grenzüberschreitende Solidarität von 1997, welche die Folgen der Flut zu vermindern half. *Bodo Bost*

FOTO: IMAGO/NURPHOTO

Sind aktuell erheblich erfolgreicher als deutsche Marken: Die E-Autos aus China sind billiger und die Unternehmen wirtschaftlicher

INDUSTRIE

Ökonomische Vollbremsung der deutschen Autobranche

Schlechte Rahmenbedingungen nehmen der einst erfolgreichsten Industrie Deutschlands jegliche wirtschaftlich positive Perspektive auf dem Weltmarkt

VON PETER ENTINGER

Sie war über Jahre das Rückgrat der deutschen Wirtschaft – die Automobilindustrie. Doch nun steckt sie in der schwersten Krise seit 30 Jahren. Rund 770.000 Menschen sind in der Branche beschäftigt. Gemessen am Umsatz ist sie die mit Abstand größte Industriebranche im Land.

Am deutlichsten werden die Probleme derzeit bei Volkswagen. Erstmals seit Jahrzehnten könnte es zu betriebsbedingten Kündigungen und Werksschließungen kommen. Der Vorstandsvorsitzende Oliver Blume gab in den vergangenen Wochen gegenüber dem Nachrichtensender NTV zu: „Wir können Kapazitätsreduzierungen nicht ausschließen.“ Blume führte die Probleme auf ein verändertes Marktumfeld zurück: „Wir können aktuell nicht mehr auf die hohen Erträge aus China setzen. Der EU-Markt ist um zwei Millionen Fahrzeuge zurückgegangen. Außerdem gibt es mehr Wettbewerber, was zu einem erheblichen Preisdruck führt.“

VW schreibt schwache Verkaufszahlen, vor allem bei Elektroautos. Der Umstieg auf den E-Antrieb ist zudem kostspieliger als gedacht. Das lässt die Gewinne schrumpfen. Volkswagen meldete im ersten Halbjahr 14 Prozent weniger Überschuss, bei BMW ging es um fast 15 Prozent runter, bei Mercedes-Benz waren es sogar 16 Prozent. Das Ausmaß der Krise lässt sich mit Zahlen des Konjunktur-Indexes des Ifo-Instituts gut belegen. Das Geschäftsklima der deutschen Automobilindustrie hat sich in den vergangenen Wochen extrem verschlechtert. Der Indikator ging zurück auf -24,7 Punkte, nach -18,5 Punkten im Juli. „Die Stimmung in der Autoindustrie ist im Sturzflug“, sagt ifo-Branchenexpertin Anita Wölfl. Grund dafür sind die pessimistischen Erwartungen für die kommenden sechs Monate.

Die Hoffnungen, der Umstieg auf die E-Mobilität werde der Branche einen neuen Schub geben, haben sich bisher nicht erfüllt. Im Gegenteil. Der Absatz von Elektroautos ist in den vergangenen Monaten deutlich eingebrochen. Laut Kraftfahrt-Bundesamt wurden bis August dieses Jahres rund 22,4 Prozent weniger Neuwagen mit Elektroantrieb zugelassen als in den acht Monaten des Vorjahres.

Ein Grund für den Rückgang ist das abrupte Ende der staatlichen Kaufprämie für Elektroautos im Dezember 2023. Nun wird abermals über staatliche Anreize diskutiert. Die ifo-Wirtschaftsforscherin Wölfl erklärt, die deutsche Autoindustrie habe bei der Elektromobilität sehr spät reagiert. Das sehen nicht alle Wirtschafts-Experten so. „Die Elektromobilität, die ursprünglich als Wachstumschance gesehen wurde, entpuppt sich für einige Unternehmen als Investitionsgrab“, sagte beispielsweise Jonas Eckhardt vom Unternehmensberater Falkensteg der „Wirtschaftswoche“. Bei den Automobil-Zulieferern hängt ein großer Teil des Umsatzes immer noch von den Verbrenner-Motoren ab. Das werde sich auch in den kommenden fünf Jahren nicht verändern, sagen Branchenkenner.

Keine Wettbewerbsfähigkeit

Über Jahre waren Autos „made in Germany“ ein Exportschlager. Ein wichtiger Markt für VW, BMW und Mercedes war China. Doch dort gehen die Verkaufszahlen der deutschen Hersteller seit Jahren zurück. Und so sucht man munter den schwarzen Peter. Die einen sagen, die Manager haben den Umstieg auf Elektroautos verschlafen. Anderen halten dagegen und machen das geplante Verbrenner-Aus für die Probleme verantwortlich. Fest steht, dass der Standort Deutschland unattraktiv ist.

VW-Chef Blume sieht vor allem bei den Rahmenbedingungen Handlungsbedarf: „Bei Volkswagen sind die Kosten im internationalen Wettbewerb viel zu hoch.“ Der Verband der Automobilindustrie (VDA) fordert daher „international wettbewerbsfähige Standortbedingungen“. VDA-Präsidentin Hildegard Müller kritisierte zu viel Bürokratie sowie zu hohe Energie- und Arbeitskosten. „Wenn immer gefragt wird, warum bauen andere Länder günstigere Autos, dann hat das genau mit diesen Themen zu tun“.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck versammelte die Branchen-Granden in der vergangenen Woche zu einem Autogipfel. Konkrete Beschlüsse blieben erwartungsgemäß aus. Es habe die Übereinstimmung gegeben, keine Schnellschüsse und „Strohfeuermaßnahmen“ umzusetzen, sagte Habeck. Stattdessen solle es um langfristige Planbarkeit gehen. Habeck möchte sich unter anderem dafür einsetzen, dass die von der EU vorgegebenen CO_2-Grenzwerte für die Autoindustrie früher als geplant überprüft werden.

Die Frage, ob es staatliche Subventionen beim Kauf von E-Autos geben solle, wurde kontrovers diskutiert. Langfristig müsse sich die Branche selbst helfen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) sagt, die deutschen Autobauer hätten weiterhin „alle Möglichkeiten und Fähigkeiten, sich im globalen Wettbewerb zu behaupten“. Man müsse sich aber ein Stück weit neu erfinden.

WIRTSCHAFTDELIKTE

Steuerbetrug durch dubiose Karussell-Geschäfte

Vor allem chinesische Onlinehändler werden verdächtigt, durch Tricks zu wenig Steuern abzuführen

Die Ampelkoalition hat sich im Sommer nach langem Streit auf einen Entwurf für den Haushalt für 2025 geeinigt. Doch obwohl Finanzminister Christian Lindner (FDP) den zulässigen Neuverschuldungsspielraum von 44 Milliarden Euro voll ausschöpfen will und parallel die Steuereinnahmen optimistisch hoch kalkuliert, klafft im Haushaltsentwurf noch immer eine Lücke von zwölf Milliarden Euro.

Stopfen ließe sich das Loch, wenn sich der deutsche Fiskus und auch die EU intensiver um ein Problem kümmern würden, das vom „Handelsblatt“ bereits vor fünf Jahren als „Europas größter Steuerbetrug“ bezeichnet wurde. Die Rede ist vom Umsatzsteuerbetrug. Nach Angaben von Valdis Dombrovskis, dem Vizepräsidenten der EU-Kommission, sind der EU im Jahr 2020 Mehrwertsteuereinnahmen in Höhe von 93 Milliarden Euro entgangen, „ein gutes Viertel davon ist konservativen Schätzungen zufolge auf Mehrwertsteuerbetrug innerhalb der EU zurückzuführen“.

Hintergrund der Schätzung ist vor allem eine Betrugsmasche, die als „Karussell-Geschäfte“ bekannt sind. Bei diesen grenzüberschreitenden Scheingeschäften stellt zunächst eine Firma für eine vermeintliche Warenlieferung eine Rechnung aus. Die in der Rechnung enthaltene Mehrwertsteuer wird allerdings nicht an das Finanzamt abgeführt. Anschließend reicht die vorgebliche Empfängerfirma die Rechnung beim zuständigen Finanzamt ein, um sich die Vorsteuer erstatten zu lassen. Bis die Finanzbeamten den Betrug bemerken, sind die beteiligten Akteure dann meist längst verschwunden.

Für Deutschland beziffert die EU-Kommission den Mehrwertsteuerverlust für 2020 mit über elf Milliarden Euro. Das ist in etwa der Fehlbetrag, über den sich die Ampelkoalition bei ihren Haushaltsplanungen streitet. Mittlerweile könnten dem Bund durch Mehrwertsteuerbetrug noch deutlich höherer Summen entgehen. Anlass für die Vermutung ist das rasante Wachstum digitaler Handelsplätze.

Vor allem einigen chinesischen Online-Händlern wird vorgeworfen, beim Versand von Produkten in die EU systematisch zu niedrige Warenwerte anzugeben und so Zollgebühren zu umgehen. Dabei geht es um große Summen. Allein der Versandhändler Temu verschickt nach Schätzung von E-Commerce-Experten täglich bis zu 200.000 Pakete nach Deutschland. Die Paketflut chinesischer Online-Händler war bereits auf einer Konferenz der Länder-Finanzminister im Juni Thema. Bei dem Treffen in Bremen ging es auch um schärfere Zollkontrollen, damit Versandhändler aus China nicht länger durch falsche Wertangaben Einfuhrzölle hinterziehen können.

Wie der WDR berichtete, besteht auch der Verdacht, dass Händler wie Temu in der EU zu wenig Umsatzsteuer abführen. Temu meldet die Steuer beispielsweise in Irland an, wo das Unternehmen für den europäischen Markt registriert ist. Von dort leitet die Steuerbehörde das Geld dann an die EU-Länder weiter, in denen Temu-Kunden leben. Experten gehen davon aus, dass dabei zu wenig Steuern angemeldet werden, „denn die Gefahr, damit aufzufliegen, ist gering“, so der Bericht des WDR. *Hermann Müller*

MELDUNGEN

Absage aus Norwegen

Oslo – Norwegens Energiekonzern Equinor gibt das Bauprojekt einer Wasserstoff-Pipeline nach Deutschland auf. Im Januar 2022 hatte Equinor verlautbart, in Kooperation mit dem deutschen Energieversorger RWE in Norwegen blauen Wasserstoff produzieren und nach Deutschland exportieren zu wollen. Der Wasserstoff sollte in Norwegen aus Erdgas hergestellt werden. Vorgesehen war, dass entstehendes Kohlendioxid dauerhaft gespeichert wird. Wie ein Equinor-Sprecher erklärte, wird der Plan zum Bau der Wasserstoffpipeline aufgegeben, weil der Export zu teuer und die Nachfrage zu gering sei. Der Konzern legt damit auch das Vorhaben zur Produktion von blauem Wasserstoff auf Eis. Die Absage des norwegischen Unternehmens stellt für die Wasserstoff-Strategie der Bundesregierung einen Rückschlag dar. Vorgesehen war, den in Norwegen hergestellten Wasserstoff in Deutschland in wasserstofffähigen Gaskraftwerken zur Stromproduktion zu nutzen. *H.M.*

Entlassungen bei Northvolt

Stockholm – Der Batteriezellen-Hersteller Northvolt entlässt fast ein Viertel seiner Belegschaft in Schweden. Damit fallen in der nordschwedischen Stadt Skellefteå etwa 1000 Arbeitsplätze weg. In Västerås wird Northvolt zusätzlich 400 Stellen und in Stockholm 200 Jobs abbauen. Northvolt war der erste Batteriezellenhersteller in der EU, der europäische Autobauer beliefert hat. Trotz dieser Vorreiterrolle hat das Unternehmen Probleme, rentabel zu produzieren. Zudem sinken die Verkaufszahlen von E-Autos. Nach Angaben des Europäischen Verbands der Automobilhersteller (ACEA) ist im August die Zahl der in der EU verkauften Elektroautos im Vergleich zum Vorjahresmonat um 18 Prozent auf 643.000 gesunken. Unklar ist, ob der Stellenabbau bei Northvolt in Schweden Auswirkungen auf den Plan des Unternehmens hat, ein großes Werk bei Heide (Kreis Dithmarschen) zu errichten. *H.M.*

Ifo-Index noch weiter gesunken

München – Die Stimmung der Unternehmen in Deutschland hat sich erneut verschlechtert. Der ifo-Geschäftsklimaindex fiel im September auf 85,4 Punkte, nach 86,6 Punkten im August. Dies ist der vierte Rückgang in Folge. Die Unternehmen waren vor allem mit den laufenden Geschäften weniger zufrieden. Im Verarbeitenden Gewerbe ist der Index auf den niedrigsten Wert seit Juni 2020 gesunken. Die Firmen beurteilten ihre aktuelle Lage merklich schlechter, die Erwartungen sind noch pessimistischer. Der Auftragsmangel hat sich verschärft. Auch im Dienstleistungssektor und im Handel gab der Index nach. Nur im Tourismus und im Gastgewerbe verbesserte sich die Stimmung deutlich. Im Baugewerbe werden die Aussichten etwas weniger düster gesehen. „Die Kernbranchen der deutschen Industrie stecken in Schwierigkeiten“, warnte ifo-Präsident Clemens Fuest in seiner Bilanz. *P.E.*

KOMMENTARE

Anstand vor Anarchie

JENS EICHLER

Zucht und Ordnung, Anstand und Benehmen – gute preußische Tugenden, die einst als typisch deutsch galten. Heute sind diese angenehmen Verhaltensweisen ziemlich in Vergessenheit geraten. Leider. Erst kamen Hippies, dann die 68er, Rocker, Punks, Schnösel und bis heute zeigen manche Öko-Grünen sowie Pöbel-AfDler das glatte Gegenteil von guten Manieren. Menschen an der Spitze des Staates, die ein gutes Vorbild sein sollten. Regelt Anstand und Benimm doch das angenehme Miteinander, sorgt für mitmenschlichen Wohlfühlkomfort und ist der tägliche Ausdruck von Zivilisiertheit. Denn die Freiheit des Einzelnen berührt immer die des anderen. Auch wenn das Menschen ohne Anstand und ohne Umgangsformen niemals wahrhaben wollen.

Und in der Schule geht es los. Das Fundament sollten die Eltern da bereits gelegt haben. Die Basis wie Danke, Bitte, Guten Tag und Auf Wiedersehen muss eine Selbstverständlichkeit im respektvollen Umgang miteinander sein. Ist es aber nicht – oder nicht mehr. Respekt vor Mitschülern, vor Lehrern, vor dem Eigentum der Schule und dem der anderen – Fehlanzeige. Die Schule verkommt immer mehr zum sozialen Brennpunkt. Rüde Sitten, importiert aus anderen Kulturkreisen, männlich-pubertäres Macho-Gehabe, pure Gewalt – auch unter Mädchen und weiblichen Jugendlichen – sind ebenso an der Tagesordnung wie nicht angemessene Kleidung, Drogenkonsum, respektloses Benehmen, mangelhafte Leistungsbereitschaft oder Disziplinlosigkeit. Und das sind nur wenige Beispiele verrohter Sitten.

Kein deutsches Phänomen, sondern ein Zustand, der vielerorts in Schulen beklagt wird. Freiheit ohne Grenzen, die zur Anarchie verkommt. Umso begrüßenswerter, dass Italiens Regierungschefin Georgia Meloni nun eine klare Ansage gemacht hat. „Wer sich nicht benimmt, bleibt sitzen!“ Ganz einfach.

Denn gutes Benehmen hat nämlich rein gar nichts mit sozialem Hintergrund, der Herkunft, Ethnie oder dem Geschlecht zu tun. Es ist einfach nur ein Zeichen für (Mit-)Menschlichkeit.

Vorsätzliche Verarmung

HERMANN MÜLLER

Ein Heimspiel war es nicht, was Vizekanzler Robert Habeck Ende September auf dem Treffen der Wirtschaftsvereinigung der Grünen e.V. erlebte. Gast des den Grünen nahestehenden Unternehmensbündnisses war neben Habeck auch CDU-Politiker Jens Spahn. Der war es dann, der auf der Konferenz viel Applaus mit einer Binsenwahrheit erntete: „Nicht so viel in Märkte reinpfuschen.“ Habeck gaben die Wirtschaftsvertreter dazu den Ratschlag, der Staat sollte Investitionen von Unternehmen nicht durch Förderprogramme unterstützen, sondern durch Vereinfachung von Abschreibungsmöglichkeiten.

Der Ruf nach Steuerentlastungen, mehr Tempo bei Genehmigungsverfahren und weniger Bürokratie sind richtig. Allerdings wird selbst eine schnelle Umsetzung solcher Forderungen kein neues Wirtschaftswunder einleiten. Rechnen müssen wir stattdessen mit noch mehr Hiobsbotschaften von Unternehmen, mit noch mehr Werksschließungen und Produktionsverlagerungen ins Ausland. Die Besserung der Wirtschaftslage ist wohl erst zu erwarten, wenn sich das Land von der grün-geprägten Ideologie der Dekarbonisierung aller Lebensbereiche verabschiedet hat.

Der Versuch von EU und Ampel-Regierung, der Wirtschaft Klimaneutralität aufzuzwingen, bedeutet den Verlust von Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Konkurrenten auf anderen Kontinenten. Auch die Abschirmung des europäischen Marktes mit Klimazöllen ändert nichts daran, dass Heizungswende, grüner Stahl und Ökostrom das Leben der Verbraucher verteuern und die Kaufkraft verringern. Billige Energie in Form von Erdöl und Erdgas hat es ermöglicht, dass immer mehr Menschen in nie gekanntem Wohlstand leben konnten. Die vorsätzliche Verteuerung von Energie bedeutet aber Wohlstandsvernichtung und Verarmung für die breite Masse.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,
Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf.
ISSN 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbebotschaften der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024: Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail:
redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

Für woke Ideologen der Gipfel von Rassismus: Als Indianer verkleidete weiße Kinder jüdischer Herkunft *Foto: imago/Xinhua*

KOLUMNE

Rassistischer Antirassismus

FLORIAN STUMFALL

Nicht nur im Wahlkampf der USA, sondern auch hierzulande wird die Kandidatin für das Präsidentenamt, die derzeitige Vize Kamala Harris, umfassend gepriesen und mit Attributen wie „kompetent“ oder „durchsetzungsstark“ überhäuft. Eine Empfehlung lautete: „nicht weiß“. Das wirft die Frage auf, wie es sich mit dem Zusammenhang zwischen Hautfarbe und Eignung für ein politisches Spitzenamt verhält. Doch während man darüber noch grübeln mag, steht eines fest: Fiele es Trump ein, damit zu werben, dass er nicht schwarz ist, wäre ihm der Vorwurf des Rassismus sicher.

Solch ein Vorwurf gehört in der politischen Arena zu den gravierendsten, die generell denkbar sind. Gleichzeitig wird immer öfter mit dem Begriff hantiert, er wird gerne als Totschlagargument benutzt, das zu widerlegen nicht nur äußerst schwer, sondern auch als moralisch verwerflich gilt. Das Wort Rassismus erinnert an die Gräueltaten der Nationalsozialisten, und wer damit in einen auch nur gedanklichen Zusammenhang gebracht wird, hat sein Spiel schon verloren.

Das geht so weit, dass die Vereinten Nationen für richtig erkannt haben, dass es keine menschlichen Rassen geben solle. Hier aber offenbarten die UN ihre mangelnde Zuständigkeit. In einer Zeit, da in jedem einigermaßen eingerichteten Labor anhand eines einzigen Tropfen Blutes die ethnische Herkunft eines Menschen festgestellt oder aber der Anteil von Neandertaler-Chromosomen bis hinters Komma belegt werden kann, grenzt die Leugnung des Unterschiedes von Rassen oder Ethnien beinahe schon ans Lächerliche.

Wissenschaft wird geleugnet

Der ideologische Eifer bringt es fertig, naturwissenschaftliche Erkenntnisse zu leugnen und wieder den Stand von vor 200 Jahren einzunehmen, als Charles Darwin die menschliche Zelle als ein bisschen homogenen Schleim angesehen hatte. Doch man sieht sich ohnehin genötigt, in einer Zeit, in welcher die Feststellung, dass es real nur zwei Geschlechter gibt, strafbewehrt ist, nicht mehr auf die Wirkkraft der Tatsachen zu hoffen. Das ist der eine Schritt noch weiter zurück, nämlich dorthin, wo man in der Ferne die Feuer der Hexenverbrennungen leuchten sieht.

Mit ein wenig Folgerichtigkeit wird es nicht mehr lange dauern, bis die Wissenschaften der Anthropologie und der Ethnologie um ihr Überleben werden kämpfen müssen. Der Begriff Völkerkunde ist ohnehin aus den Namen der einschlägigen Museen weitgehend verschwunden. Man hat ihn als rassistisch gebrandmarkt. Eine Debatte darüber verbietet sich.

Natürlich sind die Unterschiede zwischen den Rassen von äußeren Merkmalen angefangen bis hin zur Produktion von Enzymen nicht zu bestreiten. Aber eben die Unterschiede sind es, welche die Ideologen derart erbosen, dass man sie gegen den Augenschein leugnen solle. Denn sie widersprechen einem Grundprinzip eines jeden totalitären Denkens, nämlich dem Egalitarismus, dem Gleichheitswahn. Auch hier berühren sich die Extreme. Rechts hieß es bei den Nationalsozialisten : „Du bist nichts, dein Volk ist alles“, links galt die DDR-Parole: „Die Partei hat immer recht.“ Ein Haufen von Gleichen, so die Überzeugung der Ideologen, ist die ideale Verfügungsmasse, bewusste Einzelpersonen aber muss man erst gleichschalten. Soweit der machtpolitische Aspekt des Rassismusthemas. Doch der Weg zur Praxis ist nicht weit.

> Offensichtliche Unterschiede äußerer Merkmale leugnen Ideologen aus Gründen ihres Gleichheitswahns

Als Kanzlerin Merkel 2015 Deutschlands Grenzen für jedermann öffnete, geschah dies unter der stillschweigenden Vorgabe, zwischen denen, die da kommen, und solchen, „die schon länger hier leben“, gebe es keine nennenswerten Unterschiede. Wer hier gewarnt hatte, sah sich sehr schnell dem Vorwurf des Rassismus ausgesetzt. Wer heute auf das Ergebnis der Völkerwanderung hinweist, dem geht es ebenso. Und, wie gesagt: Wer in einem Streitgespräch den Vorwurf des Rassismus anwendet, hat die Sache für sich entschieden, völlig gleichgültig, wie die Dinge ansonsten liegen.

Dieses Prinzip ist so durchschlagend, dass man längst die Bedeutung des Begriffs „Rassismus“ ausgedehnt hat. Wer heute auf das kulturelle Gefälle zwischen dem Islam und den christlich geprägten Gepflogenheiten hinweist, wird des Rassismus bezichtigt. Dabei hat ein Glaube mit ethnologischen oder anthropologischen Gegebenheiten nicht das Geringste zu tun. Doch das Totschlagargument ist so wirksam, dass man darauf auch außerhalb des Bereichs seiner eigentlichen Bedeutung nicht verzichten will. Selbstverständlich wird die Kultur dankbar mit einbezogen. So kommt es dann, dass ein Kind im Fasching nicht mehr als Indianer gehen darf. Dass es keinen Mohrenkopf mehr gibt, versteht sich von ganz alleine.

Rassismus gegen Weiß

Doch um noch einmal auf Kamala Harris zurückzukommen: Man möchte meinen, ihre ethnische Herkunft als eine Frau, die nicht weiß ist, als Verdienst herauszustellen, sollte doch zweifelsfrei als rassistisch gekennzeichnet werden. Doch wer dies glaubt, unterliegt einem Irrtum. Die Lehrmeinung unter der woken Gemeinde, also unter denen, welche die Macht haben, Denk- und Sprachverbote zu verhängen, ist nämlich folgende: Rassismus gebe es ausschließlich gegen Farbige, gleich welcher Schattierung. Rassismus gegen Weiß könne es rein systematisch gar nicht geben, denn nur diese seien rassistisch von Geblüt, und alles Leid, was ihnen möglicherweise angetan werde, sei gerechtfertigt und allenfalls eine Buße für die Untaten ihrer Rasse.

Man erkennt somit: Wenn eine Idee, wie hier die Rassismus-Strategie, genug Macht errungen hat, dann macht sie sich nicht nur die Gedanken der Menschen untertan, sondern auch das logische Denken. Die Folge der Suspendierung der Logik ist eine ans Anarchische grenzende Beliebigkeit. Dafür steht als grotesker Höhepunkt die Ansage des damaligen Reichsmarschalls Göring, der mit Blick auf die jüdische Herkunft des ihm genehmen Generalfeldmarschalls Milch einschlägige Vorhaltungen zurückwies und erklärte: „Wer Jude ist, bestimme ich.“

Mit derselben Entschlossenheit wird heute bestimmt, wer Rassist ist – nämlich jeder, der sich der woken Welt widersetzt.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Wenn das Leben plötzlich zerbricht

Ann-Kathrin Kramer und Harald Krassnitzer als Paar, dessen Liebe durch den Schlaganfall der Frau auf die Probe gestellt wird

VON ANNE MARTIN

Eigentlich ist es ein gutes Leben, das Sabine und Stefan Schuster in einer idyllischen mitteldeutschen Kleinstadt teilen. Sie eine engagierte Lehrerin, er Forstwirt, kennengelernt haben sie sich beim Wandern auf dem thüringischen Rennsteig, gemeinsam haben sie ihre längst erwachsene Tochter großgezogen.

Zur Feier ihrer silbernen Hochzeit laden sie zu einem großen Fest, tanzen unter bunten Lampions und sehen einander tief in die Augen. Er ist zufrieden mit seinem Leben, in dem alles seine Ordnung hat, sie nur halb. „Kann das alles gewesen sein?“ schreibt sie in ihr Tagebuch.

Dann passiert, was die eingespurte Ehe innerhalb von Sekunden aus den Angeln hebt: Während einer Theaterprobe mit ihren Schülern beginnt Sabine zu taumeln, kann keine klaren Sätze mehr formulieren, stürzt, ist nicht mehr ansprechbar. Ihr Glück: Eine Schülerin holt umgehend Hilfe, sie kommt schnell in eine Klinik. Die Diagnose: Schlaganfall.

Rund 270.000 Menschen im Jahr trifft in Deutschland „der Schlag“, also eine Durchblutungsstörung im Gehirn oder ein geplatztes Aneurysma. Die sekundenschnell absterbenden Hirnfunktionen haben dramatische Folgen. Jeder fünfte Schlaganfallpatient stirbt, 64 Prozent bleiben pflegebedürftig. Soweit die Statistik.

„Aus dem Leben“ (9.10. um 20.15 Uhr, Das Erste) zeigt, wie sich das Leben danach anfühlt, wenn es Tag für Tag gemeistert werden soll – vom Betroffenen, aber auch vom Partner und der Familie. Ann-Kathrin Kramer und Harald Krassnitzer, auch im wahren Leben ein Ehepaar, nehmen das Thema als Herausforderung, aus bekannten Rollenmustern auszubrechen. Sie, die Endfünfzigerin mit der mädchenhaften Lockenmähne, zeigt sich als halbseitig Gelähmte mit hängendem Augenlid und eingefrorenen Gesichtszügen. Er, seit Jahren als Wiener Tatort-Kommissar eine feste Größe im Krimi-Genre, spielt den Ehemann, der zwischen Hoffen und Bangen an seine Grenzen kommt. Wird ihre Ehe diese Belastung aushalten? Frauen, so besagt es die Statistik, fügen sich eher in die Rolle der Pflegenden als Männer. Nur 20 Prozent bleiben bei ihrer behinderten Partnerin.

FOTO: MDR/ORF/WARNER BROS./GUIDO ENGEL

Leben am Scheideweg: Sabine (Ann-Kathrin Kramer) teilt Stefan (Harald Krassnitzer) mit, dass sie so nicht weiterleben kann

Fiktive Realität fühlen

Wer soll denn auch wissen, wie es sich wirklich anfühlt, wenn die Patientin nach dem Schlaganfall nicht nur körperlich eine andere ist. Sabine hat dabei noch Glück im Unglück. Sie ist in ihrer Bewegung eingeschränkt, spricht langsamer, aber es hätte doch viel schlimmer kommen können. In 15 Prozent der Fälle sind die Folgeschäden derart gravierend, dass die Kranken in einem Pflegeheim versorgt werden müssen. Was es bedeutet, einen geliebten Menschen zu waschen, zu füttern und zur Toilette zu bringen, wie es sich anfühlt, wenn Freunde abtauchen, wenn die finanziellen Rücklagen schmelzen und das Ringen mit der Krankenkasse oft den letzten Nerv kostet, das erfasst eben keine Statistik. Genauso wenig wie die psychische Veränderung der Kranken.

Die in ihr Haus zurückgekehrte Sabine ist mürrisch und aggressiv. Nichts kann ihr neuen Lebensmut geben, nicht mal die Tochter, die das Elternhaus doch verlassen und zu neuen Ufern aufbrechen wollte. Ihre neuen Wanderschuhe, ein Geschenk zum Hochzeitstag, erscheinen der Rekonvaleszenten wie Hohn. Sie landen im Müll. Da sitzt sie nun in der Dämmerung ihrer Wohnung, an den Rollstuhl gefesselt, vom Leben getrennt. Die Zukunft der Schusters scheint grau in grau.

Es gibt schonungslose Arten, mit dem Thema einer schweren Erkrankung umzugehen, wie vor Jahren in dem Drama „Liebe“ von Michael Haneke, wo ein alter Mann seine Frau nach mehreren Schlaganfällen erstickt. Es gibt humorvolle, wie es Til Schweiger mit „Honig im Kopf“ gelang, wo ein dementer alter Mann mit seiner Enkelin zu einem Road-Trip aufbricht. Oder sarkastische, wie in „Ziemlich beste Freunde“, wo ein unkonventioneller Pfleger einem Gelähmten neuen Lebensmut gibt. Das Erste entscheidet sich für eine Variante, die das Drama nicht verrät, aber dennoch Hoffnungsfunken glimmen lässt. Als wahrer Engel zeigt sich dabei die resolute Pflegerin Iryna, die Sabine bei ihrem Ehrgeiz packt. Jetzt wäre doch mal Zeit, neue Wege zu gehen! Mal was anderes zu machen! Raus aus der Routine! Die Wanderschuhe werden wieder hervorgeholt.

Trotzdem den Gipfel erreichen

Dass es ausgerechnet ihr Lieblingsberg ist, den die Kranke besteigen will, könnte hier als Parabel gelten. Jeder, der sich nach einem Schlag zurück ins Leben kämpft, muss einen Berg überwinden, Schritt für Schritt. Wie ein vorläufiges Happy End wirkt die Szene, als beide oben angelangt sind, in einem Zelt übernachten und ihr zweites Leben feiern.

Sabine will zurück in die Schule, wieder unterrichten, aber vorher steht noch ein Informationsabend an. Das Auto wartet schon, sie will nur noch schnell ein Formular ausdrucken. Stefan geht schon vor und stockt. Warum braucht sie so lange? Zurück im Haus findet er seine Frau zusammengesunken vor dem Computer – Schlaganfall, der Zweite.

Was Kramer und Krassnitzer jetzt zeigen, ist eine Feuerprobe auf jede Ehe, auch eine gute. Wird die Geduld halten, die Zuversicht – die Liebe? Oder wird er seiner Frau helfen, ihrem Leiden selbstbestimmt ein Ende zu setzen, so wie sie es sich in der dunkelsten Stunde von ihm wünscht?

Die letzten Szenen zeigen Krassnitzer mit ernstem Gesicht, dunklem Mantel und einer weißen Lilie in der Hand. Die nun folgende, überraschende Wendung könnte dem Bemühen geschuldet sein, das Publikum nicht zu überfordern. Was bleibt, ist ein berührender Film, der von den beiden Hauptdarstellern souverän getragen wird.

AUSSTELLUNG

Eine weibliche Sicht auf die Welt

„Frauen. Künstlerinnen zwischen Frankfurt und Paris um 1900“ im Frankfurter Städel Museum

Eigentlich ist es fraglich, ob man Frauen wirklich einen Gefallen damit tut, eine Kunstausstellung zu konzipieren, deren fast einziger gemeinsamer Nenner im gemeinsamen Geschlecht liegt. Denn ist allein die künstlerische Existenz als Frau bereits thematisch ausreichend, um schöpferischen Wert zu erzeugen?

Das Frankfurter Städel hat es dennoch versucht und eine Ausstellung über Frauen am Anfang der Moderne gestaltet. Gezeigt werden rund 80 Gemälde und Skulpturen von insgesamt 26 Künstlerinnen. Der Fokus liegt dabei auf den kulturellen Zentren Paris und Frankfurt am Anfang des 20. Jahrhunderts. Da Frauen in Deutschland erst ab 1919 an staatlichen Kunsthochschulen zugelassen wurden, mussten angehende Künstlerinnen zuvor privaten Unterricht nehmen. Vor allem in „Damenateliers“ und an den privaten Kunstakademien in Paris sammelte sich damals der europäische weibliche Nachwuchs, pflegte einen zunehmend emanzipierten Lebensstil und beeinflusste sich gegenseitig. So versucht die Ausstellung vor allem Netzwerke jener Jahre nachzuzeichnen, bei denen besonders der Pariser Kreis um Ottilie Wilhelmine Roederstein Erwähnung findet.

Die Zusammenarbeit und Beeinflussung der Künstlerinnen offenbart sich am augenfälligsten, wenn zwei Frauen das gleiche Motiv bearbeiteten. Die Schau zeigt so nebeneinander zwei unterschiedliche Porträts des gleichen Modells, ein Offizier eines algerischen Schützenregiments. Wählte Roederstein eine Frontansicht des afrikanischen Soldaten, so präferierte Elizabeth Nourse im Unterschied dazu eine halbe Seitenansicht.

FOTO: STÄDEL MUSEUM/NORBERT MIGULETZ

Im Städel: Mann bewundert Frau

Der Fokus der Schau liegt auf dem langsamen Ringen von Frauen um berufliche Gleichberechtigung. Bei diesem Streben bildeten die Künstlerinnen indes nur eine Gruppe aus, deren Tun privilegiert war und deren Erzeugnisse so ästhetisch, dass sie offenbar auch heute noch Anziehungskraft auf die mehrheitlich weiblichen Besucher der Schau ausüben. Madeleine Smiths „Frauenakt auf blauem Diwan“, Marie Bertuchs „Frau, im Garten einen Brief lesend“ und Eugenie Bandells „Sonne am Mittag“ sind eben wunderschöne Erzeugnisse weiblichen Schaffens. Und im Gegensatz zu Discounter-Registrierkassen, Fließbändern, Taxilenkrädern oder anderen Orten aktuellen weiblichen Berufslebens lassen sie keine Frage darüber aufkommen, ob Gleichberechtigung und Emanzipation wirklich immer zu einem besseren Lebensalltag für die Frauen geführt haben.

Dass in einer Bildunterschrift zum Porträt des schrillen karibischen Pferderenn-Tippgebers Peter Carl Mackay zeitgeistkonform behauptet wird, dieser hätte mit „rassistischen Klischees seiner Zeit“ gespielt und sich darüber lustig gemacht, muss nicht allzu ernst genommen werden. Und eigentlich strömt die ganze Ausstellung eher die Aura eines Sammelsuriums ohne sonderlichen Ernst in der thematischen Begrenzung aus. Das gibt ihr aber auch eine gewisse Leichtigkeit. Man kann durch die Hallen wandeln, hier ein Bild, dort eine Skulptur erhaschen, ohne sich allzu sehr mit den ohnehin eher dünnen Zusammenhängen zu belasten.

Claus-M. Wolfschlag

● Bis zum 27. Oktober im Frankfurter Städel, Schaumainkai 63, geöffnet täglich außer montags von 10 bis 18 Uhr, donnerstags bis 21 Uhr. **www.staedelmuseum.de**

● MELDUNG

Sozialistische „ÜberGrenzen“

Berlin – Das Ethnologische Museum und Museum für Asiatische Kunst im Humboldt-Forum des Berliner Stadtschlosses zeigt aktuell die Ausstellung „ÜberGrenzen. Künstlerischer Internationalismus in der DDR“. Komplementär zum Jahresschwerpunkt des Humboldt-Forums, „Hin und weg. Der Palast der Republik ist Gegenwart“, eröffnet die temporäre Ausstellung in einem Zusammenspiel künstlerischer Positionen und Archivmaterialien ein differenziertes Spektrum. Es reicht von der Außenkulturpolitik der DDR gegenüber den mit ihr befreundeten sozialistischen Staaten und Befreiungsbewegungen in Asien, Afrika und Amerika bis hin zu den Migrationsgeschichten und damit verbundenen (post-)migrantischen Erinnerungskulturen und Transformationen nach 1989. Der sozialistische musikalische Internationalismus wird durch den DDR-Rundfunk und das Festival des politischen Liedes repräsentiert. Internet: www.humboldtforum.org *tws*

Totalitäre „Demokraten“

Die Deutsche Demokratische Republik war ein Unrechtsstaat, der 40 Jahre hinter einer Mauer mit Schießbefehl überlebte. Sie ist seit 35 Jahren Vergangenheit und wäre nun 75 Jahre alt geworden – Eine Bestandsaufnahme aus heutiger Sicht

VON VERA LENGSFELD

Im Februar 1990 in Halle an der Saale: Tausende nehmen an der Montagsdemonstration für die deutsche Wiedervereinigung teil *Foto: ullstein bild/ADN-Bildarchiv*

Am 7. Oktober wäre die Deutsche Demokratische Republik 75 Jahre alt geworden. Stattdessen ist sie seit 35 Jahren Geschichte. Nach Beginn der Friedlichen Revolution, wenn man die erste Montagsdemonstration in Leipzig als solche bezeichnen will, hat es nur elf Monate gedauert, bis auch der Traum von der Demokratisierung der DDR ausgeträumt und die Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten vollzogen war.

Das Ende des sozialistischen deutschen Staates zog den Kollaps aller europäischen sozialistischen Staaten nach sich. Eine bis auf die Zähne atomar bewaffnete Macht brach fast widerstandslos in sich zusammen. Niemand hatte das vorausgesehen. Es war keine Revolution im klassischen Sinne. Keine Partei, keine Gruppe war der Treiber des Umsturzes, der das ganze sozialistische Lager erfasst hatte. Es gab keine Führer, die dem Volk sagten, was es tun solle. Es war das Volk selbst, das durchsetzte, was es wollte.

Blühende Landschaften

In der DDR war es eine schnelle Währungsunion und dann die schnelle Vereinigung. Enthusiasten, die begeistert waren, von dem, was sich vor aller Augen abspielte, riefen das Ende der Geschichte aus. Von nun an sollte es nur noch Demokratie geben. Die politische Klasse des Westens war weniger erbaut, dass ihre östlichen Pendants so schnell verschwanden. Meine These ist, dass es diese Leute waren, die sich geschworen haben, alles dafür zu tun, damit ihnen kein ähnliches Schicksal widerfahren kann. Das begann damit, dass die Bedeutung der Friedlichen Revolution heruntergespielt wurde. Den Demonstranten, so die Legende, die schnell gestrickt wurde, sei es nicht um Freiheit gegangen, sondern um Konsum. Unvergessen Otto Schily (SPD), der am Abend der Wahl der ersten freien Volkskammer, befragt, wie er den Sieg der Allianz für Deutschland kommentiere, eine Banane in die Kamera hielt.

Das Ossi-Bashing, das gegenwärtig eine neue Intensität erreicht, hat damals schon begonnen. Ja, es gab schon nach historisch kurzer Zeit die blühenden Landschaften, die Bundeskanzler Helmut Kohl versprochen hatte. Die heruntergewirtschaftete DDR auferstand buchstäblich aus Ruinen. Es ist, als hätte man ein Schatzkästlein geöffnet, den mit einer dicken Staubschicht bedeckten Inhalt gesäubert und ans Licht geholt. Nicht nur die Siedlungen, auch die Landschaft wirkt wie neu. Wo einst die verseuchteste Gegend der DDR war, im Raum Bitterfeld, ist heute eine gefragte Ausflugsgegend. Aus den Riesen-Tagebauen sind Seen geworden. Das einstmals schmutzigste Dorf Europas bietet heute begehrte Wassergrundstücke.

Dennoch liegt eine Missstimmung wie Mehltau über dem Land. Warum ist es nach über dreißig Jahren immer noch geteilt? Was ist schiefgelaufen? Für die ehemaligen DDR-Insassen (Joachim Gauck) war die Zeit nach der Vereinigung eine, die das bisherige Leben auf den Kopf stellte. Alles musste neu gelernt werden. Es gab nicht mehr eine, sondern viele Krankenversicherungen, auf Autos musste man nicht mehr jahrelang warten, sondern konnte sofort eins mitnehmen, auch wenn man nicht das nötige Geld hatte. Es gab ja Kredite. Der sicher geglaubte Arbeitsplatz konnte fast über Nacht verschwinden. Es gab keine Studienlenkung mehr, man musste sich selbst kümmern. Dem könnten zahlreiche Beispiele hinzugefügt werden. Vor allem haben die Ostdeutschen gelernt, dass Demokratie nicht etwas ein für allemal Gegebenes, sondern anstrengend ist, weil sie aktiv verteidigt werden muss. Das lernten sie schnell, denn sie hatten sich im Gegensatz zu den Westdeutschen, die Demokratie erkämpft. Wenn man sich fragt, wie es zu den unterschiedlichen Beurteilungen der demokratischen Lage unseres Landes kommen konnte, würde ich diesen Grund nennen.

Von allen Fehlern, die gemacht wurden, ist der größte, dass die herrschende Partei der DDR, die SED, mit ins vereinte Deutschland genommen wurde. Im Herbst und Frühwinter 1989/90 war der Autoritätsverfall der SED dann aber so groß, dass sie nicht mehr in der Lage war, das Land zu regieren. Diese Rolle, die nötigen politischen Entscheidungen zu treffen, wurde dem Runden Tisch nach polnischem Vorbild zugewiesen, an dem Alt- und Neuparteien je zur Hälfte saßen. Damit hatte sich die SED eine Startposition gesichert. Aber als im Dezember 1989 der letzte SED-Parteitag stattfand und Gregor Gysi die von der Mehrheit der Parteitagsdelegierten gewollte Auflösung der SED mit dem Argument verhinderte, dann wäre das Vermögen futsch, hätte die Partei verboten werden müssen. Das Zeitfenster, in dem das möglich gewesen wäre, war da, aber nur kurz. Es endete am 30. Januar 1990, als der Runde Tisch den Termin für die erste freie Volkskammerwahl beschloss.

Die SED spielt weiter mit

Ungleicher hätte ein Wahlkampf nicht sein können. Die SED mit ihrem Milliardenvermögen gegen die mittellosen Neugründungen. Zwar gewann die Allianz für Deutschland, der mehrere Blockparteien angehörten, aber die SED, die sich in PDS umbenannt hatte, zog mit 16,4 Prozent in die Volkskammer ein, während Bündnis 90/Grüne zusammen gerade mal auf fünf Prozent kamen. In den folgenden zweieinhalb Jahrzehnten beherrschte die PDS die Medienberichterstattung aus den neuen Bundesländern. Die früheren Propagandisten der Arbeiterklasse, wie die SED-Ideologen sich genannt hatten, wurden erfahrene Demagogen, die den Aufbau der neuen Bundesländer mit allen Mitteln sabotierten. Sie hatten zu viel Erfolg damit, Negativ-Bezeichnungen in Umlauf zu bringen. „Abbau Ost“, „Kolonialisierung“, „Bürger zweiter Klasse“ vergifteten die Atmosphäre.

Gysi klebt am Talkshowsitz

Willige Helfer fand die PDS, die „Nachfolgepartei“ genannt wurde, obwohl sie die Fortsetzung der SED war, in den Medien und den westdeutschen Linken, die sich nach einer „richtigen“ Linkspartei sehnten. Der Parteivorsitzende Gysi war fest mit den Talkshow-Sitzen verbunden, dank seiner geschickten Rhetorik. Zwar erreichte die PDS bei Wahlen nie wieder so viele absolute Stimmen wie bei der Volkskammerwahl, dennoch wurde sie zur „Volkspartei“ erklärt, zur Vertreterin der „Ostinteressen“. Erst im Jahr 2002 zog sie nicht mehr in Fraktionsstärke in den Deutschen Bundestag ein. Sie war nur noch durch zwei Abgeordnete vertreten, die ein Direktmandat gewonnen hatten. Ein Revival und die Ausdehnung in den Westen wurde der Linkspartei, wie sie mit wieder neuem Etikett inzwischen hieß, durch die Vereinigung mit der Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) des Oskar Lafontaine geschenkt.

Es handelte sich aber nur um ein Zwischenhoch. In den 16 Jahren der Merkel-Regierung begann der Einfluss der Linken immer mehr abzunehmen. Der Zeitgeist hatte sich dem Klimaschutz zugewandt, zu dem die SED-Linke nichts Originäres zu sagen hatte. Außerdem hatten sich die Medien hinter Merkel versammelt, weil sie von ihr als inoffizielle Mitregierende behandelt wurden.

Unter Merkel bildete sich ein mächtiges politisch-mediales Kartell heraus, das immer weniger Widerspruch duldete. Die Meinungsfreiheit wurde Stück für Stück abgeschafft. Eine offene Debatte fand immer weniger statt, bis sie ganz aufhörte. Um das zu erreichen, wurde der Begriff „Hassrede“ erfunden. Wer die Regierungspolitik kritisierte, war ein „Hater“ und damit ganz rechts. Wenn jemand als rechts stigmatisiert wurde, war damit rechtsextrem gemeint, denn das Bewusstsein, dass zu einer Demokratie neben einer Linken auch eine demokratische Rechte gehört, war längst nicht mehr vorhanden. Demonstrationen wurden nicht mehr als legitimes Recht freier Bürger angesehen, sondern als antidemokratischer Störfaktor. Dass besonders in den neuen Bundesländern vom Demonstrationsrecht Gebrauch gemacht wird, irritiert bis heute viele Westdeutsche. Warum sind die Ossis so undankbar?

Wofür sollen sie dankbar sein? Sie haben sich die Freiheit und die Vereinigung gegen den Willen der politischen Eliten erkämpft. Im Gegensatz zur Mehrheit der heutigen Bürgergeldempfänger wurden aus den meisten Ostdeutschen nach einer Durststrecke wieder Steuerzahler. Die Neugier der Ostdeutschen auf die Westdeutschen war groß, umgekehrt war das seltener der Fall. Wie groß das Unwissen über den Osten noch immer ist, wurde mir neulich vor Augen geführt, als ich bei einem Konzert des Loh-Orchesters Sondershausen, das älteste Berufsorchester Deutschlands, zwei ältere Herren aus Bonn traf, die gekommen waren, um Igor Levit im Zusammenspiel mit diesem Klangkörper zu erleben. Sie waren nicht nur erstaunt über die Schönheit des Schlosses und der Stadt, sondern vor allem darüber, wie international besetzt das Orchester ist. Die Musiker kommen aus China, Korea, Italien, Russland, der Ukraine, Israel, Polen. Die beiden Herren waren keine verbohrten Ideologen, sondern durch die Medienberichterstattung über die neuen Länder desinformiert. Sie waren von dem, was sie im Osten erlebt hatten, begeistert.

Die neue Renaissance des alten Denunzierens

Zu den Desinformationen gehört, dass es sich bei der gegenwärtigen Entwicklung in Deutschland um eine DDR 2.0 handele. Diese Kategorisierung erschwert die Analyse. Nur ein Beispiel: Die SED brauchte zu ihrer Machtsicherung „Schild und Schwert der Partei“, wie die Staatssicherheit in der SED-Propaganda genannt wurde. Die Führungsoffiziere mussten sich im Geheimen mit ihren Informanten treffen, mussten ihre Beziehung zu ihnen pflegen, auch mit Geld. Die Inoffiziellen Mitarbeiter mussten ihre Tätigkeit vor allen verstecken. Es galt: Der Denunziant ist der größte Schuft im Land.

Heute gibt es Denunziationsportale in Ministerien und bei Institutionen wie der Amadeu-Antonio-Stiftung. Es wird öffentlich zur Denunziation von Mitmenschen aufgerufen und gefordert, auch Äußerungen zu melden, die unter der Strafbarkeitsgrenze liegen. Personen mit unliebsamen Meinungen werden öffentlich angeprangert, und es kann ihnen passieren, dass ihnen das Konto oder der Job gekündigt wird.

Wir leben nicht in einer Diktatur, erfahren aber, dass sich totalitäre Verhaltensmuster auch in einer Demokratie entwickeln können. Die Demokratie wird von ihren selbst ernannten Verteidigern zersetzt, die sich totalitärer Methoden bedienen. Das geschieht, weil die wichtigste Lehre aus den beiden deutschen Diktaturen des letzten Jahrhunderts nicht gezogen wurde: Man muss die Methoden der Totalitären ächten.

ALBERT DULK

Schriftsteller, Revolutionär, Sozialist und Freidenker

Der vor 140 Jahren gestorbene Königsberger hat mit Mut und Offenheit die Gesellschaft vorangebracht und Veränderungen bewirkt

VON BERNHARD KNAPSTEIN

Im Stuttgarter Stadtbezirk Untertürkheim wird unregelmäßig der Albert Dulk Preis verliehen, eine Auszeichnung für Persönlichkeiten aus Kunst und Kultur, Gesellschaftspolitik, Wissenschaft und Wirtschaft, die mit Mut und Offenheit Grenzen überschreiten und Freiräume schaffen. Der erste Preisträger war 2016 der Stuttgarter Performancekünstler Pablo Wendel, der zweite drei Jahre später der Kabarettist und Autor Peter Grohmann.

Die Auszeichnung ist benannt nach Albert Friedrich Benno Dulk, einem am 17. Juni 1819 in Königsberg geborenem Revolutionär, der im 19. Jahrhundert eine wichtige Rolle in der Arbeiterbewegung spielte. Dulks Vater war Apotheker und Professor der Chemie an der Albertina, seine Mutter Emilie geborene Hartung stammte aus der berühmten Königsberger Verlegerfamilie. Nach dem Besuch des Kneiphöfischen Gymnasiums immatrikulierte der Abiturient sich für ein Chemiestudium an der Universität in Königsberg.

Er diente ein Jahr bei der Armee als Freiwilliger und war als Lazarettapotheker in Breslau stationiert. Dort bekam er Kontakt zu August Heinrich Hoffmann von Fallersleben und dem militärkritischen Poeten Friedrich von Sallet.

Dulk setzte seine Studien in Berlin und Leipzig fort. Dort schloss er sich der burschenschaftlichen Bewegung an und bekam Kontakt zu Robert Blum. Neben Blum hielt auch Dulk eine feurige Rede auf dem Begräbnis der Gefallenen der Leipziger Unruhen 1845. Daraufhin wies ihn die Polizei aus Leipzig aus. Um seine Studien fortsetzen zu können, versteckte er sich bei einer Bankiersfamilie in der Pleiße-Stadt.

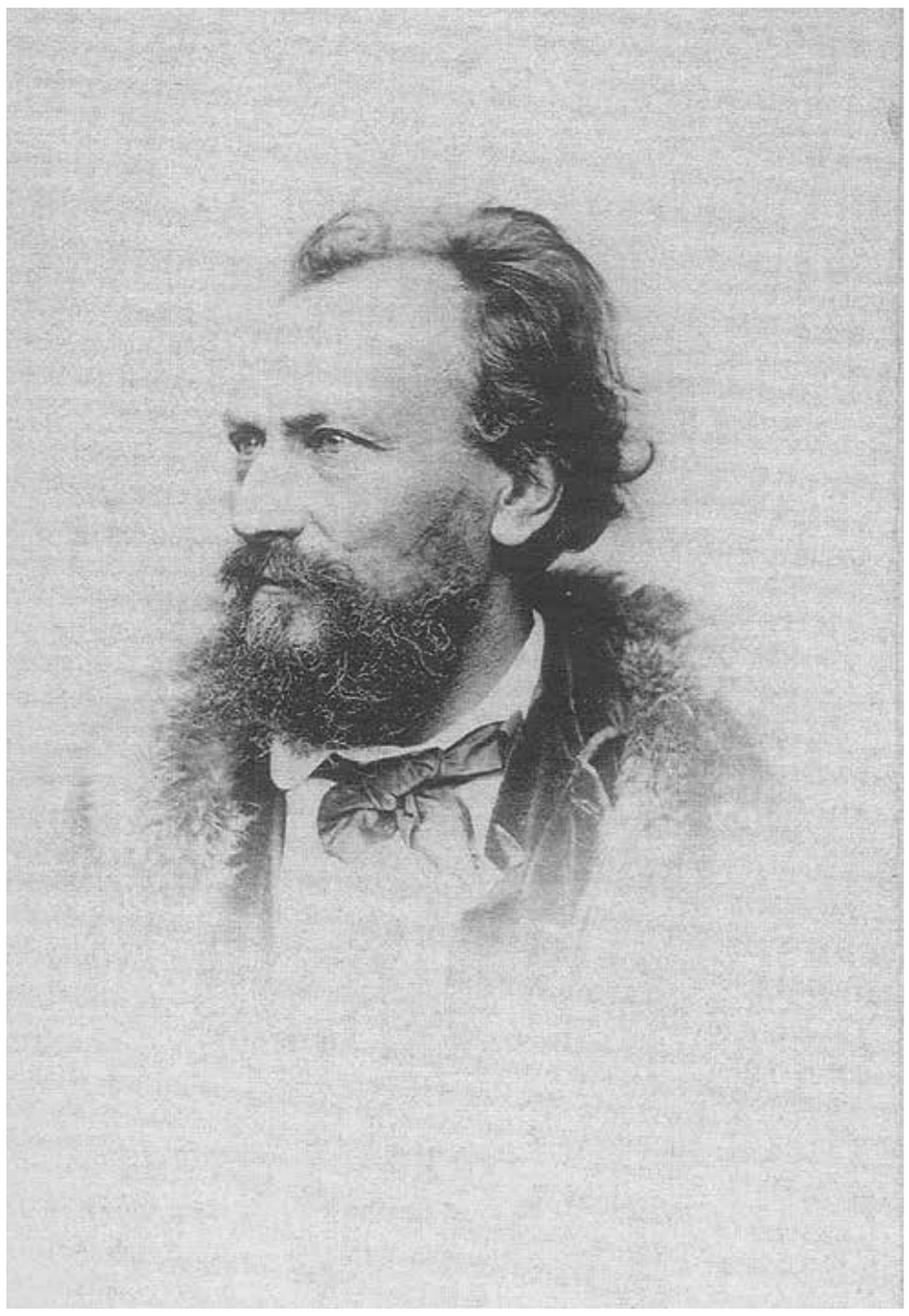
Seiner Leipziger Zeit wird Dulks Drama „Orla“, das vom Vormärz handelt, zugeschrieben. Er soll es aber bereits 1843 zurückgezogen in Gumbinnen anonym verfasst haben. Dulk schrieb zudem an einem Drama über das Attentat Heinrich Tschechs auf König Friedrich Wilhelm IV. im Juli 1844. Die preußische Geheimpolizei bekam Wind davon, und Dulk wanderte für vier Wochen in Untersuchungshaft in Halle an der Saale.

Noch im selben Jahr vollendete Dulk seine Dissertation und heiratete am 26. Oktober in Königsberg seine Cousine. Sein Wunsch, seinem Vater als Professor an die Albertina zu folgen, scheiterte bereits daran, dass er sich nicht habilitieren konnte, da seine angeblich den Staatsfrieden zersetzenden Umtriebe bekannt waren.

Kurz vor der Märzrevolution 1848 wurde sein äußerst erfolgreiches Bühnenstück „Lea“ in Königsberg uraufgeführt. Das Stück handelt von dem Hofjuden Joseph Süß Oppenheimer, setzt sich mit antisemitischen Klischees auseinander und stellt sein Ideal eines überkonfessionellen Gesellschaftsfriedens vor.

Teilnehmer der 48er Revolution

Dulk nahm in Königsberg aktiv an der Revolution 1848/49 teil, gründete einen Arbeiterverein sowie eine Sonntagsschule für Lehrlinge und publizierte die Zeitschrift „Der Handwerker“, in der die soziale Frage thematisiert wurde. Doch der Sieg der Reaktion über die Achtundvierziger veranlasste Dulk, dem Leben in Deutschland zu entsagen. Er floh nach Italien, zog sich später für Monate als Eremit in eine Felsenhöhle auf den Sinai zurück, um „in einsamer Stille noch einmal meinen Gott in mir zu suchen“.



Dramatiker und religionsphilosophischer Publizist, Sonderling und genialer Romantiker: Albert Friedrich Benno Dulk *Foto: Wikimedia*

Aktiv in der Arbeiterbewegung

Nach Europa zurückgekehrt, lebte Dulk polyamor mit Gattin und zwei weiteren Frauen in einer Sennhütte am Genfer See, bevor er nach Stuttgart-Untertürkheim übersiedelte und die württembergische Staatsbürgerschaft annahm. Er schrieb Dramen, Bühnenstücke, veröffentlichte Theaterkritiken und kirchenkritische Texte sowie Polemiken gegen Otto von Bismarcks Blut-und-Eisen-Rhetorik. Dulk trat dem von Ferdinand Labsale gegründete Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV) bei und kandidierte für die Arbeiterbewegung zu Reichstags- und Landtagswahlen. Wegen seiner wiederholt kritischen Publikationen gegen Staat und Kirche wurde Dulk mehrmals verurteilt und galt fortan als respektabler Märtyrer der Arbeiterbewegung.

Der Dramatiker und religionsphilosophische Publizist, der Sonderling und geniale Romantiker Albert Dulk erlag am 2. November 1884 einem Herzversagen. Der Trauerzug für den gebürtigen Ostpreußen wurde mit geschätzten fünf- bis zehntausend Teilnehmern zur größten Massendemonstration während der Geltungsdauer des Sozialistengesetzes.

Der Albert Dulk Preis soll Persönlichkeiten würdigen, die wie sein Namensgeber mit Mut und Offenheit die Gesellschaft voranbringen und Veränderungen bewirken. Die Auswahl der Preisträger erfolgt durch ein Komitee, das aus Vertretern der Untertürkheimer Vereine besteht.

WELTKRIEGE

Kriegsverbrechen zur See: Eine monströse Bilanz

Die neueste Doppelnummer von „Schiffe Menschen Schicksale“ widmet sich einem besonders traurigen Kapitel der Seefahrt

In der Reihe „Schiffe Menschen Schicksale“ ist die neueste Doppelnummer, das Heft 367/368, dem traurigen Kapitel „Kriegsverbrechen zur See im Ersten und Zweiten Weltkrieg“ gewidmet. Der Autor selbst, Klaus Gröbig, hat es übernommen, die spektakulärsten Fälle hier kurz vorzustellen.

Im Ersten Weltkrieg nutzten die Briten U-Boot-Fallen. Manchmal sogar unter der falschen Flagge eines neutralen Staates fahrende Handelsschiffe, sogenannte Decoy Vessels, Special Service Ships oder Mystery Ships, lockten deutsche U-Boote an. Wenn das Boot aufgetaucht und nahe genug herangekommen war, ließ das Schiff die Maske des neutralen Handelsschiffes fallen und beschoss das Boot mit Artillerie. Am 23. Juni 1915 vernichtete eine U-Boot-Falle Kapitänleutnant Gerhardt Fürbringers U 40. Bis Anfang August 1915 gingen so zwei weitere deutsche U-Boote verloren. Da viele dieser Fallen von Irlands Hafenstadt Queenstown starteten, sind sie auch unter dem Namen „Q-Ships“ bekannt.

Der 19. August 1915 brachte eine neue Qualität britischer Seekriegführung. Die britische U-Boot-Falle „Baralong“ versenkte Kapitänleutnant Bernd Wegeners U 27. Nur zwölf Seeleute kamen aus dem sinkenden Boot heraus. Die Besatzung der „Baralong“ beschoss die Überlebenden. Vier U-Boot-Männer hatten sich auf den Frachter „Nicosian“ gerettet. Kapitänleutnant Godfrey Herbert, der Kommandant der „Baralong“, schickte ein Kommando: „Machen Sie keine Gefangenen!“ Unter Deck krachten die Gewehre. Wegener sprang über Bord und wurde im Wasser ermordet.

Aus „Baralong“ wurde „Wyandra“. Am 24. September 1915 versenkte die „Wyandra“ U 41. Einige Männer kamen aus dem Boot heraus und wurden beschossen. Als ein neutrales Schiff sich näherte, endete die Mordaktion. Zwei Männer von U 41 überlebten.

Auch Zerstörerbesatzungen des Vereinigten Königreiches mordeten. Am 19. Juli 1918 versenkte der Zerstörer „Gray“ Kapitänleutnant Werner Fürbringers UB 110. Der Zerstörer nahm die 32 Überlebenden unter Feuer. Nur 13 überlebten.

Aber auch deutsche U-Boot-Kommandanten wurden zu Tätern. Am 27. Juni 1918 versenkte Kapitänleutnant Helmut Patzigs U 86 die als Hospitalschiff gekennzeichnete „Llandovery Castle“. Zur Verschleierung der Untat befahl er, die Überlebenden zu erschießen. Doch ein Rettungsboot mit 24 Menschen entkam.

Nachweislich zweimal ließ Kapitänleutnant Wilhelm Werner nach der Versenkung eines gegnerischen Schiffes die Überlebenden auf Deck seines Bootes U 55 versammeln, den Kapitän an Bord nehmen, die Schwimmwesten einsammeln und dann abtauchen. Außerdem versenkte er am 4. Januar 1918 ein Lazarettschiff.

Im Zweiten Weltkrieg, am 24. Februar 1940, versenkte Kapitänleutnant Hans Bartels Minensuchboot M 1 vier dänische Fischkutter. Die Schiffbrüchigen ließ er allesamt ertrinken.

Bei den Kämpfen um den Hafen von Narvik wurde der deutsche Zerstörer „Erich Giese“ am 13. April 1940 im Kampf versenkt. Die meisten Besatzungsmitglieder kamen von Bord und wurden im Wasser beschossen. Die Bilanz: 87 Gefallene.

Bei den Kämpfen um Kreta versenkten die britischen U-Boote „Rorqual“ und „Torbay“ 1941 jeweils einen deutschen Motorsegler. Alle schiffbrüchigen deutschen Gebirgsjäger wurden ermordet.

Ab dem 8. Dezember 1941 gab es im Pazifik Krieg. Im ersten Halbjahr 1942 versenkten die japanischen U-Boote I 58 und I 7 sowie das US-U-Boot „Narwhal“ Frachtschiffe und beschossen die Überlebenden. Am 6. August 1942 versenkte das japanische U-Boot Ro 33 einen Küstenfrachter und beschoss die Schiffbrüchigen.

Die „Lisbon Maru“ hatte 1816 alliierte Kriegsgefangenen und 778 verwundete Japaner an Bord, als sie am 1. Oktober 1942 vom US-amerikanischen U-Boot „Grouper“ torpediert wurde und später sank. Am Folgetag übernahmen japanische Begleitschiffe die Verwundeten, die alliierten Kriegsgefangenen ertranken.

Am 8. April 1942 versenkte der US-amerikanische Zerstörer „Roper“ U 85 vor der US-Küste, überfuhr die Überlebenden und warf Wasserbomben. An der Untergangsstelle wurden am Folgetag 29 Leichen geborgen.

Der Kommandant des US-U-Boots „Wahoo“ ließ am 26. Januar 1943 Schiffbrüchige von zwei gesunkenen japanischen Transportschiffen ermorden. Zu den Opfern gehörten neben Japanern auch indische Kriegsgefangene.

Am 2. März 1943 bombardierten US-Bomber einen Verband japanischer Zerstörer und Transportschiffe. Eingeschifft war die 51. Division. Ein Transporter sank. Zwei Zerstörer übernahmen 950 Soldaten und setzten sich ab. Am 3. März 1943 wurde der restliche japanische Konvoi von 335 Flugzeugen erneut angegriffen. Die Flugzeuge versenkten alle Transporter und vier Zerstörer. Die beiden übrigen Zerstörer sowie zwei U-Boote übernahmen 2734 Schiffbrüchige. Die Überlebenden wurden von gegnerischen Flugzeugen und Schnellbooten mit Wasserbomben und Maschinengewehren ermordet.

Versenkt, erschossen, ermordet

In den beiden Kriegsjahren 1943 und 1944 kam es zu zehn Versenkungen alliierter Frachter im Pazifik durch japanische U-Boote, bei denen die Schiffbrüchigen in ihren Rettungsbooten beschossen wurden. In sieben Fällen gab es sadistische Ritualmorde.

Am 7. Mai 1943 wurde der britischen Korvette „Snowflake“ im Nordatlantik strikt verboten, die Überlebenden von U 125 an Bord zu nehmen. So verloren alle 54 Besatzungsmitglieder des U-Bootes ihr Leben.

Die deutschen Blockadebrecher „Rio Grande“ und „Burgenland“ mussten sich Anfang Januar im Südatlantik 1944 selbst versenken. Die an Bord befindlichen beiden Häftlinge wurden ermordet.

Kapitänleutnant Heinz-Wilhelm Ecks U 852 versenkte am 13. März 1944 im Südatlantik den griechischen Frachter „Peleus“. Die Überlebenden wurden beschossen.

Am 20. Juni 1944 versenkten sowjetische Schnellboote in der Ostsee das Flottentorpedoboot T 31, überfuhren die Schiffbrüchigen, zogen einzelne aus dem Wasser und erschossen sie. Ein deutscher Matrose wurde an Bord gezwungen, auf seine Kameraden zu schießen.

Bei der Versenkung des Torpedobootes TA 37 im Mittelmeer durch britische Zerstörer wurden die Überlebenden beschossen. TA 37 hatte ursprünglich 142 Besatzungsmitglieder gehabt. Nur 27 von ihnen überlebten.

Nach der Kapitulation der Wehrmacht, am 11. Mai 1945, übergab der Kommandant von U 873, Kapitänleutnant Friedrich Steinhoff, sein Boot an dem US-amerikanischen Geleitzerstörer „Vance“. Am 17. Mai 1945 traf das Boot in Portsmouth, Bundesstaat New Hampshire ein. Der zivile Vernehmungsbeamte Jack Alberti verhörte Steinhoff und ließ ihn foltern, weil er glaubte, das Boot hätte Raketen und Atombomben an Bord. Am 19. Mai 1945 beging Steinhoff Selbstmord.

Klaus Gröbig

Nurflügler für 300 Passagiere: Entwurf für ein neues Überschallflugzeug *Foto: picture alliance/Cover Images/Oscar Viñals/Cover Images*

LUFTFAHRT I

Auf dem Sprung in die Zukunft

Die Passagierfliegerei steht vor gewaltigen Umbrüchen: Neuartige Maschinen mit Überschallgeschwindigkeit, Nurflügler und extrem hoch fliegende Jets revolutionieren die Branche

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Passagierluftfahrt steht vor gewaltigen Herausforderungen. Das resultiert nicht zuletzt aus den wachsenden Kosten infolge von Umweltauflagen, die von einer preisbewussten und teilweise auch unter „Flugscham“ leidenden Kundschaft mitgetragen werden müssen. Darüber hinaus verbraucht die derzeitige Flotte von rund 35.000 Passagierflugzeugen rund eine Milliarde Liter Kerosin pro Tag, wobei klar ist, dass dieser fossile Brennstoff in ferner Zukunft nicht mehr in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen wird. Vor diesem Hintergrund sehen Experten allerlei unterschiedliche Zukunftsszenarien. Dabei zeigt sich aber bereits bei den Passagierzahlen, wie schwierig Prognosen sind.

Kommt es bis 2050 tatsächlich zu einer Verdreifachung der Zahl der Fluggäste oder nur zu einer Verdopplung, was immer noch neun Milliarden Passagieren pro Jahr entspräche? Oder führen die unablässigen Kostensteigerungen zu einem spürbaren Rückgang der Nachfrage? Wird Fliegen also wieder exklusiver und bliebe zahlungskräftigen Minderheiten vorbehalten oder akzeptieren die Kunden künftig einen schlechteren Service, um sich das Erreichen ihrer Destinationen leisten zu können? Geht es also beispielsweise irgendwann im Großraumflieger mit Stehplätzen nach Mallorca?

Und was passiert, wenn erneut „Schwarze Schwäne“ dazwischen kommen, also überraschende Ereignisse mit schwerwiegenden Folgen für die Passagierluftfahrt, wie der 11. September 2001 und die Corona-Pandemie? Welche Auswirkungen könnte beispielsweise die spektakuläre Fernzündung der Pager und Funkgeräte der libanesischen Terrormiliz Hisbollah durch den Mossad auf die zukünftige Mitnahme von Handys und Laptops an Bord von Passagiermaschinen haben? Ohne diese Geräte werden sicher viele Menschen nicht mehr fliegen wollen.

Innovative Antriebe und Materialien

Dagegen besteht in anderen Belangen weitgehende Gewissheit. So dürfte an Künstlicher Intelligenz in der Kanzel kein Weg mehr vorbeiführen – nicht zuletzt, weil die Fluggesellschaften ihr fliegendes Personal drastisch verringern wollen (siehe unten). Darüber hinaus ist mit einer Zunahme politischer Eingriffe aus „Klimaschutzgründen“ zu rechnen, obwohl der Anteil des Flugverkehrs an den weltweiten CO_2-Emissionen nur bei gut drei Prozent liegt und die Luftfahrtbranche bereits darauf hinarbeitet, ihren CO_2-Ausstoß bis 2050 zu halbieren. Ebenso deutet vieles darauf hin, dass die Zahl der Geschäftsreisen per Flugzeug noch weiter zurückgehen wird, weil die Firmen immer stärker auf Videokonferenzen und andere preiswerte Alternativen setzen. Als sicher gilt ebenso das Stagnieren der Flughafenkapazitäten. Beispielsweise sind in Deutschland, Österreich und der Schweiz bis ins Jahr 2050 keinerlei neue Landeplätze geplant.

Deutlich unklarer ist hingegen, mit welchen Antrieben die Passagiermaschinen der Zukunft fliegen werden. Eine Option wäre die Verwendung von synthetischem Kerosin – idealerweise auch noch mittels regenerativer Energien gewonnen, was das Fliegen CO_2-neutral machen würde. Zum Zweiten sind elektrische Antriebe im Gespräch, wobei der Strom aus Solarzellen, Batterien oder mit Wasserstoff und Sauerstoff betriebenen Brennstoffzellen kommen könnte.

Zuvor gäbe es noch etliche technische Probleme zu meistern: Bei großen Verkehrsmaschinen dürften die heute verfügbaren Solarzellen gerade einmal für die Kabinenbeleuchtung ausreichen, und leistungsstarke Batterien sind derzeit viel zu schwer. Beispielsweise benötigte ein Airbus A 320 einen 50 Tonnen schweren Akku, um sich 20 Minuten in der Luft zu halten – das wären zwei Drittel des maximalen Startgewichts. Brennstoffzellen mit ausreichender Leistung erfordern wiederum sehr viel Kühlung. Konventionelle Passagierflugzeuge kommen mit rund 50 Kilowatt Kühlleistung aus, während diese bei einer elektrisch angetriebenen Maschine mit Wasserstoff-Brennstoffzellen im Megawatt-Bereich liegen müsste. Angesichts dessen setzen Hersteller wie Airbus und Boeing vorerst auf Hybridantriebe: Beim Reiseflug würde dann Kerosin zum Einsatz kommen, während die Leistungsspitzen während des Starts und der Landung durch Pufferbatterien für den Elektroantrieb abgedeckt werden. Der Nachteil dieser Lösung liegt in ihrer technischen Komplexität und dem Gewicht des Gesamtsystems.

Neben innovativen Antrieben stehen auch neuartige Materialien zur Diskussion. Dazu zählen unter anderem keramische Verbundwerkstoffe und sogenannte Warmfeste Superlegierungen. Diese wären dann auch nötig, um die Flugzeuge der nächsten Generation zu bauen. Hier kristallisieren sich vor allem zwei Typen heraus, nämlich die Nurflügler und die Überschallpassagierjets.

Maschinen ohne Höhen- und Seitenleitwerk, bei denen alle wichtigen Komponenten in den Tragflächen sitzen, haben aerodynamische Vorteile und benötigen dadurch weniger Treibstoff. Zudem sind sie am Boden kaum zu hören, weil die Triebwerke oben liegen.

Mit 6000 km/h um die Welt

Überschallflugzeuge wiederum bestechen durch ihre hohe Geschwindigkeit. Beim Rennen um die Nachfolge der legendären Concorde, die 2003 ausgemustert wurde, liegt derzeit die US-Firma Boom Technology vorn. Sie will bis 2029 die Boom Overture, welche 1,7-fache Schallgeschwindigkeit erreichen soll, zur Serienreife bringen. Die Fluggesellschaften Virgin Group, Japan Airlines, United Airlines und American Airlines haben bereits 65 solcher Maschinen bestellt. Allerdings wird die Boom Overture die Schallmauer wegen der Lärmentwicklung nur über dem Ozean durchbrechen dürfen. Die US-Raumfahrtbehörde NASA arbeitet jedoch bereits an dem Versuchsmuster X-59 QueSST, dessen Überschallknall nicht mehr lauter daherkommt als das Zuschlagen einer Autotür.

Und dann wäre da noch das Nonplusultra des Passagierflugzeuges von morgen, nämlich der Hyperschall-Scramjet des Schweizer Start-ups Destinus. Dieses Flugzeug könnte ab 2030 in bis zu 50 Kilometer Höhe aufsteigen und dann mit mehr als 6000 Kilometern pro Stunde um die Welt rasen – angetrieben von einem Staustrahltriebwerk ohne bewegliche Teile wie Propeller oder Turbinen, das mit Wasserstoff und Sauerstoff läuft und dadurch keine schädlichen Emissionen verursacht.

LUFTFAHRT II

„Einer bedeutet keiner“

Fluggesellschaften wollen, dass statt zweien nur noch ein Pilot in der Kanzel sitzt – Praktiker protestieren heftig

Langstrecken-Passagierflugzeuge der 1940er Jahre wie die Boeing 314 Clipper hatten bis zu neun Mann Besatzung – nicht mitgezählt das Kabinenpersonal. Später waren es dann nur noch fünf: Kapitän, Erster Offizier, Navigator, Funker und Flugingenieur. Und schließlich schrumpfte die Cockpit-Crew auf zwei Personen. Eine Unterschreitung dieser Grenze ist derzeit nicht möglich, weil die internationalen Standards vorschreiben, dass in großen Maschinen mindestens zwei Piloten in der Kanzel sitzen müssen.

Allerdings drängen einige Hersteller wie Airbus und Dassault Aviation auf eine Änderung der Vorschriften. Dabei erhalten sie von den großen Fluggesellschaften Rückendeckung, denn die Airlines wollen natürlich Personalkosten sparen.

Nun hat die Agentur der Europäischen Union für Flugsicherheit (EASA) ihre Bereitschaft signalisiert, den Wünschen der Flugzeugbauer und Fluggesellschaften nachzukommen, weil der technologische Fortschritt es erlaube, nur noch einen Piloten einzusetzen. Dabei prüft die EASA derzeit die beiden Optionen „Erweiterter Minimaler Besatzungsbetrieb“ (eMCO) und „Single-Pilot-Operations“ (SiPO). Im ersten Fall wären noch zwei Piloten an Bord, wobei aber nur einer in der Kanzel Dienst tut. Im zweiten Fall gäbe es auch keinen Reservepiloten mehr. Gegen solche Pläne protestiert die Europäische Cockpitvereinigung (ECA) mit ihrer Kampagne „OneMeansNone“, zu deutsch „Einer bedeutet keiner“.

Systeme nicht immer zuverlässig

So sagte der Präsident der ECA, Flugkapitän Otjan de Bruijn, der ansonsten Passagierjets der KLM steuert: „Ein Pilot reicht einfach nicht aus, um Notfälle zu bewältigen und um sicherzustellen, dass bei einem Flug alles reibungsfrei abläuft. Wir dürfen nicht zulassen, dass die kommerziellen Interessen der Fluggesellschaften der Sicherheit der Passagiere im Wege stehen.“ Und tatsächlich arbeiten auch die automatischen Systeme, welche den Piloten Arbeit abnehmen sollen, nicht immer zuverlässig oder verursachen gar zusätzliche Gefahrensituationen, wie einige Abstürze bewiesen haben.

Beispielsweise verunglückten zwei Boeing B 737 Max wegen des Versagens des Maneuvering Characteristics Augmentation Systems (MCAS), das eigentlich dazu geschaffen wurde, kritische Situationen durch eine selbstständige Reduzierung des Anstellwinkels zu verhindern. Daher sind zwei Personen im Cockpit nötig, um die hochkomplexe Technik zu überwachen und die Probleme zu lösen, welche durch deren Fehlfunktionen auftreten können.

Das ist aber nicht der einzige Grund, warum Passagiermaschinen von zwei Piloten gesteuert werden sollten. Die meisten Gesellschaften haben ihr fliegendes Personal in der Vergangenheit angehalten, sich mehrmals gegen das Corona-Virus impfen zu lassen. Dem folgte eine auffällige Häufung von Herzproblemen bei Piloten während des Einsatzes. Allein im März dieses Jahres wurden sieben solcher Vorfälle gemeldet, wobei in sechs Fällen Flugumleitungen und Notlandungen nötig wurden. Und ein Pilot starb sogar kurz vor dem Start. *W.K.*

KÖNIGSBERG

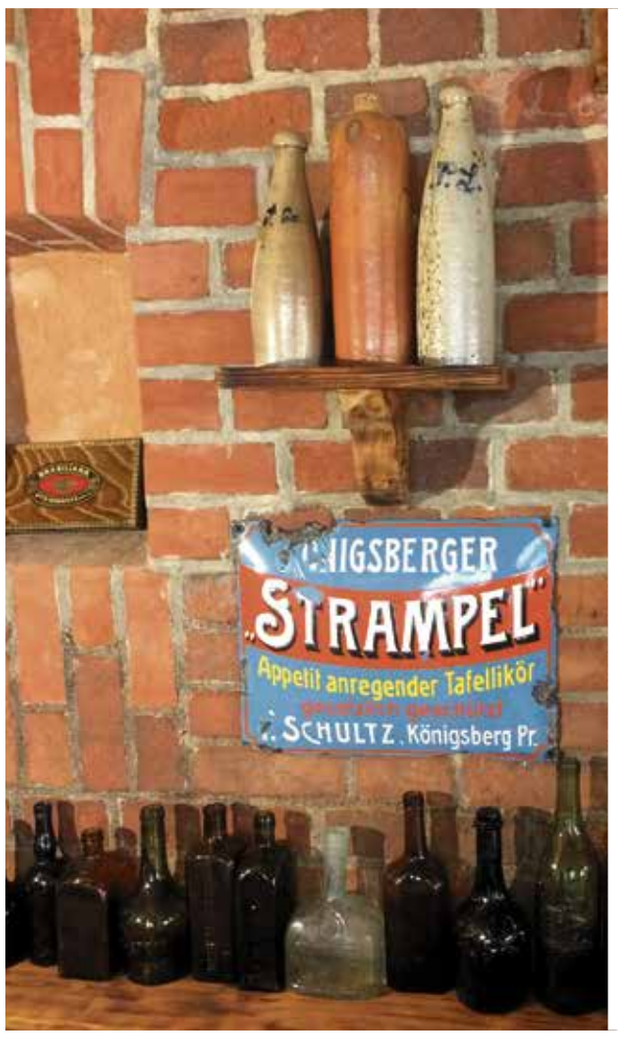
Ein neues Kleinod am Litauer Wall

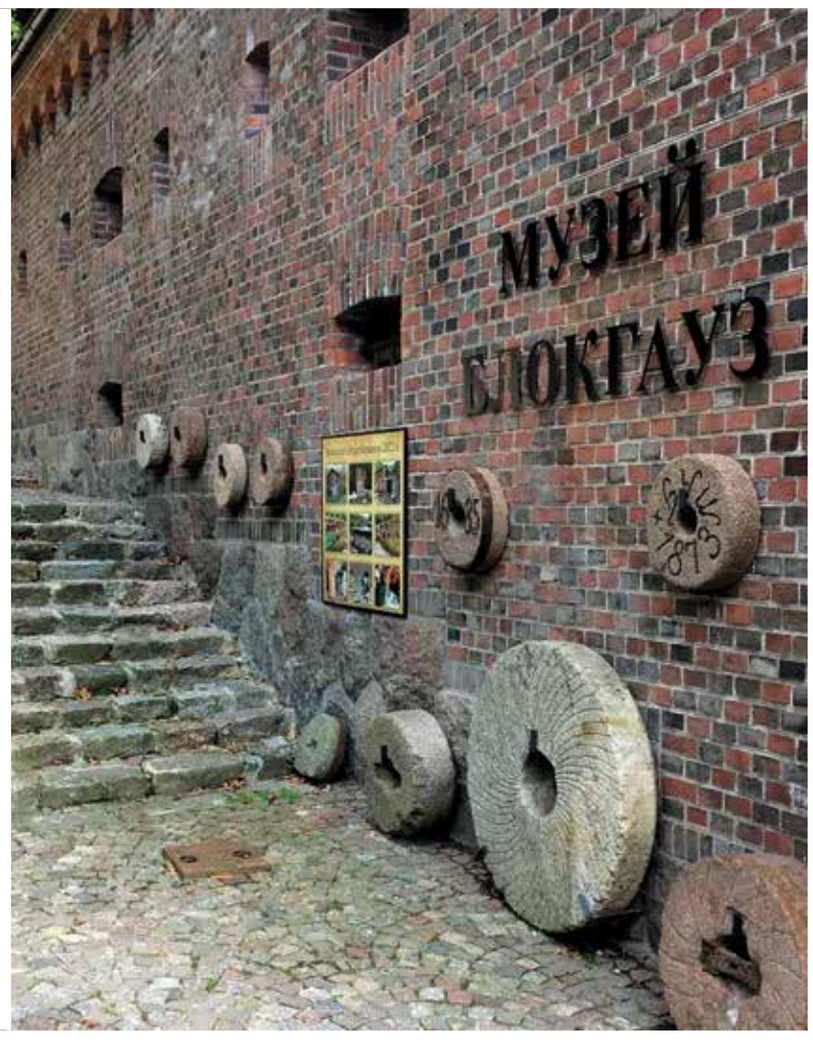
Museum „Blockhaus“: Schwerpunkt Brauereien und Restaurants der Pregelmetropole und ihres Umlandes

VON CARSTEN KALLWEIT

Bei einem Spaziergang durch Königsberg am Ufer des Wassergrabens entlang dem Litauer Wall, links vom Königstor, entdeckt man ein Kleinod – das private Museum „Blockhaus“, das vor etwa einem Jahr eröffnet wurde. Sein Besitzer ist der Königsberger Heimatforscher und Internetblogger Nikolaj Tronewskij, der Anfang 2021 die kleine Befestigungsanlage an der Grolman-Bastion kaufte. Im November desselben Jahres versprach er die Eröffnung des Museums im Frühjahr 2023 und hielt sein Versprechen trotz Krise und steigender Materialkosten.

Nikolaj sammelte seit 20 Jahren altes deutsches Geschirr, Gastronomie-Utensilien, Bierflaschen und Fässer, die ursprünglich bei ihm zu Hause aufbewahrt wurden. Nur enge Freunde, Verwandte oder ausgewählte Gäste konnten diese Objekte besichtigen.





Museum „Blockhaus“: Ein Blick in die Ausstellung (l.) und die Treppe, die zum Eingang führt *Fotos: C.K.*

Gesamtes Geld in sein Steckenpferd investiert

Der inzwischen leider verstorbene Historiker Anatolij Bachtin vom Königsberger Gebietsarchiv brachte ihn vor einigen Jahren auf die Idee, ein Museum zu gründen. Nikolaj betrieb damals lediglich eine Internetseite mit virtuellem „Museum der Schönen Künste in Spandienen“ und hat nur von Zeit zu Zeit einige Gegenstände aus seiner Schatzkiste hervorgeholt, um diese auf der Seite zu präsentieren. Weil er sich aber immer mehr zu seinem Steckenpferd hingezogen fühlte, hat Nikolaj sein Unternehmen aufgegeben und sein gesamtes Geld in das private Museum investiert, wo seine Sammlung inzwischen untergebracht ist.

Das Blockhaus an der Bastion Grolman wurde 1851 gebaut. Die Restaurierung eines solchen Objekts auf eigene Kosten wäre für einen Kleinunternehmer eine unmögliche Aufgabe. Nikolaj musste eine beträchtliche Summe investieren, wovon er zwei Drittel im Rahmen des Regionalprogramms „Bewirtschaftung von historischen Gebäuden und Bauwerken“ erhielt. Dabei handelte es sich um ein zinsloses Darlehen mit einer mehrjährigen Laufzeit für die Restaurierung des Baudenkmals.

Das Gebäude war in einem desolaten Zustand, das Dach fast vollständig zerstört, die Wände waren nass und im Laufe der Jahrzehnte hatten sich Wucherungen an der Decke gebildet. All dies wurde sandgestrahlt, mit Speziallösungen imprägniert und die bröckelnden Fugen wurden fachmännisch verspachtelt. An der Restaurierung beteiligten sich auch der Architekt Arthur Sarnitz und Walerij Schtscherbatych, wohl der beste Fachmann in der Stadt, der sich mit alten Ziegelmauern auskennt.

Fachkundige Unterstützer

Im Erdgeschoß des Museums wird vornehmlich die Geschichte des ostpreußischen Braugewerbes präsentiert. Hier findet man alte Brauutensilien aus dem nördlichen Teil Ostpreußens und erfährt viele neue Details zu Brauereien aus Königsberg, Gerdauen und Tilsit. Außerdem sind hier diverse Gegenstände im Zusammenhang mit dem Alkoholkonsum im damaligen Ostpreußen zu sehen. Zahlreiche Spirituosen, vor allem Tafelliköre, wurden hier produziert und in Restaurants serviert. Auch die Gewinnung und Abfüllung von Mineralwasser wird thematisiert.

Im ersten Obergeschoß erfährt man viel über die Restaurants, Cafés und Konditoreien in Königsberg und an der Ostseeküste. Hier steht auch das größte Exponat des Museums, ein alter Kachelofen. Ein Fachmann brauchte vier Monate, um ihn zu restaurieren.

Vor einigen Jahren begann eine gezielte Suche nach Ausstellungsexemplaren für das Museum. Die Raritäten wurden an verschiedenen Orten gekauft, etwa eine Hälfte davon direkt vor Ort durch Anzeigen, der Rest ersteigert, meistens bei eBay. Die ausgestellten Postkarten aus der wilhelminischen Zeit wurden damals üblicherweise auf Reisen verschickt und landeten so in der ganzen Welt. Tassen oder Teller mit Markenlogo aus Cafés wurden damals oft als Souvenirs mitgenommen. Geschirr aus Cranz findet man mittlerweile häufig in Insterburg und im Osten der Region. Porzellantassen aus Königsberg, zum Beispiel aus dem Luisen-Theater, sind häufig an der Küste zu finden.

Tassen und Teller wurden oft als Souvenirs mitgenommen

Einige Exponate des neuen Museums sind manchmal in anderen Museumssammlungen der Stadt zu finden, aber das „Blockhaus“ verfügt auch über Unikate. Hier gibt es zum Beispiel seltene Bierfässer örtlicher Brauereien, Tassen und Becher aus Lokalen und Restaurants in Fischhausen, Palmnicken und Pillau, ein Verkaufsautomat aus dem Restaurant in der Königsberger Börse, ein Menü von einem Schiff einer Königsberger Reederei auf der Route Pillau-Hamburg und vieles andere mehr.

Im Anbau des Blockhauses befindet sich übrigens ein gemütliches Familiencafé. Auf der Terrasse vor diesem Café stehen Tische mit Sonnenschirmen, an denen man mit Blick auf den Wassergraben und den Schutzwall Kaffee mit belgischen Waffeln genießen kann. Trotz der Thematik des Museums werden hier aber (leider) kein Fassbier oder andere Spirituosen angeboten.

ALLENSTEIN

Kant mit einer Papiertüte

Wandgemälde an Unigebäude – Bedeutende Persönlichkeiten sollen geehrt und ins Bewusstsein der Betrachter gerückt werden

Bilder von Immanuel Kant, Witold Gombrowicz, Wisława Szymborska, Virginia Woolf und Maria Zientara-Malewska schmücken die Wände des Gebäudes der geisteswissenschaftlichen Fakultät der Universität Ermland-Masuren in Allenstein. Das Wandgemälde ist Teil der Veränderungen, die im Innenhof der Fakultät für Geisteswissenschaften in Unistadtteil Kortau stattfinden. Die Fakultät wird künstlerisch immer mutiger – zuerst entstanden Gemälde im Inneren des Gebäudes, und jetzt können die Werke anderer Künstler auch außen bewundert werden.

Die Idee dazu stammt von den Dekanatsbehörden der Fakultät. Damit sollten Menschen geehrt werden, die für die Geisteswissenschaften wichtig sind, die mit ihren Leistungen inspirieren, und über welche die Studenten nicht nur lesen, sondern auch ein greifbares Bild dieser Persönlichkeiten in ihrer unmittelbaren Umgebung haben möchten. „Wir haben beschlossen, dass zu den Personen, die auf dem Wandbild zu sehen sein werden, Witold Gombrowicz, einer der größten Freidenker des 20. Jahrhunderts, die herausragende polnische Nobelpreisträgerin Wisława Szymborska, deren Gedichte in Dutzende von Sprachen übersetzt wurden, und die ermländische Dichterin Maria Zientara-Malewska gehören sollten. Dieses Jahr feiern wir den 120. Jahrestag ihrer Geburt und den 40. Jahrestag ihres Todes“, sagte Joanna Chłosta-Zielonka, Professorin für Entwicklung und Förderung der Fakultät für Geisteswissenschaften.

Wer sonst noch geehrt werden sollte, wurde von der Fakultät für Geisteswissenschaften entschieden. Zur Wahl standen der polnische König Bolesław Chrobry, Immanuel Kant, Johann Gottfried Herder, Virginia Woolf und die polnische Dichterin Maria Konopnicka.

FOTO: D.K.

Kant in moderner Kleidung: Gemälde an der geisteswissenschaftlichen Fakultät

Bei der Abstimmung, die auf Facebook stattfand, gingen die Nominierungen von Kant und Woolf als Sieger hervor. Der in Königsberg lebende deutsche Philosoph wurde zum 300. Jahrestag seines Todes geehrt, während die englische Schriftstellerin und Feministin 95 Jahre nach der Veröffentlichung eines ihrer wichtigsten Texte, „Ein Zimmer für sich allein“.

Das Wandgemälde ist Teil der Modernisierungsmaßnahmen, die im Unigebäude vorgenommen werden. Die Erneuerung des Innenhofs der Fakultät, der in letzter Zeit vermehrt für Veranstaltungen genutzt wird, soll unter anderem einen Ort der Entspannung im Grünen und des Stressabbaus bieten. Das Projekt wird im Einklang mit dem Gedanken der nachhaltigen Entwicklung durchgeführt. Das Wandbild wurde von einem Team unter der Leitung von Dawid Gołębiowski geschaffen, einem Bildhauer, der auch als Pädagoge im Allensteiner Jugendpalast, arbeitet. Seine künstlerischen Leistungen beziehen sich auf Bildhauerei, Zeichnung und Keramik. Bei der Gestaltung des Wandbildes beschloss Gołębiowski, die ausgewählten Persönlichkeiten zeitgemäß darzustellen. Somit posiert Szymborska mit ihrem Handy, während Kant einen Einkaufswagen und eine Papiertüte in der Hand hält, in der sich Lebensmittel aus einem Schnellrestaurant befinden könnten. Alle Figuren sind zeitgenössisch gekleidet, sodass sich ähnliche Abbildungen von gemalten Persönlichkeiten in keinen Archiven finden lassen. Es ist erwähnenswert, dass sich die Zahl der Kortauer Wandbilder kontinuierlich vergrößert. Kurz vor Beginn der Feierlichkeiten zum Nikolaus-Kopernikus-Jahr erschien am Studentenwohnheim Nr. 2 eine künstlerische Vision des Astronomen als UWM-Student, und einige Monate später wurde am Wohnheim Nr. 8 ein Wandbild mit dem Spruch „Kortau - mein Platz auf der Erde“ angebracht. *Dawid Kazański*

Wir gratulieren …

ZUM 101 GEBURTSTAG

Böhnke, **Horst**, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 8. Oktober

ZUM 100. GEBURTSTAG

Baatz, **Fritz**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 6. Oktober
Grikschat, **Paul**, aus Gowarten, Kreis Elchniederung, am 10. Oktober
Römer, **Hilde**, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 8. Oktober

ZUM 99. GEBURTSTAG

Philippzik, **Ruth**, aus Walden, Kreis Lyck, am 6. Oktober
Polixa, **Oskar**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 4. Oktober

ZUM 98. GEBURTSTAG

Karow, **Joachim**, aus Pelkeninken, Kreis Wehlau, am 7. Oktober
Kiehr, **Herta**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 6. Oktober
Kreuzberger, **Eva-Maria**, geb. **Janzyk**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 7. Oktober
Kurz, **Marianne**, geb. **Oppermann**, aus Höhenwerder, Kreis Ortelsburg, am 6. Oktober
Nestler, **Ingard**, geb. **Eichel**, aus Lyck, am 5. Oktober
Renner-Kruska, **Therese**, aus Lyck, am 8. Oktober
Wilkop, **Ursula**, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 4. Oktober

ZUM 97. GEBURTSTAG

Bartsch, **Ernst**, aus Dollkeim, Kreis Fischhausen, am 5. Oktober
Koslowski, **Horst**, aus Rostken, Kreis Lyck, am 10. Oktober
Thimm, **Erika**, geb. **Dzeia**, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 4. Oktober

ZUM 96. GEBURTSTAG

Pankewitz, **Fritz**, aus Willnau, Kreis Mohrungen, am 8. Oktober
Schmeer, **Ehrentraut**, geb. **Linka**, aus Ortelsburg, am 8. Oktober
Schönemann, **Waltraut**, geb. **Negraszus**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 4. Oktober
Sdorra, **Fritz**, aus Maschen, Kreis Lyck, am 6. Oktober
Winnemuth, **Gertrud**, geb. **Tulowitzki**, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 6. Oktober

ZUM 95. GEBURTSTAG

Daniele, **Ursula**, geb. **Makossa**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 7. Oktober
Dietze, **Ellinor**, aus Windberge, Kreis Ebenrode, am 9. Oktober
Enzenbach, **Reingard**, geb. **Willuhn**, aus Iwenheide, Kreis Elchniederung, am 3. Oktober
Fafra, **Loni**, geb. **Beckmann**, aus Groß Leschienen, Kreis Ortelsburg, am 5. Oktober
Heine, **Gisela**, geb. **Kapitzki**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 7. Oktober
Meyer, **Gerda**, geb. **Wohlgethan**, aus Wormen, Kreis Preußisch Eylau, am 4. Oktober
Mlinarzik, **Elsbeth**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 7. Oktober
Plaga, **Horst**, aus Neuwiesen, Kreis Ortelsburg, am 8. Oktober
Schmidt, **Erika**, geb. **Helmke**, aus Transsau, Kreis Fischhausen, am 7. Oktober
Stubbe, **Gisela**, geb. **Buttgereit**, aus Wehlau, am 10. Oktober
Tobies, **Georg**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 4. Oktober

ZUM 94. GEBURTSTAG

Engler, **Hedwig**, geb. **Pfeiffer**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 4. Oktober
Kanarski, **Christel**, geb. **Goebel**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 9. Oktober
Knafla, **Alfred**, aus Winrichsrode, Kreis Neidenburg, am 6. Oktober
Knüppel, **Christel**, geb. **Skrodulis**, aus Warschfelde, Kreis Elchniederung, am 5. Oktober
Kruska, **Gertrud**, geb. **Bahro**, aus Rübenzahl, Kreis Lötzen, am 5. Oktober
Neiß, **Renate**, geb. **Pfennig**, aus Wehlau, am 6. Oktober
Rydzewski, **Gerhard**, aus Lyck, am 10. Oktober

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Stephan, **Hildegard**, geb. **Krupinski**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 9. Oktober
Warich, **Ehrenfried**, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 9. Oktober
Wieprecht, **Astrid**, geb. **Jeschonowsk**, aus Treuburg, am 10. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Burchert, **Irmgard**, aus Kreuzborn, Kreis Lyck, am 8. Oktober
Chilla, **Herbert**, aus Großalbrechtsort, Kreis Ortelsburg, am 6. Oktober
Dietrich, **Werner**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 10. Oktober
Engels, **Karl-Heinz**, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 5. Oktober
Feyerabend, **Günther**, aus Lötzen, am 6. Oktober
Gresch, **Liselotte**, geb. **Hesterberg**, aus Neidenburg, am 7. Oktober
Hallbach, **Käte**, geb. **Neumeier**, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 4. Oktober
Harder, **Waltraut**, geb. **Hübner**, aus Leitwarren, Kreis Elchniederung, am 7. Oktober
Knoth, **Adelheid-Maria**, aus Lyck, am 10. Oktober
Koschorrek, **Herbert**, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg; Neu Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 8. Oktober
Sander, **Eva**, geb. **Michalowitz**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 4. Oktober
Schulz, **Margarete**, geb. **Redner**, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 7. Oktober
Smollich, **Günter**, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 6. Oktober
Thierling, **Hannelore**, geb. **Offel**, aus Ortelsburg, am 8. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Becker, **Günter**, aus Gerswalde, Kreis Mohrungen, am 7. Oktober
Hartel, **Elfriede**, geb. **Joswig**, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 6. Oktober
Karczewski, **Käthe**, geb. **Kayka**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 10. Oktober
Klein, **Christel**, geb. **Grudinski**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 10. Oktober
Kosmowski, **Christa**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 10. Oktober
Schnierda, **Ursula**, geb. **Nowakowski**, aus Lyck, Morgenstraße 3, am 4. Oktober
Schütt, **Gertrud**, geb. **Blumental**, aus Königswalde, Kreis Lyck, am 5. Oktober
Seelinger, **Elsa**, aus Ebenrode, am 10. Oktober
Suhr, **Kurt**, aus Kompehnen, Kreis Fischhausen, am 8. Oktober
Tietz, **Gerhard**, aus Hohenfried, Kreis Ebenrode, am 5. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Belz, **Helga**, geb. **Kaspereit**, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 5. Oktober
Braun, **Ursula**, geb. **Roch**, aus Nalegau, Kreis Wehlau, am 6. Oktober
Friedländer, **Dr. Hans-Heinrich**, aus Woytnicken, Kreis Fischhausen, am 2. Oktober
Fürst, **Ruth**, geb. **Buyny**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 4. Oktober
Hippel, **Klaus-Jürgen von**, aus Kuglack, Kreis Wehlau, am 5. Oktober
Judtka, **Gerhard**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 4. Oktober
Kannenberg, **Eva-Maria**, geb. **Mattern**, aus Wiese, Kreis Mohrungen, am 8. Oktober
Kraemer, **Iris**, geb. **Ewert**, aus Herrendorf, Kreis Elchniederung, am 5. Oktober
Olk, **Heinz**, aus Georgsguth, Kreis Ortelsburg, auf 7. Oktober
Pogodda, **Siegfried**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 6. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Czwikla, **Ulrich**, aus Lyck, am 8. Oktober
Erdt, **Margarete**, geb. **Meier**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 5. Oktober
Heye, **Friedrich-Wilhelm**, aus Hoya, Kreisgemeinschaft, Wehlau, am 6. Oktober
Jeglinski, **Wolfgang**, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 7. Oktober
Kalusche, **Gisela**, geb. **Buddrus**, aus Ibenberg, Kreis Elchniederung, am 4. Oktober
Kröger, **Inge**, geb. **Penner**, aus Gollen, Kreis Lyck, am 6. Oktober
Lukas, **Klaus**, aus Seerappen, Kreis Fischhausen, am 7. Oktober
Nowak, **Brigitta**, geb. **Hoffmann**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 8. Oktober
Palfner, **Barbara**, geb. **Lindenblatt**, aus Battau, Kreis Fischhausen, am 3. Oktober
Ragnitz, **Paul Hans**, aus Kalkhof-Siedlung, Kreis Treuburg, am 5. Oktober
Ramminger, **Irene**, geb. **Weis**, aus Königsberg, am 7. Oktober
Riemann, **Hans-Georg**, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 6. Oktober
Sprenger, **Margot**, geb. **Peikert**, aus Ebenrode, am 4. Oktober
Wielgomas, **Lieselotte**, geb. **Matheuszik**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 8. Oktober
Ziemes, **Edith**, geb. **Wengorsch**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 6. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Barsuhl, **Manfred**, aus Osterfelde, Kreis Elchniederung, am 19. September
Dörk, **Günter**, aus Kleeburg, Kreis Elchniederung, am 6. Oktober
Grunwald, **Detlef**, aus Wehlau, am 6. Oktober
Katmann, **Christel**, geb. **Goetzie**, aus Schackwiese, Kreis Elchniederung, am 10. Oktober
Neumann, **Werner**, aus Eichkamp, Kreis Ebenrode, am 8. Oktober
Pätz, **Marianne**, geb. **Kalkowski**, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, am 9. Oktober
Preuschat, **Werner**, aus Ortelsburg, am 5. Oktober
Remus, **Helga**, geb. **Piotrowski**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 7. Oktober
Scheller, **Viktoria**, geb. **Stantien**, aus Milchhof, Kreis Elchniederung, am 5. Oktober
Sziede, **Fritz**, aus Neuendorf, Kreis Wehlau, am 5. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Dzingel, **Reinhard**, aus Bolken, Kreis Treuburg, am 9. Oktober
Faust, **Regina**, geb. **Swart**, aus Leißienen, Kreis Wehlau, am 8. Oktober
Werner, **Felicitas**, geb. **Rohde**, aus Mohrungen, am 5. Oktober
Yaulema, **Christa**, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 5. Oktober

ZUM 75. GEBURTSTAG

Babace, **Eberhard**, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 10. Oktober
Kussin, **Reinhard**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 9. Oktober

Landsmannschaft Ostpreußen – Termine 2024

7. bis 13. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt
1. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden** in Wuppertal (gT)
2. November: **Mitgliederversammlung der LO-Bruderhilfe e.V.** in Wuppertal (gT)
2. und 3. November: **Ostpreußische Landesvertretung** in Wuppertal (gT)

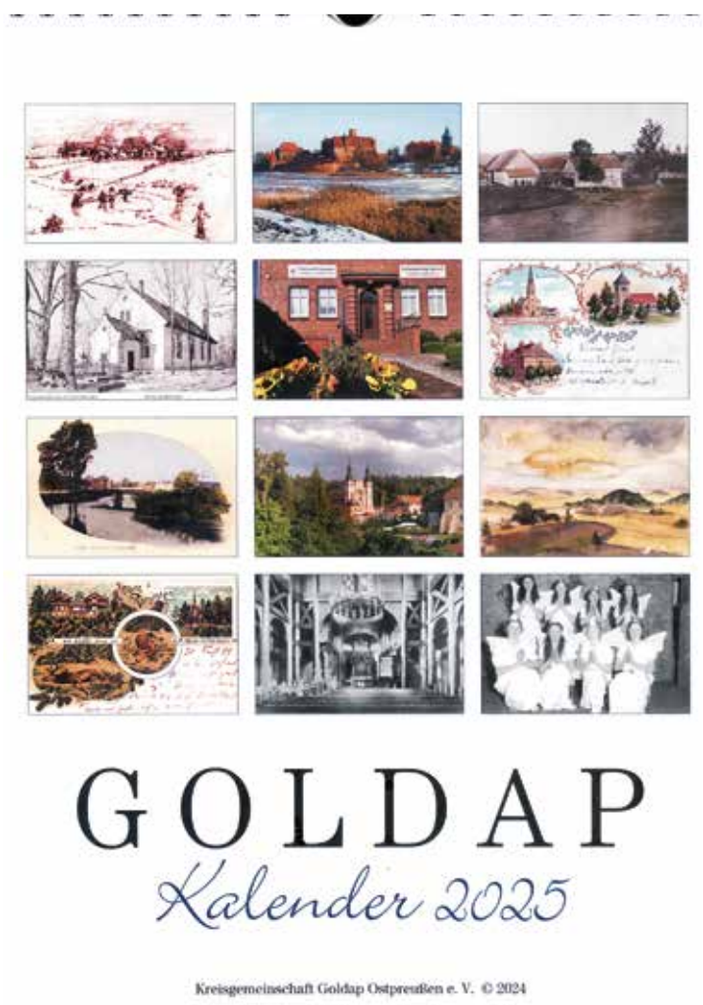
Auskünfte: Landsmannschaft Ostpreußen – Bundesgeschäftsstelle, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Telefon (040) 41400826,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Kreisgemeinschaft Goldap

Der Goldap-Kalender 2025 ist ab sofort erhältlich.

Preis: 10,95 Euro zuzüglich Versand, zu bestellen per E-Mail: verkauf@goldap.de; per Post: Patenschaftsmuseum, Harsefelder Straße 44 a, 21680 Stade, unter Telefon (04141) 7977537 (nur mittwochs).

Weitere Informationen im Internet unter: www.goldap.de.



Der Goldap-Kalender:Titelbild *Foto: KG Goldap Ostpreußen e.V.*

Zusendungen für die Ausgabe 42/2024

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 42/2024 (Erstverkaufstag 18. Oktober) **bis spätestens Dienstag, den 8. Oktober**, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Ulrike Groddeck
Telefon (040) 4140080
E-Mail: groddeck@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre **Unterstützung** in Anspruch zu nehmen.
Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Baden-Württemberg

Vorsitzende: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Tel.: 0711 - 85 40 93, uta.luettich@web.de **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219, **Internet**: www.low-bw.de

Zum „Tag der Heimat“

Stuttgart – „Heimatvertriebene und Heimatverbliebene: Gemeinsam für ein friedliches Europa – unter diesem Leitwort feiern wir heute den Tag der Heimat. Das ausdrückliche Bekenntnis zu Versöhnung und Frieden in einem neuen, geeinten Europa ist seit der Charta der deutschen Heimatvertriebenen im Jahr 1950 bis heute die Grundlage der Arbeit des Bundes der Vertriebenen und der Landsmannschaften. Heimatvertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler und auch die bis heute in den osteuropäischen Ländern lebenden Minderheiten setzen sich für den friedenstiftenden und friedenerhaltenden Zusammenhalt der Menschen und ihrer Heimatstaaten in einem geeinten Europa ein. Das verdient unser aller Anerkennung“, sagte der Stellvertretende Ministerpräsident, Innenminister und Landesbeauftragte für Vertriebene und Spätaussiedler Thomas Strobl bei der zentralen Festveranstaltung in der Liederhalle in Stuttgart.

Der Tag der Heimat geht zurück auf die öffentliche Bekanntgabe der Charta der deutschen Heimatvertriebenen, die am 6. August 1950 bei einer Großveranstaltung vor dem Stuttgarter Neuen Schloss sowie in einer Reihe weiterer Städte im ganzen Bundesgebiet verkündet wurde. Eines der Kernelemente der Charta ist die feierliche Erklärung, mit allen Kräften die Schaffung eines freien und Europas zu unterstützen, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können. Der Bund der Vertriebenen und die Landsmannschaften sind auch in diesem Jahr Ausrichter der zentralen Festveranstaltung in Baden-Württemberg. Das Leitwort zum Tag der Heimat im Jahr 2024 lautet „Heimatvertriebene und Heimatverbliebene: Gemeinsam für ein friedliches Europa“.

„Ganz besonders freut mich der landsmannschaftliche Zusammenhalt, der die Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler mit den Heimatverbliebenen verbindet. Der Fall des Eisernen Vorhangs und die EU-Osterweiterung erwiesen sich als wahrer Segen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der landsmannschaftlichen Organisationen. Dass die deutsche Minderheit in zahlreichen osteuropäischen Staaten ihre kulturelle Herkunft als wertvollen Teil der eigenen Identität bewahren kann, verdanken wir nicht zuletzt der Rückkehr jener Länder in das europäische Haus“, betonte Minister Strobl abschließend.

Pressestelle, Innenministerium Baden-Württemberg

Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Tag der Heimat

Hof – Sonnabend, 12. Oktober, 11 Uhr, Mahnmal Blücherstraße, anschließend Jahnheim, Jahnstraße 5: Feierstunde zum Tag der Heimat der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Hof mit anschließendem Schnitzelessen im Jahnheim.

Der Bund der Vertriebenen, Kreisgruppe Hof, lädt die Bevölkerung von Stadt und Landkreis Hof herzlich zum „Tag der Heimat 2024“ ein. Das Leitwort dieses Jahres lautet: „Heimatvertriebene und Heimatverbliebene: Gemeinsam für ein friedliches Europa“.

Erntedank

Hof – Nach der Begrüßung und der Gratulation an die Geburtstagskinder dankte Vorsitzender Christian Joachim allen für den regen Besuch und Hannelore Morgner für die gelungene Ausschmückung des Raumes. Sein Vortrag zum Thema „Erntedank“ begann er mit der Feststellung, dass die Landwirtschaft in Ostpreußen schon immer eine wichtige Rolle spielte. Die Ureinwohner Ostpreußens, die Prußen, hatten zunächst etwa ein Fünftel der Fläche landwirtschaftlich erschlossen. Steigende Bevölkerungszahlen erforderten es, weiteres Land urbar zu machen. In Ostpreußens Landwirtschaft waren nach einer Statistik von 1934/35 rund 40 Prozent der Erwerbstätigen beschäftigt. Diese versorgten etwa 2,4 Millionen Menschen in der Provinz Ostpreußen mit Grundnahrungsmitteln und weitere rund 2,3 Millionen im restlichen Deutschland.

Die „Austzeit“, wie die Erntezeit in der Heimat bezeichnet wurde, war, nach der harten Arbeit der vergangenen Monate, für viele die schönste Zeit des Jahres. Die Mühe wurde reich belohnt. Nicht umsonst war Ostpreußen die Kornkammer Deutschlands. Im Herbst wurde bei Gottesdiensten gemeinsam gedankt und der Abschluss der Ernte gefeiert. Aber im ganzen Land war die Arbeit auch gleichzeitig ein Gottesdienst. Da warf der Sämann die ersten Körner in Kreuzform auf den Acker. Der Bauer malte mit dem Schaufelstiel ein Kreuz in die Körner des ersten Scheffels, die Mutter ritzte vor dem Anschneiden des Brotes ein Kreuz in die Kruste. Mit dem Binden und Überreichen der Erntekrone wurden Segenswünsche verbunden. Und nach dem Einbringen der Ernte durfte zum Erntedankfest ein reich gedeckter Gabentisch nicht fehlen. Am Ende seiner Ausführungen mahnte Joachim an, dem Wert der landwirtschaftlichen Produkte wieder mehr Bedeutung zu schenken. Nach der Vorstellung der Prominenten des Monats, der Currywursterfinderin Herta Heuwer, aktuellen Terminen und einer kurzen Herbstgeschichte, wurden die Erntegaben verteilt. Danach saß die ostpreußische Familie noch lange bei lebhaften Gesprächen beisammen.

Jutta Starosta

Bremen

Vorsitzender: Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle**: Parkstraße 4, 28209 Bremen, E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de, Telefon (0421) 3469718

70 Jahre Patenschaft

Bremerhaven – Sonnabend, 5. Oktober, 10 Uhr, Haus am Blink, Adolf-Butenandt-Straße 7: Jubiläumstreffen „70 Jahre Patenschaft Bremerhaven – Elbing-Stadt und Elbing-Land“. Um eine Anmeldung wird gebeten bei Ingeborg Rebischke.

Höhepunkte des Tages werden zwei Vorträge sein. Jörn Pekrul wird aus Berlin anreisen, um seinen kulturhistorischen Vortrag „Die alte Reichsstraße 1“ zu halten. Sie führte bekanntlich von Aachen über Berlin und Elbing nach Königsberg. Entlang der Route liegen viele bemerkenswerte Orte, die von Pekrul porträtiert werden.

Der Historiker Dr. Christopher Spatz wird anschließend über neue Aspekte zu seinem Forschungsthema „Die Geschichte der Wolfskinder“ berichten. Thorsten von Haaren hat seitens der Patenstadt Bremerhaven seine Teilnahme zugesagt.

Außerdem wird die Heimatkreisvertreterin Berichte zum 70-jährigen Bestehen der Patenschaft Bremerhaven-Elbing vortragen. Jens Baumgardt wird – wie in früheren Jahren – einige Bilder und Poster von Edwin Litkemann ausstellen.

Gäste, die am Vortag anreisen und eine Übernachtung benötigen, müssten sich bitte selbst um ein Quartier bemühen.

Heimatkreisvertreterin Ingeborg Rebischke, Telefon (0152) 33868955 bittet um Anmeldungen für die Teilnahme am Mittagessen und an der Kaffeetafel.

Heinrich Lohmann

Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, **Geschäftsstelle**: Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Telefon (0178) 3272152

Erntedankfest

Hamburg – Donnerstag, 10. Oktober, 14 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8: Erntedankfest Gäste sind herzlich willkommen.

Hessen

Stellv. Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

Georg Siedler und Frieda Olk

Kassel – Donnerstag, 10. Oktober, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fuldatalstraße 140, Kassel-Wolfsanger: „Lebensläufe und Wegmarken“, Erinnerungen an Georg Siedler und Frieda Olk.

Wanderbericht

Wetzlar – Dienstag, 15. Oktober, Gaststätte Zum Matchball, Tennisplatz, Bodenfeld: Wolfgang Post berichtet über eine Wanderung von der Oderquelle bis nach Cosel in Oberschlesien.

Erntedank

Wiesbaden – Sonnabend, 5. Oktober, 15 Uhr, Wappen-Saal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Feier zum Erntedankfest mit Kaffeetafel und Programmteil unter musikalischer Mitwirkung von Mathias Budau und einer Ansprache von Pfarrer Dr. Holger Saal.

Tag der Heimat

Wiesbaden – Sonntag, 13. Oktober, 11 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Feststunde zum Tag der Heimat mit einer Ansprache von Daniela Georgi, Vorsitzende der CDU-Rathausfraktion der Stadt Wiesbaden.

Mittagessen

Wiesbaden – Donnerstag, 17. Oktober, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46_ Gemeinsames Mittagessen à la carte. Wegen der Platzdisposition bitte anmelden bis spätestens 12. Oktober bei Helga Kukwa unter Telefon (0611) 373521 oder bei Ilse Klausen unter Telefon (06122) 14808. Zu erreichen ist die Gaststätte mit der ESWE-Busverbindung Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße.

BdV – Tag der Heimat

Wiesbaden – „Heimat ist mehr als nur ein geografischer Ort“, mit seiner Festrede bewegte Vladimir Ham, Vorsitzender der Deutschen Gemeinschaft in Kroatien, die Zuhörer beim Zentralen Tag der Heimat des BdV-Landesverbandes Hessen.

„Die Zusammenarbeit zwischen heimatvertriebenen und heimatverbliebenen Deutschen ist ein Symbol für die Überwindung von Trennungen und die Schaffung

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine
Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name:
Vorname:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:
Telefon:

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.
Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter **www.paz.de**

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN:
Bank:
Datum, Unterschrift:

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-02-R

Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen

Fortsetzung von Seite 15

eines vereinten, friedlichen Europa, so Ham, Vorsitzender der Deutschen Gemeinschaft in Kroatien, in seiner Festrede anlässlich der Gedenkveranstaltung zum Zentralen Tag der Heimat des hessischen Bundes der Vertriebenen (BdV), die am 15. September gemeinsam mit dem 11. Hessischen Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation feierlich begangen wurde. Der Festakt in der Rotunde des Biebricher Schlosses mit zahlreichen Ehrengästen aus der Landes- und Kommunalpolitik, den Vertriebenenverbänden, Landsmannschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen stand ganz im Zeichen des diesjährigen Leitwortes des BdV zum Tag der Heimat „Heimatvertriebene und Heimatverbliebene: Gemeinsam für ein friedliches Europa“. Die Ansprache zum Hessischen Gedenktag hielt der Hessische Ministerpräsident Boris Rhein.

Neben dem Hessischen Ministerpräsidenten, dem Festredner Ham, Staatssekretär Martin Rößler vom Hessischen Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz sowie dem Hessischen Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler Andreas Hofmeister konnte der BdV-Landesvorsitzende Siegbert Ortmann zahlreiche weitere Ehrengäste begrüßen.

In seiner Begrüßungsrede dankte der BdV-Landesvorsitzende Siegbert Ortmann der hessischen Landesregierung unter Führung von Ministerpräsident Rhein für die vielfältige Unterstützung des BdV in Hessen und seiner Kultur-, Erinnerungs- und verständigungspolitischen Arbeit. „Das Land Hessen hat sich als Unterstützer der Anliegen der Vertriebenen längst zu einem mustergültigen Vorreiter in der Bundesrepublik gemacht“, so Ortmann. Dazu gehöre auch der gemeinsame Festakt zum Zentralen Tag der Heimat und Hessischen Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation. Dafür sei er der hessischen Landesregierung sehr dankbar.

Dem diesjährigen Leitwort zum Tag der Heimat fühle sich der BdV Hessen in besonderer Weise verpflichtet. „Der Kontakt zu deutschen Minderheiten und die Pflege von deren Kultur und Sprache im östlichen und südöstlichen Europa ist ein sehr wichtiger Schwerpunkt in der Vereinsarbeit des BdV Hessen“, sagte der Ortmann. Vor allem durch die verständigungspolitischen Seminarreisen des Deutsch-Europäischen Bildungswerks in Hessen, das 1990 auf Initiative des BdV Hessen gegründet wurde, werde der Kontakt zu den deutschen Minderheiten gepflegt. Bei einer dieser Reisen nach Kroatien habe er den diesjährigen Festredner kennen und schätzen gelernt.

Zum Abschluss seiner Ausführungen richtete Ortmann noch eine Bitte an die Politik und regte an, gemeinsam mit dem Verein Deutsche Sprache e.V., den Goethe-Instituten und dem Auswärtigen Amt über die Einführung von „Tagen der deutschen Sprache“ in den ehemaligen deutschen Siedlungsgebieten nachzudenken. „Mit einem solchen Vorhaben könnte man vielleicht das Interesse, vor allem aber das Bewusstsein für die deutsche Sprache in den ehemaligen deutschen Siedlungsgebieten, insbesondere bei der dortigen Jugend wecken“, so der BdV-Landesvorsitzende abschließend.

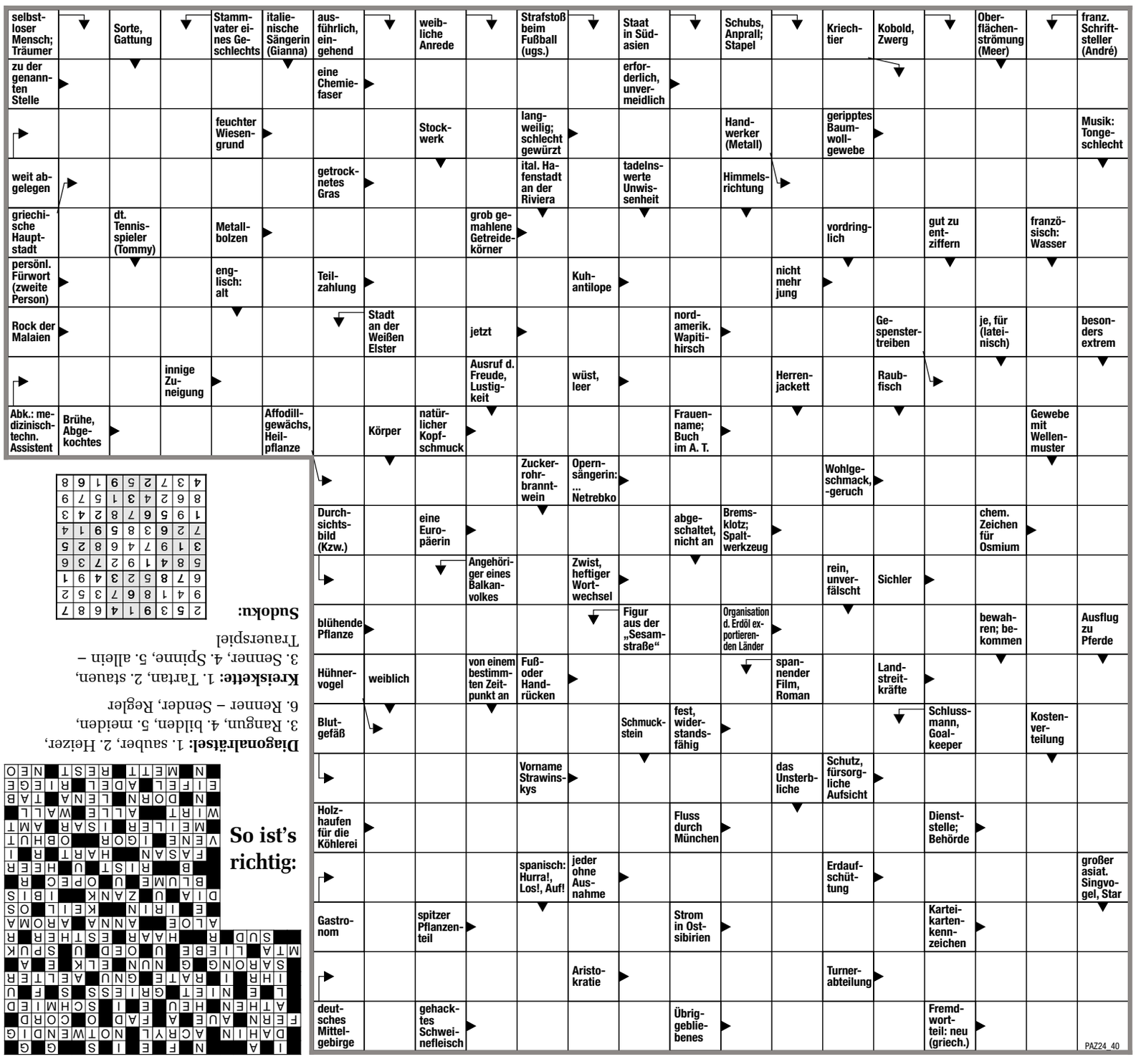
Musikalisch umrahmt von einem Jazz-Duo und dem Streichtrio Junge Musik Hessen GmbH: Festakt zum Tag der Heimat in Hessen *Foto: Hessische Staatskanzlei*

In seiner Ansprache zum 11. Hessischen Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation betonte Ministerpräsident Rhein die Bedeutung von Versöhnung, Frieden und gemeinsamer Verantwortung in Europa. „Angesichts der aktuellen Krisen und Kriege in Europa ist es umso wichtiger, Brücken zwischen den Generationen und Nationen zu bauen. Der Hessische Gedenktag erinnert uns daran, dass die Kraft zur Verständigung und der Aufbau eines friedlichen Europas über Grenzen und Wunden hinweg nur gemeinsam gelingen kann“, sagte der Regierungschef. Mit seiner langjährigen Arbeit leiste der BdV Hessen einen wesentlichen Beitrag zur Völkerverständigung und zum friedlichen Zusammenleben in Europa. Gleichzeitig setze sich der Vertriebenenverband dafür ein, die Erinnerung an Flucht und Vertreibung lebendig zu halten. „Hinter den abstrakten Begriffen ‚Flucht‘ und ‚Vertreibung‘ stehen Menschen mit Gesichtern, Namen und Geschichten. Ihre Geschichten erinnern uns daran, wie kostbar Frieden, Freiheit und Sicherheit sind – und wie zerbrechlich. Bereits zum 11. Mal begehen wir unseren Hessischen Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation. Dieser Tag ist ein sichtbares Zeichen unserer großen Wertschätzung und tiefen Verbundenheit, die wir diesen Menschen gegenüber empfinden. Wir zeigen damit deutlich: Die Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler gehören zu uns, so wie wir zu ihnen. Und dass wir dieses Miteinander heute als Selbstverständlichkeit betrachten, gehört zu den großen Errungenschaften der deutschen Nachkriegsgeschichte. Daher bleibt die Unterstützung der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler bleibt für uns eine Herzensangelegenheit“, erklärte der Ministerpräsident.

„Für viele von uns ist Heimat mehr als nur ein geografischer Ort. Sie ist ein Gefühl der Zugehörigkeit, eine Verbindung zu den Menschen und der Kultur, die uns geprägt haben.“ In Hams emotional bewegenden Festrede berichtete er über das Schicksal der deutschen Minderheit in Kroatien, deren Geschichte Jahrhunderte zurückreiche und deren Gemeinschaft am Ende des Zweiten Weltkrieges zerrissen worden sei. Viele seien geflohen oder vertrieben worden. Andere hätten sich entschieden, im damaligen Jugoslawien zu bleiben. „Diese Heimatverbliebenen sahen sich mit vielen Herausforderungen konfrontiert – dem Entzug der Bürgerrechte, Enteignungen und in vielen Fällen schmerzhafte Assimilation. Unsere Sprache, unsere Bräuche, unsere Kultur drohte verloren zu gehen.“ Auch seine Eltern hätten kein Deutsch gesprochen. Er selbst habe erst Deutsch als Kriegsflüchtling in Deutschland während des Jugoslawienkrieges in den 1990er-Jahren gelernt, berichtete der Vorsitzende der Deutschen Gemeinschaft in Kroatien.

Doch gerade die Heimatverbliebenen in Kroatien hätten nach dem Zerfall Jugoslawiens eine wichtige Rolle als Brückenbauer und wichtige Verbindung zwischen Deutschland und Kroatien gespielt. „Diese Menschen haben durch ihre Arbeit, ihren Einsatz

Rätsel

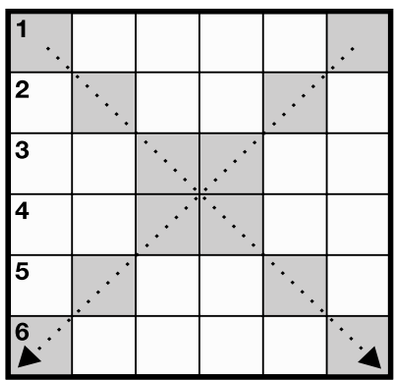


Sudoku

	5		9		4			7
				6				
	7	8			3	4		1
		4	1			7		
3	1						2	5
		6			5	9		
1		5	6			2	4	
				3				
4			2		9		6	

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



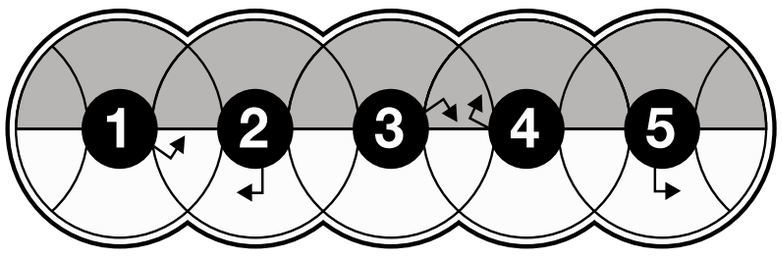
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Rundfunkbegriffe.

1 rein, frisch gewaschen
2 Bediener einer Feuerungsanlage
3 größte Stadt in Myanmar (Birma)
4 gestalten, formen
5 aus dem Weg gehen
6 Verkaufsschlager

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für Tragödie.

1 spezifisches Karomuster schottischer Clans, **2** etwas Fließendes zum Stillstand bringen, **3** Almhirt, **4** Gliedertier, **5** einsam



So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. sauber, 2. Heizer, 3. Rangun, 4. bilden, 5. meiden, 6. Renner – Sender, Regler

Kreiskette: 1. Tartan, 2. stauen, 3. Senner, 4. Spinne, 5. allein – Trauerspiel

Sudoku:

2	5	3	9	1	4	6	8	7
9	4	1	8	6	7	3	5	2
6	7	8	5	2	3	4	9	1
5	8	4	1	9	2	7	3	6
3	1	9	7	4	6	8	2	5
7	2	6	3	8	5	9	1	4
1	9	5	6	7	8	2	4	3
8	6	2	4	3	1	5	7	9
4	3	7	2	5	9	1	6	8

Landesgruppen und Heimatkreisgemeinschaften

und ihre Werte zur Entwicklung der kroatischen Gesellschaft beigetragen und das Bild der Deutschen als verlässliche und engagierte Mitglieder dieser Gesellschaft geprägt“, sagte Ham. Auch die Rolle der Vereine der heimatvertriebenen Deutschen bei der Hilfestellung für Kroatien während des Unabhängigkeitskrieges sei von großer Bedeutung gewesen. Diese hätten etwa durch Spendenaktionen humanitäre Hilfe geleistet und sich in Deutschland und auf europäischer Ebene für die Anerkennung Kroatiens als unabhängiger Staat eingesetzt.

Mit Blick auf die Zukunft sagte Ham, dass der Erhalt der Identität und die Förderung des kulturellen Austauschs eine zentrale Aufgabe bleiben müsse. „Wir müssen weiterhin dafür kämpfen, dass unsere Sprache in den Schulen unterrichtet wird und dass junge Menschen die Möglichkeit haben, ihre deutsche Herkunft zu entdecken und zu pflegen“, sagte er. In einem friedlichen Europa ohne Grenzen bleibe die Heimat eine Verpflichtung, das Erbe unserer Vorfahren zu bewahren und an die kommenden Generationen weiterzugeben, schloss Ham seine Festrede.

BdV Landesverband Hessen e.V.

Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer** und **Schatzmeister**: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg**: Helmut E. Papke, Süllweg 7, 29345 Unterlüß, Tel.: (05827) 4099850. **Bezirksgruppe Weser-Ems**: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Erntedank

Oldenburg – Mittwoch, 9. Oktober, 15 Uhr, Stadthotel, Hauptstraße 38: Treffen zum Erntedank-Nachmittag. Mitglieder und Freunde sind herzlich willkommen. Wir bieten ein reichhaltiges Programm rund um das ostpreußische Erntefest, mit Vorträgen und Lesungen um die Ernte, früher und heute. Kommen Sie bitte regelmäßig und zahlreich zu unseren Veranstaltungen, damit wir eine positive Wertung unserer Aktivität spüren und bleiben Sie uns treu. Denken Sie bitte an Ihren Verzehr am Veranstaltungsort. Die Treffen finden jeden zweiten Mittwoch im Monat statt. *Gisela Borchers*

Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzender**: Joachim Mross, **Schriftführerin**: Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle**: Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964)1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail**: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, **Internet**: Ostpreussen-NRW.de

75 Jahre LO LG NRW e.V.

Düsseldorf – Sonnabend, 19. Oktober, 13 bis 17.30 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Haus, Bismarckstraße 90: Gedenk- und Kulturveranstaltung 75 Jahre Landsmannschaft Ostpreußen Landesgruppe Nordrhein-Westfalen e.V. moderiert von Dr. Bärbel Beutner, stellvertretende Vorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen NRW, mit folgendem Programm:

Musikalische Begleitung: Geigenleut, Mönchengladbach; Begrüßung und Einführung Vorstand; Kurzandacht Winfried S. Küttner; Bildvortrag mit Pause „Eine Doppelbiografie zur Aufklärung Königsberg und Kant 1724 bis 2024“ von Jörn Pekrul, Stadtgemeinschaft Königsberg und Redakteur des Königsberger Bürgerbriefes; Chor Hermann-Sudermann-Gymnasium Memel unter der Leitung von Asta Almine; „Simon Dach – Dichter des Barocks eine Kurzdarstellung“ von Rasa Miuller, Kulturreferentin des Vereins der Deutschen in Memel; Ostpreußenlied, Nationalhymne, Programmänderungen vorbehalten.

Die Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Nordrhein-Westfalen e.V. wurde im Kalenderjahr 1949 gegründet. Fünf Jahre nach Kriegsende gab es die alltäglichen Herausforderungen zu meistern, Wohnung, Arbeitsplatz, soziale Sicherheit, der Wunsch sich mit Schicksalsgefährten auszutauschen und die Suche nach Verwandten, Freunden und Bekannten. Dies boten die gegründeten landsmannschaftlichen Gruppen in Nordrhein-Westfalen.

Interessierte sind gerne willkommen. Um Anmeldung bei Margitta Romagno unter Telefon (0212) 336921, (0212) 586047 oder per E-Mail: romagno@ostpreussen-nrw.de wird gebeten. Die Anmeldung dient zur besseren Planung und Sitzverteilung.

Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Kurenwimpel

Dresden – Dienstag, 8. Oktober, 13 Uhr, Großenhainer Straße 96: „Die Kurenwimpel“.

Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth- Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg (VLM Fl) e.V.

Flensburg – Sonntag, 6. Oktober, 10 Uhr, Kirchengemeinde St. Michael: Erntedankfest mit anschließendem Essen im Gemeindesaal. Eine Anmeldung war erforderlich.
Flensburg – Donnerstag, 23. Oktober, 12 Uhr, TSB-Heim: Wrukenessen mit anschließendem Vortrag „Ostpreußen unter der Zarenherrschaft“ von Herrn Stange zum Tag der Heimat. Anmeldung bis zum 14. Oktober bei Frau Kunde unter Telefon (0461) 91170 oder per E-Mail: rehekunde@aol.com oder bei Herrn Legies unter Telefon (0461) 32006 oder per E-Mail: hans.legies@t-online.de.

PAZ-Abo
vertrieb@paz.de

Gerdauen

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, E-Mail: kreisvertreter@kreis-gerdauen.de, Internet: www.kreis-gerdauen.de

Hauptkreistreffen

Bad Nenndorf – Wochenende, 5. und 6. Oktober, Veranstaltungsraum des Hotels Esplanade, Bahnhofstraße 8: Hauptkreistreffen mit folgendem Programm:

Sonnabend, 5. Oktober, 9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungsraumes im Hotel Esplanade (Infotisch mit Heimatbriefen und Büchern); 9.30 bis circa 11.30 Uhr: Kreistagssitzung im Sitzungsraum – Sie sind herzlich eingeladen, daran teilzunehmen und sich über unsere Arbeit zu informieren. Ihre Fragen, Wünsche und Anregungen können Sie in einer Fragestunde loswerden.

Es gibt Gelegenheit zum Kennenlernen und Wiedersehen von Landsleuten und zum direkten Kontakt mit Ihren Kirchspielvertretern (nach der Kreistagssitzung); das Hotel bietet im Veranstaltungsraum Mittagessen nach Auswahlkarte, Getränke und am Nachmittag Kaffee und Kuchen an. Nachmittags Gelegenheit zum Besuch des herbstlichen Bauernmarkts im Kurpark; 16 Uhr: Vortrag Günter F. Toepfer, MdA Berlin a.D., über seine Aktivitäten für die Wolfskinder in Litauen, mit Vorführung seines Wolfskinder-Films; 18.30 Uhr: gemeinsames Abendessen; danach findet ein gemütliches Beisammensein mit Musik und kleinen Einlagen in gemeinsame Gestaltung statt.

Sonntag, 6. Oktober, 9 Uhr; Öffnung des Veranstaltungsraumes samt Infotisch mit Heimatbriefen und Büchern, 11 Uhr: Feierstunde im separaten Raum – Begrüßung durch den Kreisvertreter, Grußworte der Gäste, ostpreußischer Vortrag, Geistliches Wort und Totengedenken, Schlusswort des Kreisvertreters, Ostpreußenlied, Gelegenheit zum Mittagessen im Veranstaltungsraum, zum gemütlichen Beisammensein und Gesprächen mit den Landsleuten.

Walter Mogk

Königsberg-Stadt

Stadtvertreter: Klaus Weigelt, Haagestraße 3, 21335 Lüneburg. **Patenschaftsbüro:** Stadtgemeinschaft Königsberg, Karmelplatz 5, 47051 Duisburg, Telefon (0203) 2832151, E-Mail: patenschaftsbuero@stadtgemeinschaft-koenigsberg.de

Vortrag und Mitgliederversammlung

Duisburg – Sonnabend, 26. Oktober, 11 Uhr, Karmelplatz 5, 47051 Duisburg, Vortragsraum des Stadtarchivs (beim Patenschaftsbüro): Vortrag „Königsbergs Spuren in der Bundeshauptstadt Berlin“ von Jörn Pekrul und Mitgliederversammlung der Stadtgemeinschaft Königsberg (Pr) e.V.

11 Uhr: Eröffnung und Begrüßung der Mitglieder und der Vertreter der Patenstadt Duisburg durch den Stadtvorsitzenden Klaus Weigelt; 11.30 Uhr: „Königsbergs Spuren in der Bundeshauptstadt Berlin“, Vortrag mit Fotopräsentation von Jörn Pekrul, Berlin. Pekrul ist ausgewiesener Kenner Königsbergs und Autor zahlreicher Publikationen zur ostpreußischen Geschichte; 12.30 Uhr: Mittagspause mit Imbiss, danach Fortsetzung der Mitgliederversammlung gemäß Tagesordnung.

Bitte melden Sie Ihre Teilnahme im Patenschaftsbüro bei Valentina Fischer an.

Osterode

Kreisvertreter: Jürgen Ehmann, Stennweilerstraße 35, 66564 Ottweiler, Telefon (06824) 302259, E-Mail: juergenehmann-kgoev@web.de, **Gst.**: Bergstraße 10, 37520 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870, E-Mail: kgoev@t-online.de, Sprechstunde: Do. 14 bis 17 Uhr

Wahlergebnis

Lüneburg – Am 13. September fanden das Jahrestreffen und die Mitgliederversammlung der KG Osterode mit Neuwahl des Vorstandes statt. Nähere Angaben zu den Ansprechpartnern der Kreisgemeinschaft Osterode finden Sie unter Internet https://kreisgemeinschaft-osterode-ostpreussen.de/

GERD BANDILLA

Aus Liebe und Treue zur Heimat

Eine Würdigung zum 90. Geburtstag des Lycker Originals

Gerd Bandilla wurde am 3. Oktober 1934 in Mostolten im Kreis Lyck geboren. Als Zehnjähriger musste er sich mit seinen Eltern auf die Flucht begeben. Nach einer leidvollen und entbehrungsreichen Zeit kam die Familie ins Rheinland, wo er seine in Lyck begonnene Schulausbildung beendete. Nach einer Lehrzeit bei der Amtsverwaltung Friesheim war Bandilla von 1954 bis 1972 als Beamter bei der Stadtverwaltung Köln, zuletzt als Stadtoberamtmann, tätig und wechselte von dort als Gemeindedirektor nach Nörvenich im Erftkreis. Diese Position bekleidete er bis zu seiner Pensionierung.

Bandilla fühlte sich aus Liebe und Treue zu seiner ostpreußischen Heimat schon frühzeitig der landsmannschaftlichen Arbeit verbunden. Der Kreisgemeinschaft Lyck in der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und dem Bund der Vertriebenen (BdV) gehört er seit 1960 an. Bandilla ist Mitbegründer der „Gemeinschaft junger Lycker“ und stand diesem Jugendverband von 1965 bis 1971 vor. Für seinen Heimatort Mostolten übernahm er 1977 die Ortsvertretung. Als Vorstandsmitglied der Kreisgemeinschaft wirkte er seit 1982, anfangs als stellvertretender Kreisvertreter und von 1985 bis 2013 als Kreisvertreter. Seit 2013 ist er Kreisältester der Kreisgemeinschaft Lyck. Zusätzlich war Bandilla einige Jahre Vorsitzender des Prüfungsausschusses der LO und Vorstandsmitglied und Schatzmeister der Stiftung Ostpreußen. Auch dem geschäftsführenden Vorstand der LO gehörte er von 1992 bis 1995 an.

Die vielfältigen Aktivitäten und das reiche Vereinsleben in der Kreisgemeinschaft Lyck sind mit dem langjährigen Wirken Bandillas eng verbunden. Bei den zahlreichen Fahrten in die Heimat war er stets ein ortskundiger und historisch bewanderter Reiseleiter. Sein Sachverstand auf kommunalem Gebiet, sein Verhandlungsgeschick und nicht zuletzt seine gradlinige Persönlichkeit haben dazu geführt, dass die Kreisgemeinschaft sowohl zur Patenstadt Hagen in Westfalen, als auch zu den heutigen Bewohnern Lycks fruchtbare Beziehungen unterhält.

Am 2. April 2002 konnte Bandilla mit dem polnischen Landkreis Lyck einen Zusammenarbeitsvertrag abschließen. Diese Vereinbarung setzt sich unter anderem gemeinsame Aktivitäten auf den Gebieten der Denkmalpflege, der Förderung der Begegnungen zwischen den Altbürgern und den Neubürgern des Kreises Lyck und der Organisation von Seminaren, Konzerten und Ausstellungen zum Ziel.

Nach vierjährigem Bemühen wurde im April 2003 in Lyck eine Lazarus-Sozialstation eröffnet. Am 5. Dezember 2008 zeichnete Lyck Bandilla mit dem Preis der „Weißen Lilie“ als bester Botschafter der Stadt aus. Auch der Kreis Lyck ehrte ihn, und zwar im Oktober 2014 mit der Verdienstmedaille.

Bandillas besonderes Augenmerk gilt der „Gesellschaft der deutschen Minderheit“ in Lyck, der er mit Rat und Tat zur Seite steht. Als bestes Beispiel hierfür kann der Erwerb und die mustergültige Renovierung des Wasserturms in Lyck gelten. Im September 1997 ehrte die Landsmannschaft Ostpreußen Bandilla mit der Verleihung des Goldenen Ehrenzeichens, 2013 wurde ihm das Bundesverdienstkreuz am Bande sowie die Ottomar-Schreiber-Plakette verliehen. *LO*

OL.

Ostpreußisches Landesmuseum

Lüneburg – Mittwoch, 9. Oktober, 17 Uhr, 1,50 Euro, zuzüglich Museumseintritt: **Immanuel Kant. Weltendenker aus Königsberg**, öffentliche Führung durch die Sonderausstellung „Kant 300. Ein Leben in Königsberg“ mit Fabian Lenczewski.
Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-lg.de erforderlich.
Mittwoch, 9. Oktober, 18.30 Uhr, Eintritt: 5,– Euro: **Vernunft in Riga: Kants Rezeption im Kulturrazm Lettlands mit Prof. Raivis Bicevskis**. In seinem Vortrag beleuchtet Bicevskis, Philosophie-Professor in Riga, die besondere Beziehung zwischen Kant und der lettischen Kultur vom 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart.
Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-lg.de erforderlich.

ANZEIGE

Den Himmel zu erringen ist etwas
Herrliches und Erhabenes, aber
auch auf der lieben Erde ist es
unvergleichlich schön.
Darum lasst uns Menschen sein.
Wolfgang Amadeus Mozart

Irmgard Leskien

geb. Sprenger

* 8. Juni 1931 † 18. Oktober 2024

Wenn ihr an mich denkt, seid nicht traurig. Erzählt lieber von mir und traut euch ruhig zu lachen. Lasst einen Platz zwischen euch in eurer Mitte, so wie ich ihn im Leben hatte.

In Liebe und Dankbarkeit

Renate Sprenger geb. Sroka
Daniela mit Hannah und Elisa
Kathrin und Philip mit Aliyah und Emma
Andrea mit Anton
Torsten und Irina mit Carla und Mika

Traueranschrift: Renate Sprenger, Gartenstraße 139, 41236 Mönchengladbach-Rheydt

Die Urnenbeisetzung findet im engsten Familienkreis in Hude statt.

PREUSSISCH-LITAUEN

Als Litauer Ostpreußens Wildnis urbanisierten

Katholische Immigranten flohen vor drohender Leibeigenschaft – Reichskanzler Otto von Bismarck germanisierte sie später

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im Frieden vom Melnosee vom 27. September 1422 zwischen dem Königreich Polen und dem Großfürstentum Litauen auf der einen sowie dem Deutschen Orden auf der anderen Seite wurde auch die Nordostgrenze des heutigen Ostpreußen festgeschrieben. Danach wanderten bis 1550 an die 30.000 Litauer in die „Große Wildnis“ von Preußisch-Litauen ein, welche südwestlich dieser Linie auf dem Territorium des Deutschen Ordens lag. Dabei kamen die katholischen Immigranten nicht aus Glaubensgründen, sondern wegen der zunehmenden Verbreitung der Leibeigenschaft in ihrer alten Heimat.

Bei der neuen Kreisbildung im Jahr 1818 umfasste das Gebiet mit einer teilweise Litauisch sprechenden Bevölkerung die zehn Kreise Memel, Heydekrug, Niederung, Tilsit, Ragnit, Pillkallen, Insterburg, Gumbinnen, Stallupönen und Darkehmen. Hier lebten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhundert etwa 150.000 ethnische Litauer. Bis zum Anfang des 20. Jahrhundert sank deren Zahl auf 114.000.

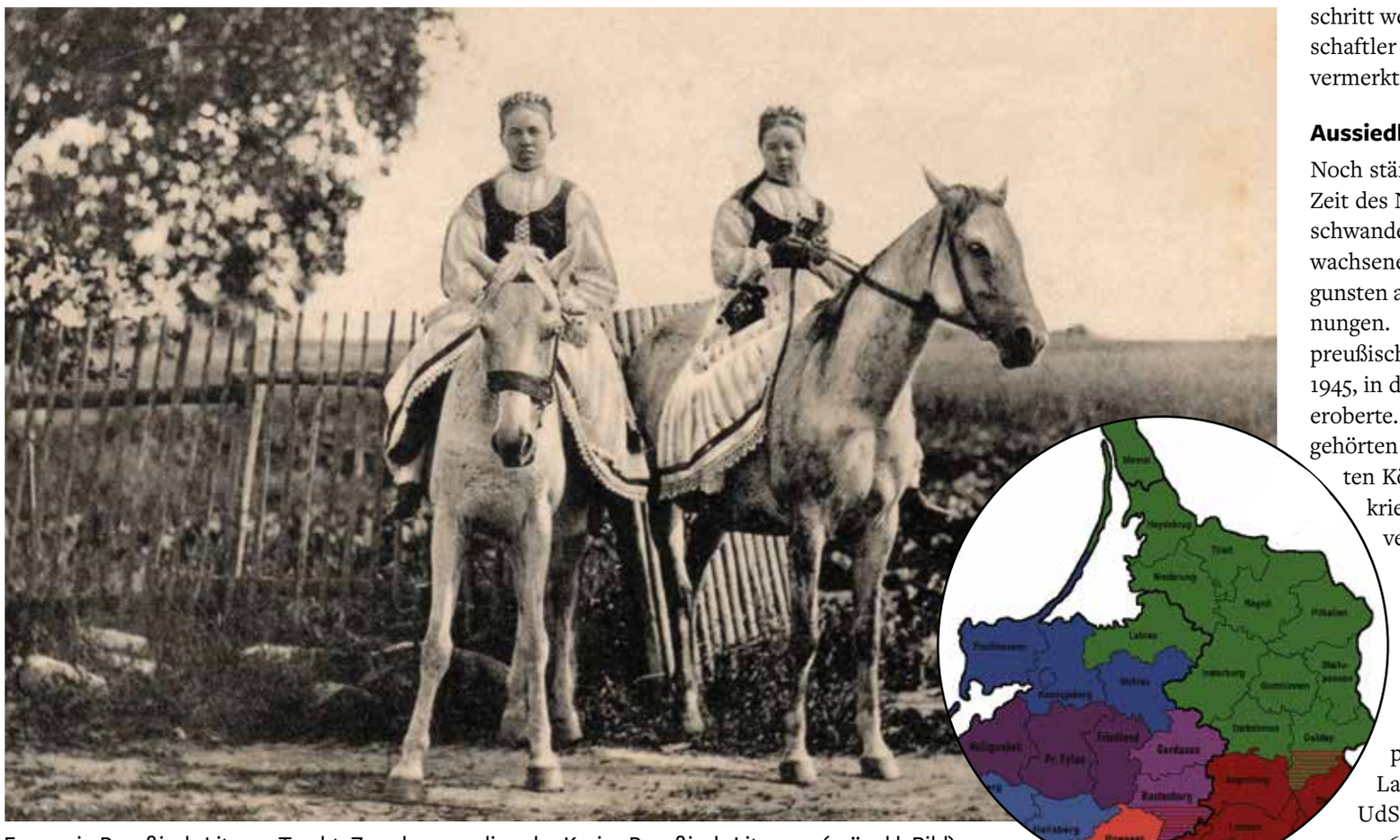


FOTO: BILDARCHIV OSTPREUSSEN; WIKIPEDIA

Frauen in Preußisch-Litauer Tracht. Zu erkennen die zehn Kreise Preußisch-Litauens (grün, kl. Bild): Memel, Heydekrug, Niederung, Tilsit, Ragnit, Pillkallen, Insterburg, Gumbinnen, Stallupönen und Darkehmen

Erstes Buch in Litauisch

Während es im Großfürstentum Litauen ab 1569 zu einer massiven Zwangspolonisierung kam, förderten der Staat und die Kirche Preußens das Litauertum im eigenen Lande, welches zwar nach und nach einen spezifisch preußischen Charakter annahm, dennoch aber die litauische Kultur in ihrer Gesamtheit befruchtete. Das äußerte sich später beispielsweise in der Herausbildung einer Staatssprache im benachbarten Großfürstentum.

Marksteine dieses lange Zeit nur auf Preußisch-Litauen beschränkten Modernisierungsprozesses waren die Herausgabe des ersten Buches in litauischer Schriftsprache im Jahre 1547, die 1590 fertiggestellte erste Übersetzung der Bibel ins Litauische, die vom Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg in Auftrag gegebene erste litauische Grammatik von 1654, der Druck des ersten weltlichen litauischen Buches im Jahre 1706, der 1818 auf Anregung des preußischen Kultusministers Wilhelm von Humboldt publizierte erste litauische Gedichtband des Pfarrers Christian Donaleitis mit dem Titel „Metai“ (Jahreszeiten) sowie das Erscheinen der ersten litauischen Zeitung namens „Keleiwis“ ab 1849.

Die geübte Toleranz gegenüber der litauischen Kultur und Sprache vergalten die preußischen Litauer lange Zeit mit einer stark ausgeprägten Loyalität gegenüber dem preußischen Staat und seinen Monarchen. Diese zeigte sich beispielsweise 1807/08, als König Friedrich Wilhelm III. auf der Flucht vor Napoleon in Memel weilte und dort Zuflucht und Schutz suchte. Das Fehlen jedweden nationalistischen Zündstoffes war zugleich aber auch eine Folge der freiwilligen Assimilation der Litauer in Ostpreußen, welche ab etwa 1800 erheblich an Tempo gewann. Letzteres resultierte nicht zuletzt aus dem immer häufigeren Verlassen des bäuerlichen Milieus beziehungsweise der Verstädterung, dem Dienst beim Militär, etlichen Mischehen sowie dem sozialen Aufstieg vieler Litauer.

Die weitgehende Harmonie in den von Menschen mit litauischen Wurzeln bewohnten Regierungsbezirken Ostpreußens endete allerdings nach der Reichseinigung im Jahre 1871. Denn nun zeitigte der von Reichskanzler Otto von Bismarck initiierte Kulturkampf negative Folgen, obwohl er sich in erster Linie gegen den Katholizismus richtete. Beispielsweise kam es zu massiven Einschränkungen des muttersprachlichen Unterrichts. Das führte 1879 zur Petition an Kaiser Wilhelm I. Doch mit dieser war die Germanisierung der preußischen Litauer nicht mehr länger aufzuhalten, obwohl im gleichen Jahr sogar eine Litauische Literarische Gesellschaft entstand, die sich dezidiert dem Schutz und Erhalt des Litauischen verschrieb. Dessen von außen erzwungene „Entartung und Zersetzung“ schritt weiter fort, wie der Sprachwissenschaftler Carl Capeller überaus betrübt vermerkte.

Aussiedlung in die Bundesrepublik

Noch stärker fiel der Druck während der Zeit des Nationalsozialismus aus. So verschwanden 1938 viele der historisch gewachsenen litauischen Ortsnamen zugunsten ahistorischer deutscher Bezeichnungen. Die schlimmste Zäsur für das preußische Litauertum brachte das Jahr 1945, in dem die Rote Armee Ostpreußen eroberte. Alle Gebiete südlich der Memel gehörten danach zum russisch verwalteten Königsberger Gebiet, dessen Vorkriegsbevölkerung zum größten Teil vertrieben oder ermordet wurde.

Anders gestaltete sich hingegen die Entwicklung im Raum nördlich der Memel, der nun in die Litauische Sozialistische Sowjetrepublik einging. Die hier lebenden 20.000 Litauer mit preußischen Wurzeln konnten im Lande bleiben, sofern sie die UdSSR-Staatsbürgerschaft annahmen. 6000 davon siedelten allerdings nach Abschluss des deutsch-sowjetischen Vertrages vom 8. Juni 1958 in die Bundesrepublik über.

Forschungszentrum gegründet

Späterhin geriet das preußisch-litauische Vermächtnis zunehmend in Vergessenheit, bis Litauen im Zuge des Zerfalls der Sowjetunion seine lang ersehnte Unabhängigkeit zurückgewann und 1992 ein Forschungszentrum für die Geschichte Westlitauens und Preußens gründete. Außerdem gibt es in der Republik Litauen seit 2006 einen formellen „Tag des Gedenkens an den Genozid an der Bevölkerung Kleinlitauens“, der auf den 16. Oktober fällt. Dahingegen verzichtet die Bundesrepublik bis heute auf jegliche offizielle Erinnerung an die litauische Bevölkerung in Ostpreußen.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Geldwerte Schätze frisch vom Dachboden

Die Sammlerleidenschaft der Numismatik führt Deutsche und Polen durch Interesse an der Geschichte zusammen

Eine Reihe historischer Sparbücher liegt bei Uwe Elix auf dem Fußboden und wird von ihm gerade mit der Überschrift drapiert „Görlitzer Sparbücher 1908–1990 – Zeitzeugen für Kunst, Wirtschaft, Politik“. Es stellt sich schnell heraus, die Sammelgebiete des Vorsitzenden des Numismatischen Clubs zu Görlitz e.V. sind breit gefächert und umfassen fast jede Form geldwerter Systeme. Vornehmlich schlesische Notgeldscheine aus der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, Lebensmittelmarken aus Kriegs- und Nachkriegszeiten gehören dazu und nebenbei berichtet er, dass er wohl die umfassendste Sammlung an Ersatzgeldmarken für Asylbewerber habe. Nein, es gebe dazu bislang keinen Sammlerkatalog. Aber wenn jemand so einen zusammenstellen könnte, dann nur Uwe Elix. Geschichte spielt sich eben immer ab und die verschiedenen Geldsysteme sind immer auch ein interessantes Spiegelbild der Veränderungen ihrer Zeit.

Das alles habe er auf Flohmärkten oder über eBay zusammengetragen. Die Grenznähe hat natürlich nach 1990 viele neue Bezugsquellen erschlossen, denn auf so manchem Boden fanden Polen Relikte aus deutschen Tagen, die sich gut zu heutigem Geld ummünzen ließen. Mancher Pole indes ist selber zum Sammler geworden, der nun an den Wurzeln der neu gefundenen Heimat mitforscht. Elix spürt das immer wieder bei Sammlerbörsen. „Ich denke, damit habe ich wohl die vollständigen Titelbilder der Sparbücher zusammengetragen. Eines, das jetzt noch fehlt, dürfte heute per Post kommen. Auch das muss ja mit in die Ausstellung“.

Die Ausstellung im Kulturhistorischen Museum in der Görlitzer Neißestraße 30 wird am 13. Oktober, 10 Uhr, eröffnet und soll anschließend vom 15. bis 26. Oktober zu sehen sein. Gezeigt werden unter anderem Medaillen und Festplaketten aus Niederschlesien oder Notgeld von den Görlitzer Nachrichten und dem Anzeiger – auch für drei pommersche Städte. Hintergrund der Ausstellung in der zwischen der Bundesrepublik und der Republik Polen geteilten Stadt ist, dass die Görlitzer Numismatiker ihren 120. Geburtstag feiern. Der Ausstellungsort ist dabei letztlich nur 100 Meter von der Neißegrenze entfernt – nirgends flanieren Deutsche und Polen in „ihrer Stadt“ quasi paritätischer durch ihre gemeinsame Altstadt.

In dieser deutsch-polnischen Geschichte sieht sich auch Elix historisch fest verwurzelt und hat viele Sammelschwerpunkte über Geschichte und Familiengeschichte gefunden. Einer der letzten Vorträge seines Vereins betraf Gerhart Hauptmann im Spiegel der Numismatik. Und weil man mit den historischen Perspektiven stets über den Tellerrand schaue, sei das eben auch für viele attraktiv, die selbst vielleicht gar nicht sammeln oder anders unterwegs seien. Und schon zückt er weitere Ordner hervor, die zeigen, wie er über die Geschichte immer neue Anknüpfungspunkte findet.

Zur Ausstellungseröffnung ließ Uwe Elix eine Medaille in kleinster Auflage in verschiedenen Metallen prägen *Foto: : Till Scholtz-Knobloch*

Seine Mutter stamme aus Rothwasser [Czerwona Woda] bei Kohlfurt [Węglinec], sein Vater aus Kreis Samter [Szamotuły] bei Posen. Daher sei dieser gleich zweimal vertrieben worden – nach dem Ersten Weltkrieg aus der preußischen Provinz Posen, nach dem Zweiten Weltkrieg aus Sommerfeld [Lubsko] in der Niederlausitz östlich der Neiße, wohin es ihn nach der ersten Vertreibung verschlug. Eigentlich ist es noch komplizierter, denn eine Kinderverschickung brachte faktisch noch die Vertreibung aus dem ebenso nahen Sudetenland mit sich.

Zu all diesen Komplexen hat Elix, der nach der Wende viele Jahre einen Supermarkt in Hamburg-Eppendorf führte, eine Fülle an Dokumenten, die ebenso feinsäuberlich in Folien zusammengestellt sind. Aber bei diesem Ordner ist es nicht geblieben. Ein weiterer läuft vor Dokumenten wie Umsiedlerkarten von Galiziendeutschen ins Baltikum oder Schriftverkehr deutscher Besatzungsbehörden im Landkreis Hrubieszów am Bug zur Heu- und Strohzuteilung oder zum Bezug von Seife in Krakau über. Auch das ist alles irgendwie Numismatik, denn fast alles dokumentiert geldwerte Leistungen. Der Blick über die Geschichte führt Deutsche, Polen und Tschechen in diesem Dreistaateneck immer wieder zusammen und erlaubt viele Perspektivwechsel des Alltags. Sie alle münden stets in der Frage: Wieso lebte dieser oder jener eigentlich genau hier? *Till Scholtz-Knobloch*

TRADITIONSPFLEGE

Die 42er, ein pommersches Regiment

Eine legendäre Militäreinheit – Vom „alten Dessauer“ über Blücher, Schill und Wallenstein bis heute

VON TORSTEN SEEGERT

Im Süden der Insel Rügen liegt Groß Stresow. Hoch über dem kleinen alten Fischerdorf thront der Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. auf einer über 15 Meter hohen Säule – eine Landmarke. Unterhalb dieser steht der Nachbau des „Verräterhauses“, von dem schon der Rüganer Ernst Moritz Arndt zu berichten wusste.

Der Legende nach hatte Johann Meußling hier auf dem Dach des ursprünglichen „Rookhuses“ ein weißes Laken gespannt, um eben jenem legendären preußischen König die Navigation und Landung in der Stresower Bucht zu ermöglichen. Der Preuße nahm die „Einladung“ dankend an und schlug am 15. November 1715 mit 20.000 bis 24.000 Soldaten unter der Führung des „alten Dessauers“ die Schweden in die Flucht.

An diesen militärgeschichtlich bedeutenden Ort Rügens luden nun am 18. September 2024 die Traditionsträger des 5. Pommerschen Infanterie-Regiments Nr. 42 zu einem Vortrag über Stralsund als Garnisonsstadt und die Geschichte des fest mit der Region verbundenen Regiments ein. Nils Kujath wurde dazu von zwei Kameraden der Traditionsträger begleitet. Diese hatten auch Ausstellungsstücke aus der Sammlung des 42er-Regiments mitgebracht.

FOTO: ANDREAS SPRINGER

Vor dem Jagdschloss Granitz auf Rügen: Die Traditionsträger der 42er, perfekt in Szene gesetzt durch den Reenactment-Fotografen Andreas Springer. Diese Fotografen haben sich auf die Inszenierung und Nachstellung historischer Ereignisse spezialisiert

Die Preußen und die Schweden

Gleich zu Beginn machte Kujath, der selbst mehrfach als Bundeswehrsoldat im Afghanistaneinsatz gewesen ist, darauf aufmerksam, dass es ihm und seinen Kameraden bei der Traditionspflege keineswegs um Kriegsverherrlichung gehe, sondern darum, das Andenken an die „42er“ als Teil der Regionalgeschichte zu bewahren. Dieser ehrenamtlichen Selbstverpflichtung kommen die Kameraden vor allem durch die Aufarbeitung der Regimentsgeschichte und der Pflege von Denkmälern, wie der Sternschanze auf dem Dänholm und Grabmalen nach.

Weitaus populärer, aber seltener, sind die Auftritte der „42er“ in ihren historischen Friedensuniformen. Ob zu internationalen Gedenkveranstaltungen oder historischen Festtagen wie dem Schweriner Schlossfest, zum Volkstrauertag oder alle zwei Jahre im Rahmen eigener Veranstaltungen anlässlich historischer Ehrentage des Regimentes.

Die Soldaten mit ihren Pickelhauben machen so natürlich etwas her und sind daher begehrte Fotomotive. Dabei können es die Traditionsträger durchaus mit Filmstars wie Hardy Krüger aufnehmen, der in der Kriegskomödie „Die Gans von Sedan“ von 1959 einen 42er darstellte. Regelmäßig werden die Kameraden von Damen in historischen Kleidern der Epoche begleitet.

Doch zurück zum Regiment und der Garnisonsgeschichte: In Stralsund, der alten Festungsstadt, die mit dem Widerstand der Stralsunder gegen Wallenstein im Dreißigjährigen Krieg oder der Belagerung durch den Soldatenkönig im Nordischen Krieg, aber auch durch den Aufenthalt des „Marschall Vorwärts“ (von Blücher) und dem Tod des Offiziers Ferdinand von Schill während der napoleonischen Epoche verbunden ist, wurden die „42er“ am 5. Mai 1860 zunächst als 2. Kombiniertes Infanterieregiment aufgestellt. Zwei Monate nach Aufstellung hatte man dieses dann zum 5. Pommerschen Infanterie-Regiments Nr. 42 umgegliedert. Die Zugehörigkeit zum Regiment war äußerlich durch Schulterklappen mit der Ziffer „42“ auszumachen. Ab 1890 wurde durch allerhöchste Kabinettsorder (AKO) die weiße Grundfarbe für die Bataillonsfahnen und Schulterstücken, entsprechend der festen Farbzuordnung zum Armeekorps festgelegt.

Regionalgeschichte bewahren

In der Friedensgliederung gehörten die „42er“ zum 2. Armeekorps in Stettin. Dieses bestand jedoch aus zwei Divisionen – der 3. Division und der 4. Division. Die 3. Division wiederum gliederte sich in zwei Infanterie- und eine Kavalleriebrigade. 1880 wurde den „42ern“ der Ehrenname „Prinz Moritz von Anhalt-Dessau“ verliehen, da sie ihre Wurzeln in Landwehrbataillonen hatte, die ursprünglich zum altpreußischen Infanterieregiment Nr. 22 gehörten, welches von eben jenem Monarchen und Feldherrn geführt wurde.

Seine Feuertaufe erlebte das Regiment während des Preußisch-Österreichischen Krieges von 1866. Nach dem Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 gehörte das Infanterie-Regiment Nr. 42 bis 1886 zu den Besatzungstruppen ins lothringische Metz. Anschließend erfolgte die Rückverlegung in die alten Garnisonen Stralsund und Greifswald. Hier befanden sich nach dem Garnisonsausbau durch Preußen neue Kasernen wie die Infanteriekaserne am Frankendamm, auch Frankenkaserne genannt. Noch heute prägen alte Militärbauten aus dieser Zeit Teile des Stadtbilds von Stralsund, so das Garnisonslazarett am neuen Markt. Der Bau, aus Steinen regionaler Ziegeleien errichtet, zeigt auch die wirtschaftliche Bedeutung des Militärstandortes. Die Frankenkaserne wurde während der Bombardierung am 6. Oktober 1944 schwer beschädigt und später abgebrochen.

Viel zu wenig Beachtung findet heute, dass die „42er“ Teil des öffentlichen Lebens waren. So trugen Schneidereien und Schuster Sorge für die Einkleidung, Stellmacher, Tischler und Böttcher fertigten Gebrauchsgegenstände, die Landwirtschaft aus der Region belieferte die Garnison mit Lebensmitteln. Die Militärkapelle der „42er“ spielte öffentlich bei Festtagen in der Stadt oder auch in Gartenlokalen und Gaststätten auf.

Wirtschaftliche Bedeutung

Die „42er“ selbst rekrutierten sich zu zwei Dritteln aus Männern der Insel Rügen und des pommerschen Festlandes. Dieses enge Verhältnis zwischen Regiment und Einwohnern zeigt sich auch auf alten Fotos, Zeitungsartikeln, Reservistika oder Vereinsgegenständen von Ehemaligenvereinen, die von der lebenslangen Identifikation mit dem Regiment zeugen. Wie weit diese Bindung reichte, lässt sich an einem Foto zum 100. Jubiläum der Aufstellung des 5. Pommerschen Infanterie-Regiments Nr. 42 im Jahr 1960 feststellen. In Hannover trafen sich damals Veteranen der „42er“, um sich an ihre gemeinsame Zeit in dem nach dem nach dem Ersten Weltkrieg aufgelösten pommerschen Regiment zu erinnern und damit ihre lebenslange Bindung zu bekräftigen.

Für die an die 50 Gäste der Veranstaltung in Groß Stresow war dieser Vortrag über die regionale Geschichte des mit Rügen eng verbundenen Regiments sicher etwas Neues. Die Traditionsträger der „42er“ freuten sich vor allem über die große Resonanz.

HINTERPOMMERN

Wo Max Pechstein einst Urlaub machte

Fischerdorf Rowe – Ein verträumter, an der Ostsee gelegener Ort, umgeben von Wanderdünen und Wald

Rowe [Rowy], einst ein kleines Fischerdorf, fand 1282 mit der Bezeichnung Rou erstmalige Erwähnung. Der Ort liegt auf einer kleinen Landzunge zwischen der Mündung des Flüsschens Lupow, das hier in die Ostsee fließt und dem Garder-See. Es ist nach historischer Bezeichnung ein Haufendorf. 1350 wurde der Ritter von Bartowitz mit dem Heringsfang in Rowe belehnt. Eine wechselvolle Geschichte wurde dem Dorf beschert, das zum Landkreis Stolp im Regierungsbezirk Köslin gehörte.

Ab der Wende zum 20. Jahrhundert gab es hier die ersten Badegäste. Wegen seiner verwunschenen Atmosphäre und der reizvollen Motive der Wanderdünen entwickelte sich eine Künstlerkolonie. Max Pechstein und Karl Schmidt-Rottluff, Mitglieder in der in Dresden gegründeten Künstlervereinigung „Brücke“, fanden hier zahlreiche Motive. Pechstein verlebte von 1927 bis zum Krieg die Sommer in dem beschaulichen Dorf. Er schrieb dazu: „ … vielleicht ist es auch ganz gut, wenn ich hier allein an einem Ort sitze, wo ich mich mit Vielem auseinandersetzen kann, ohne gestört zu sein.“

FOTO: RZEKA LUPAWA/WIKIMEDIA

Malerisch am Ufer der Lupow gelegen: die einstige Künstlerkolonie Rowe

Wenn die Sommersaison vorbei ist, wird der Ort wieder zu einem verträumten, ruhigen Ort, der sich auch gerne als „Tor zum Slowinzischen Nationalpark“ bezeichnet. *Brigitte Stramm*

MELDUNGEN

Skane-Jet-Aus, Kühe und Oktoberfest

Stettin – Vom 26. September bis zum 15. Oktober gilt für die Oder ein Angelverbot. Erlassen wurde dieses aufgrund des verschmutzten Hochwassers, welches die Flutwelle mit sich zieht. Ein Befahren der Deiche ist ebenfalls untersagt. Zu ersten Straßensperrungen kam es im Kreis Greifenhagen. *TS*

Rügen – Der „Skane Jet“ Sassnitz-Trelleborg (zweieinhalb Stunden Überfahrt) wird nach vier Jahren wegen erhöhter Kosten eingestellt. Er war Nachfolger der seit 1909 existierenden „Königslinie“ zwischen Schweden und Deutschland, die bis 2020 durch Stena-Line betrieben wurde. *TS*

Swinemünde – Der „Polenmarkt“ von Swinemünde steckt in der Krise. Steigende Kosten und sinkende Einnahmen treiben derzeit die Händler von Textilien, Lebensmitteln und Zigaretten um, ein „Kampf ums Überleben“. Der beliebte Markt zieht jährlich zehntausende deutsche Gäste an. *TS*

Loitz/Demmin – Am vergangenen Wochenende wurde der von der Kirche zur Märtyrerin erklärten Brigitta Irrgang gedacht. Vor 70 Jahren wurde die damals elfjährige Katholikin und Tochter einer Vertriebenenfamilie aus den Karpaten von einem Sexualstraftäter erwürgt. *TS*

Bütow – Wie in der vergangenen Woche bekannt wurde, ist der Bau einer Schnellstraße von Stolp über Bütow und Konitz bis Bromberg im Gespräch. Befürworter sind auch der Stadtrat von Stolp sowie der in Stolp geborene ehemalige Staatssekretär und Europaabgeordnete Piotr Müller (PiS). *TS*

Greifswald – Seit dem 23. September können Einheimische und Gäste die historische Innenstadt von Greifswald mit dem „Greif-Express“ entdecken. Die elektrische Wegebahn bietet noch bis Ende Oktober ihre 45-minütigen Touren in der Zeit zwischen 10 und 15.30 Uhr an. *TS*

Stolp – Erstaunliche Bilder verbreiteten sich am 27. September in den sozialen Netzwerken. Kühe grasten in den städtischen Parkanlagen (Am Bismarckplatz) und machten es sich neben Parkbänken gemütlich. Die Herde war ausgebüxt und wurde wieder auf die Weide getrieben. *TS*

Barth – Noch bis Ende Oktober lädt die Reederei Poschke zu ihren alljährlichen Kranich-Expeditionen ein. In der pommerschen Boddenlandschaft grasen etwa 80.000 Kraniche auf ihrem Flug in den Süden. Kranichexperten geben fundierte Informationen über diese majestätischen Vögel. Die Schiffe kommen den Tieren nah, ohne sie zu stören. Abfahrten erfolgen von den Häfen Zingst, Prerow, Barth und Stralsund. *TS*

Stettin – Vom 4. bis 6. Oktober findet das inzwischen zur Tradition gewordene Oktoberfest am Königsplatz [pl. Żołnierza Polskiego/Blumenallee] statt. Auf dem Treffpunkt der Craft-Brauereien werden auch verschiedene Bier-Neuheiten vorgestellt. Erstmals wird die Destillerie Sedina an der Veranstaltung teilnehmen. Außerdem werden Konzerte, Quizspiele mit Preisen, Vorträge sowie der beliebte „Bierspaziergang“ angeboten. *BS*

„Keine Vertrauensbasis für jetzt und die Zukunft“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„Herrlich, dass Sie einmal einen lehrreichen und wertvollen Blick über den Tellerrand nach Japan geworfen haben“

Nathalie Riegert, Nürnberg
zum Thema: Neugeboren im Onsen (Nr. 37)

Preußische Allgemeine
Einstürzende Altbauten
Der eigentliche Schritt steht der Union noch bevor

Ausgabe Nr. 38

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

VERDIENTER NIEDERGANG?

ZU: DEUTSCHLAND STEHT VOR EINEM „HERBST DER ENTSCHEIDUNGEN“ (NR. 39)

Mit oder ohne Ausstieg jetzt: Die FDP hat ihre Daseinsberechtigung als Wahrerin der Freiheitsrechte der Bürger und Verfechterin der Marktwirtschaft verloren. Sie hat als Teil der Ampel aktiv an der Demontage der Grundfesten des Landes mitgewirkt und gehört dafür in den politischen Hades. *Sven Rothe, Gera*

IGNORIERTE WÄHLERSTIMMEN

ZU: „DIE REGIERUNG WIRFT NEBELKERZEN“ (NR. 39)

Zu Ihrem Interview mit Herrn Christoph de Vries: Wieso sind rechte Parteien und Menschen, die den Ausländerstrom eindämmen wollen und Mörder des Landes verweisen, sofort rechtsradikal? Nur weil sie nationale Interessen haben und im eigenen Land nicht als Freiwild gelten wollen? Der Linksradikalismus ist schon so weit gediehen, dass die etablierten Parteien uns das Denken verbieten. Damit muss endlich aufgeräumt werden.

Eine CDU, die mit Linken und dem BSW koaliert, ist für mich unwählbar. Menschen mit nationalem Bewusstsein können doch nur „rechte“ Parteien wählen. Es ist ein eigenartiges Verständnis von Demokratie, wenn 30 Prozent von Volkes Stimme ignoriert werden. Die Demokratie ist in höchster Gefahr durch Aktionen der „etablierten“ und nicht durch die „alternativen“ Parteien. Auch ich will keine Migranten hier, die morden und sich überhaupt nicht integrieren wollen. *Gereon Backmann, Neubiberg*

EMANZIPATION VON MERKEL

ZU: DER EIGENTLICHE SCHRITT STEHT DER UNION NOCH BEVOR (NR. 38)

PAZ-Chefredakteur René Nehring bringt es auf den Punkt, wenn er darauf hinweist, dass die CDU sich nun auch glaubwürdig von der Ära Merkel emanzipieren müsse. Denn aus der CDU sollte endlich wieder eine – tatsächlich – „konservative“ Partei werden.

Mit dem links-grünen Schwenk unter Kanzlerin Merkel erlitt die CDU nicht nur einen schmerzhaften Mitglieder- und Wählerverlust, sondern auch Deutschland und Europa gerieten mehr und mehr in Schieflage. Als 2014 der Ukrainekonflikt eskalierte, war Helmut Kohl in großer Sorge um Europa und wandte sich noch einmal mit einem Friedensappell an die Öffentlichkeit, und dies sogar gemeinsam mit Helmut Schmidt.

Mit Blick auf das wieder hervorragende Gespräch mit General a. D. Harald Kujat über den gefährlich-unsinnigen Ukrainekrieg in derselben *PAZ*-Ausgabe erwarte ich von einer konservativ erneuerten CDU auch, dass sie sich von lautstarken, eskalationsbereiten, antirussischen Kriegsbefürwortern trennt. *Ottfried Wallau, Siegburg*

GRÜNES WUNSCHDENKEN

ZU: ALLERFEINSTE GROBMOTORIK (NR. 38)

Bekanntlich werden in der Außenpolitik die Weichen für Frieden und Wohlstand gestellt, weshalb ausgewogene Beziehungen zu anderen Staaten so enorm wichtig sind. Diese ausgewogenen Beziehungen zu anderen Staaten, wie sie Deutschland früher einmal hatte, waren von wirtschaftlichen und nationalen Interessen anstatt von „moralischen Werten“ bestimmt.

Die Aufgabe dieser traditionellen und auf Ausgleich basierten Außenpolitik zugunsten einer „feministischen Außenpolitik“ hat unser Land massiv Wohlstand und Glaubwürdigkeit im In- und Ausland gekostet. Annalena Baerbocks Bock, den chinesischen Präsidenten Xi Jinping als „Diktator“ zu titulieren, ist der internationalen Diplomatie absolut unwürdig. Gerade die deutsche Wirtschaft ist auf gute Beziehungen zur Volksrepublik China angewiesen, was der Außenministerin völlig egal zu sein scheint. Sollte sie dabei nicht eigentlich die Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten fördern und die Position deutscher Unternehmen in China stärken?

Von einer pragmatischen Betrachtung der außenpolitischen Situation Deutschlands durch Baerbock kann keine Rede sein, wie es ihre offene Weigerung zeigt, endlich diplomatische Verhandlungen mit den Taliban in Afghanistan oder der Assad-Regierung in Syrien über die Rücknahme von deren Staatsbürgern in Deutschland aufzunehmen.

Sie hält dogmatisch am Mantra einer „grünen“, „werteorientierten“ Außenpolitik fest, obwohl genau diese sämtlichen Interessen des Landes zuwiderläuft. Dann ist es nur logisch, wenn die deutsche Außenpolitik in der Welt an Gewicht und Einfluss verliert, weil andere Staaten mit Vernunft und Pragmatismus ihre Position und Stärke zu vermehren wissen.

Aber von so viel Realismus möchte man im grünen Elfenbeinturm lieber nicht behelligt werden, wo man sogar noch an ein „grünes“ Wirtschaftswunder und an einen „Sieg“ Kiews über Russland glaubt. *Marcel Jacobs, Hamburg*

BAD NIPPON

ZU: NEUGEBOREN IM ONSEN (NR. 37)

Kein Wunder, dass Japaner so alt werden. Wegen der vielen Thermalbäder dort ist das ganze Land ein einziger Kurort. Natürlich nur außerhalb der Großstädte. *Monika Schmitz, Kaiserslautern*

MONARCHIE HAT AUSGEDIENT

ZU: „ICH BIN BEREIT, WENN MAN MICH RUFT“ (NR. 37)

Die Wiedereinführung der Monarchie in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg? Wer hätte das danach noch ernsthaft gewollt? Die Monarchie hat Deutschland in den Ersten Weltkrieg geführt und ist gescheitert. Damit hat sie sich endgültig disqualifiziert. Ihre einzige Großtat war die Abdankung des Kaisers, der damit einen Bürgerkrieg verhinderte. *Andreas Völz, Ludwigsburg*

EINE MASSENVERBLÖDUNG

ZU: RÜBEZAHL MIT SCHWERER KOLIK (NR. 35)

Leider ist es so, dass bereits der Titel des „Reiseseminars“, die Dauer, die große Anzahl von vier Begleitpersonen sowie die im „Gender“-Stil verfasste Reisebeschreibung bei einem (für heutige Verhältnisse) äußerst niedrigen Reisepreis von 240 Euro darauf verweisen, welche woken Kräfte bei der Gestaltung der Reise Regie führen. So werden wieder Steuermittel für Propaganda und Massenverblödung verschleudert, um den Generationen, die ohnehin durch immer größere Wissenslücken geprägt sind, noch mehr ideologisches Stroh in die Köpfe zu hämmern – mit dem einzigen Ziel, die eigene Geschichte zu verunglimpfen. *Manfred Kristen, Freital*

DIE VERZEIHUNG BLEIBT AUS

ZU: FEUERSTURM IN KÖNIGSBERG (NR. 34)

Ein hilfreicher Artikel, der an Kriegsverbrechen erinnert, die in Deutschland bis heute umgedeutet, relativiert und vergessen werden. „Bomber-Harris“, der für die Flächenbombardements verantwortliche Oberbefehlshaber des RAF Bomber Command Sir Arthur Travers Harris, selbst wird im Vereinigten Königreich durch eine Statue immer noch geehrt – für die Ermordung von Frauen und Kindern.

Nicht einmal 80 Jahre danach können sich die Sieger kritisch zu ihren Untaten stellen oder gar um Verzeihung bitten. Wenn aber Völker und Regierungen die Verantwortung für all ihre Handlungen (auch für vergangene) nicht vollständig überprüfen und annehmen, gibt es keine wirkliche Vertrauensbasis für jetzt und die Zukunft. *Wolfgang Wilhelm, Stutensee*

ANZEIGE

Die heilende Kraft des molekularen Wasserstoffes
Wie das kleinste Molekül Ihre Gesundheit revolutionieren kann

Suchen Sie ein geniales Heilmittel, das in der Lage ist, zu unterscheiden, wann und wo es aktiv werden muss und in welche Richtung diese Aktivität gehen soll? Diese Fähigkeit haben nur Adaptogene – Pflanzen, die über die Intelligenz verfügen, immer nur in die Richtung zu wirken, in der etwas ausgeglichen werden muss. Das tun sie so lange und genau mit der richtigen Intensität, bis das Gleichgewicht im Körper – und in der Seele – wiederhergestellt ist. Molekularer Wasserstoff ist zwar keine Pflanze, er kommt aber in der gesamten Natur vor. Anders als adaptogene Pflanzen besitzt er spezielle Eigenschaften, die ihn zu einem überlegenen Heilmittel und einem ebenso überlegenen Antioxidans machen. Lassen Sie sich überraschen!

»Gleichgewicht ist die Grundlage des großen Werkes.«
Aus der Alchemie

Molekularer Wasserstoff ist eine sanfte Medizin. Die ihm innewohnende Intelligenz ist in der Lage, an den richtigen Stellen und im richtigen Maß Ungleichgewichte auszugleichen. Dank dieser besonderen Fähigkeit übt er einen wunderbar harmonisierenden Einfluss auf den Körper und in der Folge auch auf Geist und Psyche aus. Er kann Ihnen dabei helfen, mit der Zeit in einen natürlichen Gleichgewichtszustand zu gelangen.

Unermüdlich wirkt molekularer Wasserstoff schädlichen Einflüssen und Erkrankungen entgegen und hilft, Stress und Schadstoffe abzubauen. Er stimmt den Organismus um und wirkt in Richtung Ausgleich in allen Körpersystemen. Zudem sorgt er für einen ausgeglichenen Säure-Basen-Haushalt und leitet Giftstoffe aus. **Besonders wichtig ist molekularer Wasserstoff im Zellstoffwechsel,** da er aufgrund seiner minimalen Größe bis hinein in den Zellkern gelangen kann. Selbst die Blut-Hirn-Schranke kann er leicht durchdringen und seine heilsamen Wirkungen im Gehirn entfalten.

Zu diesen Wirkungen zählt auch, dass er Entzündungen vermindert und dabei hilft, neurodegenerativen Krankheiten vorzubeugen. Molekularer Wasserstoff regeneriert Zellen und Mitochondrien, liefert Energie und stellt Elektronen bereit, die oxidativem Stress entgegenwirken.

Erst in neuerer Zeit hat sich die Forschung seinem Heilungspotenzial zugewandt. Die Studienlage belegt: Gesunde können ihre Gesundheit mit molekularem Wasserstoff erhalten, Kranke können sie ganz oder weitgehend zurückgewinnen. In jedem Fall bewirkt er eine deutliche Verbesserung der Gesamtsituation.

Brigitte Hamann: Praxisbuch molekularer Wasserstoff • gebunden • 208 Seiten • durchgehend farbig illustriert • Best.-Nr. 991 240 • 18,– €

ST. MARTIN UND OSWALD

Das schwäbische Sankt Peter

Halb so groß wie der Petersdom, aber doppelt so wichtig für Weingarten – Vor 300 Jahren wurde die „überragende“ Basilika geweiht

VON VEIT-MARIO THIEDE

Ein 35 Millimeter langes und zwei Millimeter breites Stäbchen mit blutgetränkter Erde hat den Bau der größten Barockkirche nördlich der Alpen veranlasst. Ihre Weihe erfolgte vor 300 Jahren. Weithin sichtbar überragt die auf dem Martinsberg stehende ehemalige Klosterkirche das oberschwäbische Städtchen Weingarten.

In der zur Weihe herausgegebenen Festschrift heißt es: „Sihe und betrachte gegenwärtigen Wunderbau und neu aufgestellten Tempel; diesen hat Sebastianus in seinem Weingarten dem (...) in (...) seinem allerkostbarsten Blut- und Hertzens-Tropffen ruhenden“ Christus gewidmet. Bauherr der für die Aufbewahrung der Heilig-Blut-Reliquie errichteten Kirche war Abt Sebastian Hyller. Ihre Weihe fand am 10. September 1724 statt, gefolgt von einer Jubelwoche mit Festpredigten.

300 Jahre später wird die Kirchweihe mit einem Festmonat vom 10. September bis 6. Oktober begangen. Bei Baustellenführungen gelangen die Besucher sogar in Bereiche, die ihnen sonst unzugänglich sind. Zum Beispiel kann man den Dachstuhl begutachten. Und „endlich ist die von Verständigen vielfältig gelobte und hochgepriesene Fresco-Malerey nicht zu vergessen“.

Dank Baugerüsten kann man einige der Deckenfresken aus nächster Nähe betrachten. Sie sind Cosmas Damian Asams erstes und mit 1100 Quadratmetern größtes Meisterwerk. Die katholische Pfarrkirche St. Martin und Oswald, zugleich Wallfahrtskirche zum kostbaren Blut Christi, wird bis Ende 2028 abschnittsweise einer Gesamtinstandsetzung unterzogen.

Nach dem stufenreichen Aufstieg zum Vorplatz der Kirche steht man vor der aus Rorschacher Sandstein nach dem Entwurf des Baumeisters Donato Guiseppe Frisoni erbauten Westfassade. Zwischen den beiden Türmen wölbt sich der Portalbau vor. In der mittleren Nische des Schaugiebels steht die Statue der Madonna mit dem Kind. Darüber funkelt die dem Giebel aufgesteckte, vergoldete und stark vergrößerte Nachbildung des Heilig-Blut-Reliquiars. Die Kirche bildet die Mittelachse der ehemaligen Klosteranlage.

FOTO: THIEDE

Ein gewölbter Portalbau: Die nach römischem Vorbild überragende Kuppel charakterisiert den Sakralbau St. Martin und Oswald

Nach römischem Vorbild wird die Kirche von einer Kuppel überragt, deren Scheitelhöhe bei 66,8 Metern liegt. Das Bauwerk ist auch als „Schwäbisches Sankt Peter“ bekannt, weil es mit einer Länge von 102 Metern und einer Gewölbehöhe von 26,6 Metern etwa halb so lang und hoch wie der Petersdom von Rom ist.

Im strahlend weißen Kirchenraum kommen Cosmas Damian Asams farbenprächtige Deckenfresken und die aus buntem Stuckmarmor errichteten Altäre eindrucksvoll zur Geltung. Zu Füßen des Sebastiansaltars liegt Abt Hyller bestattet. Der Bauherr der heutigen Basilika ließ den romanischen Vorgängerbau des von Welf IV. anno 1056 gestifteten Benediktinerklosters abtragen. In dessen westlichem Teil befand sich die Grablege von neun Männern und Frauen aus dem Geschlecht der Welfen. Für sie ließ Abt Hyller im nördlichen Querarm seines Neubaus eine Gruft einrichten.

Schwungvolle Stuckfiguren

Die normalerweise den Kirchenbesuchern verschlossene Welfengruft ist während des Festmonats bei öffentlichen Führungen zugänglich. Ebenso der Chor, dessen Gestühl von 1720/21 als erstes Hauptwerk des Bildschnitzers Anton Feuchtmayer gilt. Auf dem Chorgestühl stehen Feuchtmayers Figuren des heiligen Benedikt, seiner Schwester Scholastika sowie seiner Schüler Placidus und Maurus. Diese äußerst schlanken Asketen haben die Köpfe schief gelegt und wirken stark bewegt.

Ähnlich schwungvoll präsentieren sich die von Diego Carlone geschaffenen weißen Stuckfiguren des Hochaltars, dem die Besucher während des Festmonats ausnahmsweise bei Führungen ganz nahe kommen dürfen.

Im Schnittpunkt von Vierung und Chor befindet sich die Heilig-Blut-Reliquie. Sie liegt in dem rot-weißen, 1931 hergestellten Heilig-Blut-Altar hinter Panzerglas auf einem roten Paradekissen, umgeben von ihrem Reliquiar aus 14-karätigem Gold. Das mit Brillanten, Rubinen, Saphiren und Smaragden geschmückte Reliquiar besteht aus einem kleinen Kreuz mit der emaillierten Darstellung des Gekreuzigten, aus dessen Seitenwunde Blut schießt. Das kleine Kreuz sitzt auf einem größeren, in dessen Zentrum sich ein Bergkristall befindet, der die Heilig-Blut-Reliquie umschließt.

Dieses Reliquiar von 1956 ist drei Vorgängern nachempfunden. Das älteste ließ Abt Berthold 1206 anfertigten. Dieses und das von Abt Hyller gestiftete existieren nicht mehr. Nachdem das aufgelöste Kloster Weingarten und sein Besitz 1806 an das Königreich Württemberg gefallen waren, zog dessen Finanzverwaltung 1809 das wertvolle Reliquiar ein und gab der katholischen Kirchengemeinde als Ersatz eine Nachbildung aus vergoldeter Bronze.

Beim Blutritt, der alljährlich am Freitag nach Christi Himmelfahrt stattfindet, verlässt die Reliquie für fünf Stunden in den Händen des als Heilig-Blut-Reiters fungierenden Pfarrers die Kirche. Ihm folgen beim Ritt durch Weingarten und die umliegenden Felder mehr als 2000 Reiter. Bei der größten Reiterprozession Europas dürfen nach dem Beschluss des Gemeinderats von 2020 auch Frauen mitreiten.

Aber wie kam die Heilig-Blut-Reliquie überhaupt nach Weingarten? Davon erzählen zwei Deckenfresken Asams. Das eine zeigt den neben dem Kreuz stehenden Christus, dessen Blut aus seiner Seitenwunde im hohen Bogen auf Longinus spritzt. Der hatte ihm die Seitenwunde versetzt. Seiner Legende zufolge wurde er bekehrt und nahm mit Christi Blutstropfen getränkte Erde von der Hinrichtungsstätte Golgatha an sich.

Auf Asams Fresko präsentiert Longinus das auf dem roten Paradekissen liegende Heilig-Blut-Reliquiar den Kirchenbesuchern. Das andere Fresko zeigt Welf IV. mit seiner Gattin Judith von Flandern, die das Heilig-Blut-Reliquiar in der Rechten hält.

Der Legende zufolge begab sich Longinus mit der Reliquie nach Mantua, wo sie 1048 ein Blinder wieder auffand. Die mit Blut getränkte Erde teilten der Herzog von Mantua, Papst Leo IX. und Kaiser Heinrich III. unter sich auf. Der Kaiser vererbte seinen Anteil Graf Balduin V. von Flandern. Der vermachte ihn Judith. Von ihr wiederum erbten Abt und Konvent des Klosters Weingarten am 5. März 1094 die Heilig-Blut-Reliquie.

● **www.300jahrebasilika.de**

SAMMLUNG

Fernab von Stereo und kratzerfreiem Digitalklang

Charleston und Foxtrott mit 78 Umdrehungen in der Minute – Der Sammler Peter Bauer besitzt etwa 11.000 Schellack-Platten

Schon als Zwölfjähriger, Mitte der 70er Jahre, war Peter Bauer von Schellack-Musik begeistert. Ein halbes Jahrhundert später hat der Bayer etwa 11.000 Schellack-Platten, die zum größten Teil Stücke beinhalten, die seinen musikalischen Vorlieben entsprechen.

Anfang der 90er Jahre arbeitete Bauer in Mailand. Auf einem Flohmarkt in Genua entdeckte er Schellacks des legendären Tenors Enrico Caruso und kaufte 20 davon. Und der Flohmarkt-Liebhaber entdeckt auf diesen Märkten immer öfter solche Platten, bis letztlich, angesichts von bald 500 Stück in den heimischen Regalen, seine Sammelleidenschaft endgültig entflammt. Mit rund 600 Exemplaren kehrte er Ende 1993 nach Regensburg zurück und knüpfte Kontakte zu anderen Sammlern.

Seine Sammelleidenschaft gilt in erster Linie drei Schwerpunkten: 80 Prozent machen Foxtrott- und andere Tanzmusik (Shimmy, Blues, Six Eight) sowie Couplets (Otto Reuter, Karl Valentin, Weiß Ferdl) der Jahre 1925 bis 1949 aus. Zehn Prozent sind Rock ’n’ Roll-Titel, die von 1953 bis 1960 zunächst nur auf Schellacks, dann parallel auf Vinylplatten veröffentlicht wurden. Das restliche Zehntel sind originelle Aufnahmen aus den 50er Jahren etwa von Paul Kuhn oder Evelyn Künnecke. „Bis 1950 gab es in Deutschland viele gute Tanz- und Jazzbands“, stellt der Sammler fest, der seit Beginn der 90er Jahre Schellacks nicht nur ankauft, sondern auch tauscht.

FOTOS (2): BAUER

Peter Bauer vor seiner Regalwand

Einem richtigen Sammler geht es aber nicht nur um die schwarzen Scheiben. „Zu jeder Platte gehört die richtige Hülle mit dem Namen der dazugehörenden Plattenfirma. Und natürlich muss auch die Zeit passen“, erklärt Bauer. Um diese Fakten zu recherchieren, gehören spezielle Bücher und Kataloge zu verschiedenen Genres zur Ausstattung. Gerne liest Bauer auch Bücher über die von ihm bevorzugten Orchesterleiter und Musiker.

Vom Filmplakat aufs Cover

Darüber hinaus gab es kleine Aufkleber der Plattenlabels. Hier ist der frühere Banker stolz auf Exemplare früherer Regensburger Musikhäuser, die Sonderpressungen namhafter Plattenfirmen veröffentlichten und dann mit ihrem Aufkleber versahen. Da es im Schellack-Zeitalter noch keine Plattencover mit Fotos der Sänger und Ensembles gab, versucht Bauer Bilder von diesen aufzutreiben. Fündig wird er oft bei Sammelbildern, wie es sie in früheren Jahrzehnten regelmäßig gab. Beim Aspekt „Bilder“ seien noch Filmplakate erwähnt, denn oft sangen bekannte Schauspieler und Stars wie Marlene Dietrich, Hans Albers, Willi Forst oder Willy Fritsch die Lieder aus den Filmen auf den Schellack-Platten.

Eine in Berlin verlegte Schellack von 1905

Während Bauer die Schellacks früher am liebsten auf einem seiner Grammophone laufen ließ und anhörte, legt er sie heute meistens auf einem Plattenspieler auf. Die Nadel am Tonabnehmer hat er sich eigens in England für diesen Zweck anfertigen beziehungsweise schleifen lassen. Damit lässt sich der Schellack-Sound bestens wiedergeben.

Zu fast jeder Platte kann er etwas erzählen. Sei es der Umgang mit Swing-Musik im Dritten Reich, die Aufnahmetechniken oder Interessantes über seine favorisierten Musiker und Sänger.

Hochgerechnet auf das Gesamtangebot an Schellack-Platten interessieren Bauer nur etwa fünf Prozent. Und aktuell gibt es ein neues Sammelgebiet: Kammersänger und Hofopernsänger aus der Schellack-Frühzeit. Da wird das Sammeln wieder intensiviert. *Markus Bauer*

FÜR SIE GELESEN

Scheidung auf Schwedisch

Bea schätzt sich glücklich. Sie blickt auf eine 30-jährige Ehe mit Niklas zurück. Ihre Zwillingstöchter Alexia und Alma haben sich mit ihren 16 Jahren zu Teenagern entwickelt, die ihren unterschiedlichen Interessen nachgehen. Bea, die nach der Erziehung ihrer Kinder eine Tätigkeit beim Roten Kreuz aufgenommen hat, geht völlig in der Planung ihrer neuen Küche in ihrer Stockholmer Wohnung auf und bemerkt nicht, dass ihr Mann, der als Chefarzt an einer neuen Klinik arbeitet, sich immer mehr von ihr entfernt. Kurz bevor die Familie zu ihrem Urlaub nach Gotland aufbrechen will, wo sich die gesamte Verwandtschaft jährlich im Ferienhaus von Niklas' Eltern trifft, kommt es zum Eklat. Niklas verlässt die gemeinsame Wohnung und verlangt die Scheidung.

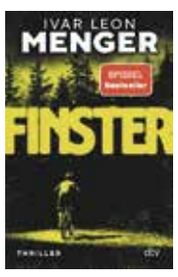
In ihrem Roman „Scheidung" lässt die schwedische Erfolgsautorin Moa Herngren ihre Romanhelden jeweils aus ihrer Sicht die Ereignisse schildern. Minutiös zeigt sie dabei die Entwicklungen auf, die schließlich zum Unvermeidlichen führen. Unterschiedliche Empfindungen, Konfliktvermeidung, eine festgefahrene Familienkonstellation sowie berufliche Unzufriedenheit treten zu Tage. Der Erzählstil ist flüssig, hat jedoch Längen. *MRK*

Moa Herngren: „Scheidung", Kein & Aber Verlag, Zürich/Berlin 2024, gebunden, 401 Seiten, 24 Euro

Ein spannender Thriller

In Katzenbrunn, einem kleinen Dorf im Odenwald, liegt der Hund begraben. Einzige Höhepunkte sind die psychiatrische Klinik im Ort und die mysteriösen Vermisstenfälle mehrerer Jungen aus dieser Gegend. Auch 1986 ist wieder ein 13-Jähriger nicht nach Hause gekommen. Allerdings wurden auch keine Leichen gefunden. Der pensionierte Kommissar Stahl, der bereits 1976 vergeblich versucht hatte, einen verschwundenen Jungen zu finden, macht sich auf nach Katzenbrunn. Der Fall lässt ihm keine Ruhe, und Zeit hat er als Rentner genug. Die Ermittlung ist nicht einfach, denn die Dorfbewohner zeigen sich verschlossen. Dann verschwindet erneut ein Junge.

Ivan Leon Mengers Thriller „Finster" erzählt in kurzen Kapiteln im Wechsel von den Erlebnissen und Gedanken der verschwundenen Jungen, des Kommissars, des Klinikpersonals und der Dorfbewohner. Eine ungewöhnliche, aber sehr berührende und spannende Erzählweise. Ein Buch, das spielend das Fernsehprogramm ersetzen kann. „Finster" ist der dritte Thriller des Schriftstellers und Regisseurs Menger. *Angela Selke*



Ivar Leon Menger: „Finster", Dtv, München 2024, Taschenbuch, 380 Seiten, 13 Euro

GESUNDHEIT

FOTO: SHUTTERSTOCK

„Wie bitte?"

Hören als einer der menschlichen Sinne ist wunderbar, solange man nicht darüber nachdenken muss. Gibt es Probleme, entsteht ein großer Leidensdruck. Was helfen kann, beschreibt der Arzt Andreas Schapowal

Einen ganzheitlichen Blick wirft der HNO-Arzt, Facharzt für Allergologie und klinische Immunologie, psychosomatische und psychosoziale Medizin sowie Experte für Pflanzenheilkunde und Umweltmedizin auf das menschliche Gehör. Dabei hält er viele Informationen und Hilfsangebote bereit, wie Betroffene mit Hörproblemen – von Tinnitus über Misophonie bis hin zur Schwerhörigkeit – mit ihrer Situation umgehen können. *CRS*

Andreas Schapowal: „Geräusch-Überempfindlichkeit", Humboldt Verlag, Hannover 2023, gebunden, 145 Seiten, 22 Euro

VERTREIBUNG DER DEUTSCHEN

Die Anwendung des Begriffs Völkermord

Manfred Kittel hat mit „Die zwei Gesichter der Zerstörung" ein außergewöhnliches Buch vorgelegt

VON KONRAD BADENHEUER

Ende August 1941 nannte Winston Churchill die Massenerschießungen von Juden in der UdSSR durch deutsche Einsatzkommandos ein „Verbrechen ohne Namen". Im damaligen Völkerrecht gab es noch nicht den klar definierten Tatbestand des Völkermordes. Solche Taten nannten deutschsprachige Juristen meistens „Barbarei". Allerdings arbeitete schon seit den 1920er Jahren der polnisch-jüdische Jurist Raphael Lemkin daran, diese Lücke zu schließen. Damit wurde er zum Vater der sogenannten Völkermordkonvention der Vereinten Nationen vom 9. Dezember 1948 und über eben diese Konvention, ihre Entstehung und die Frage ihrer Anwendbarkeit auch auf Vertreibungen und Kolonialverbrechen hat der Zeithistoriker Manfred Kittel ein eindrucksvolles Buch vorgelegt: „Die zwei Gesichter der Zerstörung. Raphael Lemkins UN-Genozidkonvention und die Vertreibung der Deutschen".

Die Konvention von 1948 war im verabschiedeten Wortlaut das Ergebnis eines diplomatischen Kompromisses, dessen Entstehung Kittel genau nachzeichnet. Lemkin hatte eine weitergehende Abgrenzung des Begriffes befürwortet, war mit dem Kompromiss aber zufrieden. Völlig unzufrieden war er dagegen mit der Argumentation des Nürnberger Kriegsverbrechertribunals. Der dort überwiegend verwendete Begriff „Ausrottung" statt „Genozid" blieb für Lemkin „eine ad-hoc-Schöpfung für ein militärisches Strafgericht einem besiegten Volke gegenüber". Diese Argumentation ist überraschend für einen Menschen, der viele Angehörige im Holocaust verloren hatte – aber in der Logik des Denkens von Lemkin ist sie völlig stimmig.

Bei genauer Lektüre hat die Konvention seit jeher auch Vertreibungen als Genozide qualifiziert – vorausgesetzt, dass die Täter in der Absicht gehandelt haben, dass die vertriebene Gruppe damit als solche zerstört wird.

Unzufrieden mit Kriegsverbrechertribunal

Diese Absicht kann belegt und erschlossen werden, und dennoch hat es bis in die 1990er Jahre gedauert, bis internationale und deutsche Gerichte so geurteilt haben; Anlass dafür waren vor allem die Vertreibungen im ehemaligen Jugoslawien. Kittel belegt eindrucksvoll, dass dieser mehr als 40-jährige Umweg an sich hätte vermieden werden können, indem man sich die Aufzeichnungen der UN über die Beratungen im Vorfeld der Entschließung angeschaut hätte – Vertreibungen waren, das zeigen diese Dokumente, mitgemeint. Dass der Wortlaut der Konvention das am Ende nicht mehr explizit ausbuchstabiert hat, ist dem energischen Drängen mehrerer Länder, darunter auch der USA, geschuldet. Damit wurde die Tür geöffnet für einen jahrzehntelangen Auslegungsstreit der Juristen und Historiker über diese Frage, der bis heute nicht ganz abgeschlossen ist.

Nach dem 1948 verabschiedeten Text ist für die Einstufung eines Verbrechens als Völkermord nicht entscheidend, dass eine sehr große Zahl an Menschen getötet wird. Entscheidend ist vielmehr der belegbare oder erkennbare Wille der Täter, eine „nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören". Dabei bleibt ein reiner Massenmord wie der Holocaust immer etwas anderes, noch viel Schrecklicheres als eine Vertreibung. Das war schon immer klar, hat aber in Deutschland trotz des eindeutigen Wortlautes der Konvention vielfach zu dem irrigen Schluss geführt, nur Massenmorde könnten den Tatbestand des Genozids erfüllen. Kittel belegt diesen Irrtum mit frappierenden Zitaten deutscher Zeithistoriker. Die Zielrichtung gegen die Vertriebenen ist dabei oft unübersehbar. Um solche Unklarheiten und bewussten Irreführungen in Zukunft auszuschließen, plädiert Kittel dafür, künftig zwischen „Zerstörungsgenoziden" und „Ausrottungsgenoziden" zu unterscheiden.

Einsatz für korrekte Übersetzung

Glanzlicht des Buches ist, was Kittel über die Beratungen des Deutschen Bundestags 1953/54 zutage gefördert hat, als es um die Übernahme der Völkermordkonvention durch die Bundesrepublik Deutschland ging. Merkwürdigerweise haben die damit befassten Juristen und Abgeordneten dabei das englische Wort „destruction" zunächst ungenau mit „Vernichtung" (englisch annihilation) statt exakt mit „Zerstörung" übersetzt. Diese Ungenauigkeit hätte beinahe dazu geführt, dass die Konvention ausgerechnet im deutschen Recht nicht mehr auf die Vertreibung der Deutschen hätte angewendet werden können.

Es war kein anderer als Lemkin persönlich, der mit zwei Memoranden an den Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages und Briefen an Bundestagsabgeordnete energisch dafür eintrat, die Konvention exakt ins Deutsche zu übersetzen, und zwar ausdrücklich „zur Unterstützung wesentlicher Anliegen der Bundesrepublik Deutschland (Austreibung aus dem Osten, Zwangsarbeitslager, etc.)". Lemkin erinnerte daran, dass die Wortwahl „Ausrottung" bzw. „Vernichtung" statt „Zerstörung" vor 1948 die der Sowjetunion gewesen war und es paradox wäre, dieser Position nun „auf dem Weg der Einführung ins Deutsche Strafgesetzbuch doch noch Anerkennung und Erfolg zuteilwerden" zu lassen. Seine Intervention hatte Erfolg und der Text der Konvention ging nahezu wörtlich in den neuen § 220a des deutschen Strafgesetzbuches ein. Linus Kather, der damalige Präsident des „Zentralverbandes der Vertriebenen Deutschen" (ZvD), dankte Lemkin im Juni 1954 in einem empathischen Brief: Die „Verwässerung des Begriffes ‚Völkermord' verhütet" zu haben, sei eine „historische Tat [...], die Ihnen die deutschen Heimatvertriebenen nicht vergessen werden ".

Leider blieb dieses Versprechen unerfüllt. Als es ab 1965 darum ging, politische Bestrebungen zur Anerkennung der durch die Vertreibung geschaffenen Fakten abzuwehren, ließen die deutschen Vertriebenen das scharfe juristische Schwert, das ihnen ausgerechnet ein jüdischer Überlebender des Holocaust in die Hand gedrückt hatte, ungenutzt. Wer die Debatten um die Ostdenkschrift der EKD von 1965 und die Ostverträge liest, der findet kaum Bezüge auf die Völkermordkonvention. Was öffentliche Ehrungen angeht, so blieb es bei der untersten Stufe des Bundesverdienstkreuzes, die Lemkin im April 1955 erhielt. Er verstarb 1959 verarmt in New York.

Kittels Buch enthält weitere, überaus bemerkenswerte Inhalte zur Anwendung der Völkermordkonvention durch den Deutschen Bundestag in den letzten Jahren etwa auf die Vertreibung der Armenier (1915) und auf die Verbrechen an den Herero und Nama (1904). Alles ist exakt belegt und klar geschrieben. Man wünscht diesem Buch eine größtmögliche Verbreitung unter Außenpolitikern, Zeitgeschichtlern, Juristen, Medienleuten und in der breiten Öffentlichkeit generell.

Manfred Kittel: „Die zwei Gesichter der Zerstörung – Raphael Lemkins UN-Genozidkonvention und die Vertreibung der Deutschen", Huncker & Dumblot Verlag, Berlin 2023, broschiert, 181 Seiten, 19,91 Euro

JOHANNITER-KIRCHE ZU GROSS EICHSEN

Prachtvolles Erbe des Mittelalters

Ein dörfliches Schmuckstück sakraler Baukunst in Mecklenburg mit wechselhafter Historie konnte gerettet werden

VON ULF PÜSTOV

Begründet wurde die Kirche vom Johanniterorden. Bereits im Jahr 1194 wird der Ort Groß Eichsen, damals einfach Eixen, als Pfarrei des Bistums Ratzeburg belegt. Im Jahr 1230 findet sich die Kirche von Eixen im Ratzeburger Zehntregister.

Nach der Niederwerfung der slawischen Stämme durch den Sachsenherzog Heinrich den Löwen, allen voran des Obotritenfürsten Niklot, erhielt dessen Sohn Pribislaw im Jahr 1167 große Teile Mecklenburgs als Lehen zurück, mit Ausnahme der Burg Schwerin und eines umfangreichen zugehörenden Gebiets. Dieses gab Heinrich der Löwe seinem Gefolgsmann und vertrauten Ministerialen, dem Edelherren Gunzelin von Hagen, der damit der erste Graf von Schwerin wurde. Die Grafschaft von Schwerin blieb fast 200 Jahre im Besitz der Dahlenburger. Im Jahr 1357 kam sie durch Verkauf zum Haus Mecklenburg und zählte fortan bis zum Ende der Monarchie im Jahr 1918 zu den Hauptbesitzungen der mecklenburgischen Herzöge.

Um das Jahr 1200 schenkten die Grafen von Schwerin die Dörfer Eixen, Goddin, Moraas und Sülsdorf dem Johanniterorden, der sich im 13. Jahrhundert langsam über Mecklenburg ausdehnte und ein kleines Kloster in Sülstorf errichtete. Eine Ortschaft, die 20 Kilometer südlich von Schwerin liegt. Gleichzeitig holten die slawischen Fürsten einige tausend deutsche Siedler aus Westfalen, Niedersachsen, Friesland und Holstein in ihr Land, die es kultivieren und bewirtschaften sollten. Geleitet wurden die Priorei Sülstorf anfänglich noch von der Komturei in Werben (Elbe) in der Altmark. Nach und nach verschoben sich jedoch die Machtverhältnisse und es kam Anfang des 14. Jahrhunderts zur Gründung einer Komturei in Kraak, unweit von Sülstorf.

Anspruch und Schenkung

Im Mittelalter entwickelte sich die Johanniter-Kirche von Eixen mehr und mehr zu einer bekannten Wallfahrtskirche. Diese Entwicklung wurde begünstigt durch den Ausgang von Streitigkeiten um das Kirchenpatronat, die zwischen den Johannitern und den Ratzeburger Bischöfen geführt worden waren und die die Ordensbrüder im Jahr 1283 für sich entscheiden konnten. Im 16. Jahrhundert findet sich sogar die Bezeichnung „Münster zu Groß Eixen“, was als ein Hinweis auf die Größe und die Bedeutung der Johanniter-Kirche in der damaligen Zeit gedeutet werden kann. Nachweislich ist auch, dass die herzogliche Familie oft in Groß Eichsen zu Gast war.

Im Spätmittelalter (1250–1500) nutzten zudem durchziehende Ritter die Johanniter-Kirche als Pilgerherberge auf ihrem Weg nach Ostpreußen. Sie waren auf der „Heidenfahrt“ beziehungsweise „Litauenreise“. Mit dieser euphemistischen Umschreibung waren die militärischen Aktionen des Deutschen Ordens gegenüber der heidnischen Bevölkerung in Litauen gemeint. Aus Abenteuerlust und in der Hoffnung auf Ruhm und Anerkennung reisten seinerzeit Ritter aus Deutschland, England, Frankreich, Schweden und anderen europäischen Ländern im Frühjahr in das Gebiet des Deutschen Ordens, um an Kriegszügen teilzunehmen, bei denen es offiziell um die Christianisierung Nordosteuropas ging. Diese Kreuzzüge endeten mit der Christianisierung Litauens im Jahr 1387.

Die Johanniter blieben bis zur Durchsetzung der Reformation in Mecklenburg in der Priorei Groß Eichsen. Um das Jahr 1549 wurde deren Besitz säkularisiert. Der Verfall der Baulichkeiten, die einst zur Johanniter-Kirche zu Groß Eichsen gehörten, ist nicht dokumentiert. Es wird jedoch berichtet, dass man die letzten Wohngebäude der Johanniter wegen Baufälligkeit zwischen 1700 und 1730 abgerissen habe.

Ein Interim in der Form, dass der Schweriner Domherr Paschen Gustävel Inhaber der Priorei war, bestand bis zum Jahr 1552. Hiernach übernahm der herzogliche Kanzler und Rat Johann von Lucka das Gut Groß Eichsen mit allen Gerechtigkeiten. Jedoch beanspruchte Herzog Johann Albrecht I. die hohe Gerechtigkeit, Steuer, Landfolge und Jagd. Aus diesem Grund wurde im Jahr 1560 ein Kontrakt mit Lucka geschlossen und das Gut dem Herzog zurückverschrieben, der es seiner Gattin, Anna Sophia von Preußen, als Privateigentum überschrieb. Sie war die älteste Tochter des letzten Hochmeisters des Deutschen Ordens und Gründer des Herzogtums Preußens, des Ansbachers Herzog Albrecht. Nach dem Tod von Anna Sophie von Preußen im Jahr 1591 wurde Groß Eichsen zusammen mit Goddin an Kurt von Sperling verkauft. Ihm folgten über die Jahrhunderte weitere Besitzer.

Vor wenigen Dekaden eine zerfallene Ruine, jetzt aber größtenteils saniert: Die Johanniter-Kirche zu Großen Eichsen *Foto: Püstov*

Rettung in höchster Not

Bis im Jahr 1978 das Schicksal dieses großartigen Bauwerkes besiegelt schien. Die Kirchengemeinde und die zuständigen Behörden resignierten vor der finanziell scheinbar nicht zu realisierenden Aufgabe, die inzwischen verfallene Kirche zu retten. Das Inventar sollte anderen Kirchen zukommen und die Ruine gesichert werden.

Trotz aller Aussichtslosigkeit wagte die Gemeinde 1983 das Unmögliche: Das Dach des Kirchenschiffes wurde neu gedeckt. In einem Großeinsatz räumte die Junge Gemeinde 1984 den Schutt aus der Kirche. Im November 1984 konnte dann wieder der erste Gottesdienst gehalten werden. 1987 machte die Johanniter-Hilfsgemeinschaft Lüneburg durch mannigfachen Einsatz und Spenden sogar die Erneuerung des Turmdaches möglich.

Nach der Deutschen Vereinigung hatten es sich die Kirchengemeinde und der 1994 gegründete Förderverein Johanniter-Kirche Groß Eichsen e.V. zum Ziel gesetzt, das Gotteshaus und seine kunsthistorisch bedeutende sakrale Ausstattung als eine würdige Stätte für kirchliches und kulturelles Leben zu erhalten.

Dank vielseitiger und großzügiger finanzieller Hilfen konnten in den Jahren 1994 bis 2016 das Sockelmauerwerk repariert, der barocke Altaraufsatz und das Triumphkreuz restauriert, die Rekonstruktion der Hantelmann-Orgel abgeschlossen, das Dachtragwerk und das Außenmauerwerk repariert, eine Innenbeleuchtung installiert und die Kirche neu ausgemalt werden. Schließlich erfolgte 2019–2021 die Sanierung der Nordhalle, der Einbau einer Teeküche sowie von Toiletten, die Restaurierung einer barocken Holzdecke in der Nordhalle im Stil ornamentaler Grisaillemalerei als auch die Restaurierung des barocken Chorgestühls für die ehemals 16 Ritter des Johanniterordens. Allerdings sind folgende kostenaufwendige Arbeiten noch zu bewältigen: Zum einen die Restaurierung der barocken Kanzel und zum anderen die Herstellung einiger Außenanlagen

Was das Bauwerk ausmacht

Die Johanniter-Kirche zu Groß Eichsen ist ein in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts entstandener, stattlicher Bau der Backsteingotik. Er übertrifft die vor 1283 entstandene schlichtere Dorfkirche in Mühlen Eichsen in ihrer architektonischen Wirkung bei Weitem. Beide Kirchen bilden aber nicht erst seit Beginn der hiesigen kirchenbuchlichen Aufzeichnungen im Jahr 1670 ein Kirchspiel.

Die einst wohl geplante steinerne Wölbung des Kirchenschiffes ist nie verwirklicht worden. 1866 und 1867 wurde durch Georg Daniel eine Innenrestaurierung durchgeführt, bei der auch die noch erhaltenen Deckenlösung – ein hölzernes Tonnengewölbe – über einem sichtbaren Sprengwerk durch den Zimmerermeister August Gädt eingebracht wurde.

Die wuchtigen Seitenkapellen an der Nord- und der Südseite aus späterer Zeit vermitteln äußerlich den scheinbaren Eindruck einer Querhalle oder eines Querschiffs und prägen damit den Eindruck einer kreuzarmigen Kirche, wenn auch nicht ganz in symmetrischer Form. Während die südliche Kapelle aufgrund der eingezogenen Empore innen den Raumeindruck verstärkt, ist die nördliche zum Kirchenschiff abgeschlossen. In den Nordanbau wurde 1867 eine Sakristei eingebaut. Die Restfläche wurde im Jahr 2020 zu einem Gemeinderaum mit Teeküche und Toiletten umgebaut.

Beide Seitenanbauten sind mit Blendgiebeln versehen. Trotz der Änderungen im Laufe der Jahrhunderte blieb der ursprüngliche Charakter einer gotischen Kirche erhalten.

Acht Sprachen im Johanniterorden

Der mächtige, quadratische und dreigeschossige Westturm aus dem 15. Jahrhundert hat fast die Breite des Kirchenschiffes. Die Traufhöhe des gewalmten Satteldachs reicht bis an den First des Kirchenschiffes. Am westlichen Ende befindet sich ein Kirchhahn und am östlichen Ende das Johanniterkreuz mit seinen acht Spitzen, die auf die Seligpreisungen der Bergpredigt Jesu hinweisen. Eine andere Deutung der acht Spitzen zielt auf die verschiedenen Sprachen der europäischen Herrschaften, die im Johanniterorden seinerzeit präsent warten (Provence, Auvergne, Frankreich, Italien, Aragon, England, Deutsches Reich und Kastilien).

Die schlichte und sparsame Gliederung der Turmfassade erfolgt durch Strebepfeiler und zweiteilige Bogenfenster. Am westlichen Turmeingang sowie an den beiden Anbauten befinden sich Rücksprungsportale. Das Westportal hat zudem ein bleiverglastest Oberlicht.

Im Turm haben sich früher zwei Glocken von 1679 und 1680 aus der Werkstatt des Schweriner Glockengießers Joachim Mehler befunden. Beide trugen den Namen ihrer Stifter, Ulrich von Stralendorff und seiner Frau Margaretha von Plessen. Heute hat die Johanniter-Kirche nur noch eine Glocke. Die andere musste zu Kriegszwecken abgegeben werden und wurde eingeschmolzen.

Die Inneneinrichtung

Im Innern ist die kreuzrippengewölbte Turmhalle in ganzer Höhe zum Schiff hin geöffnet, an die sich Schildbögen für geplante Gewölbe anschließen. Die Anbauten sind flach gedeckt, der südliche zum Schiff offen, der nördliche abgetrennt. An der Balkendecke der Nordhalle lassen sich Reste ornamentaler Grisaillemalerei aus der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts erkennen. Das ist eine Malerei, die auf reiner Schattenwirkung beruht und ausschließlich in Grau, Weiß und Schwarz ausgeführt wird.

Der Altar mit fünf Gemälden

Die Kirche besitzt einen Barockaltar, der vom Patron der Kirche, dem Hofgerichtspräsidenten Ulrich von Stralendorff (1641–1699) zusammen mit seiner Ehefrau Margaretha (geb. von Plessen, 1645–1708) aus dem Hause Damshagen im Jahr 1698 gestiftet wurde. Der weit ausladende, 6,60 Meter hohe und 5,85 Meter breite hölzerne Altaraufsatz gehört zu den frühesten und reichsten barocken Altaraufsätzen in Mecklenburg. Fünf Gemälde, in der Mitte das Abendmahl, die Kreuzigung und Himmelfahrt im oberen Teil, an den Seiten die Gesetzgebung und die Bergpredigt, schmücken diesen typisch barocken Altaraufsatz. Schnitzfiguren von Petrus, Paulus, beiden Johannes, dem siegreichen Christus und Engeln an den Seiten und in der Bekrönung ergänzen den Altar. Der Altaraufsatz wurde im Jahr 1998 nach Reparatur und Restaurierung wiedergeweiht

Die Kanzel

Die barocke Kanzel ist eine Arbeit von 1680. Auch sie trägt die Wappen von Ulrich von Stralendorff und seiner Gattin. Die Brüstungsfelder sind mit neutestamentlichen Szenen bemalt. Die derzeit noch nicht restaurierte Kanzel besitzt einen prächtigen Schalldeckel. Der Zugang erfolgt über eine schmale Treppe aus der Sakristei.

Kruzifix und Tauffünte

Das vom Ende des 15. Jahrhunderts stammende etwa vier Meter lange Triumphkreuz wurde 2006 restauriert. Sein ursprünglicher Platz war auf der Rückseite des Altars. Heute hängt es gut sichtbar im Kirchenschiff an der Wand zur Nordhalle.

Eine der wuchtigsten Granittaufen in Kelchform aus der Romanikepoche in Mecklenburg stammt noch aus der ersten Zeit der Priorei aus dem 14. Jahrhundert. Die Gesamthöhe der Tauffünte beträgt 103 Zentimeter und deren Breite misst 111 Zentimeter. Die Höhe der Kuppa beträgt 65 Zentimeter und hat eine Wandstärke von 15 Zentimetern. Sie ruht heute im Altarraum auf einem viel zu kleinen vierpassförmigen Sandsteinfuß, der vier Maskenköpfe – bärtige Menschen- und Widderköpfe – als figürlichen Schmuck hat. Der Fuß gehörte früher zu einer gotländischen Sandsteinfünte, die im Schweriner Dom stand. In früheren Zeiten befand sich die Tauffünte, wie allgemein üblich, am Eingang zur Kirche, in einem kleinen Seitenraum im Turm, links neben dem Westportal. Hier lassen sich noch einige kreisförmige steinerne Fundamentreste finden.

Das von Anfang des 16. Jahrhunderts stammende Chorgestühl ist aus Eichenholz gefertigt und besteht aus zwei Sitzreihen zu je acht Plätzen. Die Baldachine sind mit durchbrochenem gotischem Schnitzwerk und mit dem Wappen des Priors Johannes Wulff versehen. In den Jahren vor 1984 war es auf Grund baulicher Unzulänglichkeiten über lange Zeit erheblicher Feuchtigkeit ausgesetzt, was nicht ohne Folgen blieb. Als die Kirchengemeinde erste Anstrengungen unternahm, die Substanz zu sichern, wurden auch Teile nicht erhaltbares Chorgestühls entfernt. Nach der Restaurierung konnte es im Jahr 2021 wieder aufgestellt werden und schmückt seitdem den Altarraum.

● **Der Autor** ist nicht nur Kirchenältester in dieser Kirchengemeinde sondern auch Vorsitzender des Fördervereins der Johanniter-Kirche Groß Eichsen e.V. Gerne bietet Ulf Püstov daher Interessierten Führungen nach Absprache an. Kontakt über E-Mail: ulf.puestow@googlemail.com>

AUFGESCHNAPPT

Statt der alten Dieselfähre sollte eine doppelt so große Solarfähre die Schlei bei Missunde überqueren, so der Plan. Doch dann ging alles schief: Die neue Fähre funktioniert nicht richtig, selbst aufwendige Nachbesserungen haben daran bisher nichts geändert. Inzwischen soll das Projekt vier Millionen Euro kosten statt der ursprünglichen 3,3 Millionen. Da aber nicht absehbar ist, wann (und ob?) die neue Fähre je fahren wird, mussten die Betreiber das dieselbetriebene Vorgängerschiff von dem dänischen Schrottverwerter für 100.000 Euro zurückkaufen, dem sie es für 17.000 verkauft hatten. Die Posse steht beispielhaft für die Mechanik der „Transformation“: Atomkraftwerke werden abgestellt, ohne zu wissen, wie man die Energie zu halbwegs vertretbaren Preisen ersetzen will. Verbrenner sollen verboten werden, ohne dass deren vollständiger Ersatz durch E-Autos gesichert ist. Wenn man eines Tages auf die absurd teuren Folgen dieser Politik blickt, wird man vielleicht vom „Missunde-Syndrom“ sprechen. *H.H.*

DER WOCHENRÜCKBLICK

Im grünen Theater

Wie Habeck ein großes Schmierenstück auf die Bühne bringt, und wovon jetzt alles abhängt

VON HANS HECKEL

Freunde, was für rasante Zeiten das sind! Jeden Tag was Neues: In der vergangenen Woche hatten wir uns gerade Felix Banaszak und dessen stramm planwirtschaftlichen Vorstellungen zugewandt. Da dachten wir noch, hier plappert bloß irgendein grüner Ideologe die finstere Wahrheit darüber aus, was mit der „Transformation“ wirklich angepeilt wird. Doch kaum war die Zeitung in Druck, da erfahren wir, dass der Spätkommunist künftig Co-Parteichef sein wird. Wie schön, dass wir ihn da gerade noch rechtzeitig näher kennengelernt haben.

Denn nun fällt es etwas leichter, nicht auf den Trick hereinzufallen, der hinter dem jähen Führungswechsel lauert. Der Sozialforscher Andreas Herteux umschreibt die Masche der Grünen im „Focus“ mit den Worten: „Mit Blick auf die Bundestagswahl 2025 gibt es nun zweifellos den Versuch, ... die Sichtbarkeit des postmateriellen Flügels zu begrenzen, um so für die Wähler als Partei moderater zu erscheinen.“

Mit den „Postmateriellen“ meint er die grünlinken Ultras, die in atemberaubendem Tempo die deutsche Industrie schreddern. Die Habeck-Partei baut demnach gerade ein großes buntes Schmierentheater auf und schminkt sich rechtzeitig zur nächsten Bundestagswahl auf „bürgerlich“. Das hat ja schon mal ganz glänzend funktioniert, denken Sie nur an Baden-Württemberg.

Dort holten sich die Grünen sogar den Posten des Ministerpräsidenten, indem sie den bieder wirkenden Winfried Kretschmann auf die Bühne schoben. Und wie „bürgerlich“ ist es dann tatsächlich geworden? Eine Kernaufgabe von Landespolitik sind die Schulen. Die Grünen haben es in Windeseile geschafft, den Südweststaat vom Musterknaben zum Trauerfall beim Schulniveau hinunterzuprügeln. Und heute liegen die Bürger des Landes der Autobauer, Ingenieure und „hidden Champions“ der mittelständischen Industrie überdies im Zentrum des Sturms der grünen „Transformation“.

Um all das zu erreichen, muss man erst mal an die Macht kommen – und dort bleiben. Dabei war nicht bloß Ricarda Lang im Wege, weil sie in ihrer Schlichtheit mit dem abgefeimten Spiel überfordert war. Auch über die Erosion der Grünen Jugend wird Robert Habeck als großer Impresario des Blendwerks äußerst erleichtert sein. Denen schoss der kommunistische Urgrund ihres Treibens und Trachtens, der bei Habeck höchstens fünkchenweise durchblitzt, aus jeder einzelnen Parole.

Was haben die Abtrünnigen vor? Sie wollen einen „neuen, dezidiert linken Jugendverband“ gründen. Aha. Wir wissen, wie das weitergeht. Der neue Verband wird sich – wie unzählige Grüppchen vor ihm – einreihen in das „Breite linke Bündnis“, auch unter seiner Abkürzung „Breilibü“ bekannt. Jenes Sammelsurium des radikalen Unsinns veranstaltet gerne Demos, auf denen 40 Teilnehmer aus 50 Organisationen Forderungen „aus der Mitte der Zivilgesellschaft“ stellen und damit gelegentlich sogar in die Nachrichten kommen, weil wohlgesinnte Journalisten sie für „relevant“ erachten. Kurz und gut: Haken dahinter, die sind weg.

Zählen wir auf: Lang, ihr Mitvorsitzender Omid Nouripour, die Spitze der Grünen Jugend – wer fehlt? Was Überforderung angeht, doch auf jeden Fall Annalena Baerbock. Aber die macht zum Glück keine Innenpolitik, deshalb stört sie nicht so. Und außenpolitisch fährt sie einen derart geradlinigen Kurs der Inkompetenz, dass es die Wähler längst eher langweilt als ärgert. Ab und zu baut sie einen kleinen Fauxpas dazwischen. Wie etwa den Visa-Skandal, als vor den Augen der Deutschen die Trennlinie zwischen Schleuserbande und Konsularischem Dienst zeitweilig zu verschwimmen drohte.

Freundlicher Beistand aus Kiel

Aber das konnte Baerbock stur wegschweigen, wobei ihr das angestrengte Desinteresse der meisten Medien sehr zu Hilfe kam. Als sie sich nun jedoch ein trautes Essen mit ausgesprochen israelfeindlichen „Aktivistinnen“ gönnte, musste die Ministerin doch ein paar erklärende Worte dazu zusammenklauben, was sie sich dabei gedacht habe.

Es sei wichtig, im Gespräch zu bleiben „gerade auch mit den Akteuren, deren Meinung man nicht teilt, um Hass und Hetze einzudämmen“, so Baerbock. Zudem sei es für sie „eine absolute Selbstverständlichkeit“, mit Andersdenken zu reden. Die Antwort war interessant. Denn vor genau fünf Jahren traf sich Hans Joachim Mendig, der damalige Leiter der hessischen Filmförderung, mit dem damaligen AfD-Chef Jörg Meuthen zum Essen. Reaktion: ein Aufschrei. Vom Recht, ja der Notwenigkeit, auch mit Andersdenkenden zu sprechen, war keine Rede. Nachdem 300 Filmschaffende „gedroht“ hatten, nicht mehr mit der Filmförderung zusammenzuarbeiten, fegte Hessens seinerzeitige Kunstministerin Mendig aus dem Amt. Es war Angela Dorn von den Grünen. Dass Dorn Mendig erst auf Druck der Filmleute rausgeworfen hat, also quasi wider Willen, darf bezweifelt werden. Schließlich besteht die „Zusammenarbeit“ dieser Leute mit der Förderstelle gemeinhin darin, dass sie von dort Geld bekommen. So ändern sich die Zeiten, und mit ihnen die Maßstäbe – je nach Bedarf.

> Lang, Nouripour, die Grüne Jugend: Alles, was bei der Inszenierung von der „bürgerlichen Partei“ stört, muss weg

Wir schweifen ab. Wo waren wir vorhin? Ach ja: Die Grünen schminken sich auf bürgerlich, um die nächsten Wahlen zu gewinnen und wieder an der Bundesregierung beteiligt zu werden. Dafür benötigen sie natürlich einen Partner, der sie mit ins Boot holt. Das müsste nach aktuellem Umfragestand die Union sein. Friedrich Merz möchte derzeit allerdings nicht so gern mit den Grünen zusammen gesehen werden.

Glücklicherweise gibt es in der CDU aber noch einflussreiche Leute, die dem Kanzlerkandidaten beim Umdenken helfen wollen. Einer fängt bereits damit an. Schleswig-Holsteins CDU-Ministerpräsident Daniel Günther hat sich für die Grünen in die Bresche geworfen: „Sie sind verlässlich in der Koalition, man kann mit ihnen vertrauensvoll zusammenarbeiten.“ Ausgezeichnet!

Es ist nämlich gar nicht gesagt, dass Habeck seine Planierarbeiten gegen die deutsche Wirtschaft in nur einer Wahlperiode schon zum Ziel bringt. Vielleicht bleibt ja trotz all seiner Bemühungen noch was übrig von der einstigen Wirtschaftsweltmacht. Dann bekäme der grüne Star unter einem Kanzler Merz möglicherweise die Chance, in weiteren vier Jahren auch den überlebenden Rest aufzuspüren und auszutilgen.

Wie es konkret weitergeht, hängt vor allem von der FDP ab. Bei denen weiß keiner so genau. Letztlich dreht sich alles um Christian Lindner. In der Partei erscheint er immer noch als der Retter in der schimmernden Rüstung, der die Partei 2013 tapfer aus dem Totenreich befreit hat. Aber was, wenn ihm das gar nicht so ernst war? Manchmal denkt man, er habe sich die FDP nur ausgeliehen für eine kleine Spritztour durch die Bundespolitik, um sie danach genau dort wieder abzulegen, wo er sie hergeholt hat. So schnell, wie alles dahinbraust in unseren Tagen, könnten wir die Wahrheit schon bald erfahren.

Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter **www.paz.de**

STIMMEN ZUR ZEIT

Friedrich Pürner, Europa-Abgeordneter des BSW, empfiehlt seiner Partei im Gespräch mit der „Welt“ (25. September), in Thüringen auch mit der AfD in Sondierungsgespräche zu gehen:

„Um sich nicht mit dem politischen Mitbewerber auseinanderzusetzen und keine inhaltlichen Argumente zu finden, wurde das Konstrukt der Brandmauer entwickelt. Das ist undemokratisch, unfair und falsch ... Die AfD ist Teil der Parteienlandschaft, deswegen muss man sie auch mitnehmen ... Jeder muss sich mit jedem an den Tisch setzen und zumindest Vorsondierungen führen.“

Ralph D. Thiele, Oberst a. D., Vorsitzender der Politisch-Militärischen Gesellschaft e.V., Berlin und Präsident von EuroDefense (Deutschland) e.V., unterstützt im Gespräch mit dem „Focus“ (25. September) die Forderung von Altkanzler Gerhard Schröder, im Ukrainekrieg eine Verhandlungslösung mit Russland anzustreben, um Europas Interessen zu wahren:

„Das Interesse der USA ist 1. Asien, 2. der Nahost und 3. die Ukraine. Somit wird die Ukraine zu einer regionalen Herausforderung für die USA. Sie möchten also, dass Europa künftig die Hauptlasten übernimmt – sowohl die Kriegs- und Verteidigungslasten als auch die Wiederaufbaulasten. Europa soll die Kosten tragen, während die USA dann später wieder da sind, wenn es darum, geht die Gewinne einzufahren.“

Julian Reichelt warnt bei „Nius.de“ (1. Oktober) eindringlich vor der seiner Meinung nach stramm sozialistischen und rapide in die Verarmung führenden Ideologie von Robert Habeck:

„Solange die CDU nicht glasklar und mit einem Ehrenwort für unser Land eine Koalition mit der Grünen-Partei ausschließt, ist es denkbar und möglich, dass Robert Habeck noch mal vier Jahre seine verrückten Ideen an uns ausprobieren darf, so wie er stolz verkündete, dass sein Heizungsgesetz nur ein Test war, wie weit man es mit den Bürgern treiben kann. Für Sozialisten wie Robert Habeck sind Bürger, Gesellschaften und Volkswirtschaften immer nur ein gewaltiges Experiment.“

Thüringens FDP-Chef Thomas Kemmerich fordert auf „Apollo News“ (30. September) den sofortigen Austritt seiner Partei aus der Ampelkoalition:

„Meine Partei zerbröselt ... Man ermöglicht als machtloser Juniorpartner letztlich eine anti-liberale Politik. Ein Austritt ist längst überfällig. Nicht erst seit den desaströsen Wahlen im Osten.“

WORT DER WOCHE

„Die AfD ist sowieso ein Kind der anderen Parteien, ohne deren jahrelange Wirklichkeitsverleugung, deren Wokeness und deren ‚Weiter so‘ wäre sie nie so stark geworden.“

Harald Martenstein in der „Welt“ vom 30. September